

Hinterland

47/2020 4,50 euro



systemrelevant

SEI KEIN TROLL



werde Mitglied
vom Bayerischen
Flüchtlingsrat



www.fluechtlingsrat-bayern.de/ueber-uns/mitglied-werden/

Hinterland



Das Magazin
für kein ruhiges.

Hinterland #47
Winter 2020

IMPRESSUM

Titel: Matthias Weinzierl, 2020

Herausgeber:
Bayerischer Flüchtlingsrat
Westendstraße 19, Rgb
80339 München

Verantwortlich für diese Ausgabe:

Agnes Andrae, Pit Kühnöl

Redaktion: Agnes Andrae, Başak Özdemir,
Caroline Mulert, Christine Wolfrum, Elena Stingl,
Florian Schäfer, Hedwig Fuß, Laura Pöhler,
Marianne Walther, Matthias Weinzierl, Pit
Kühnöl, Sebastian Schulke, Tabea Danner
(Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht un-
bedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.)

Kontakt: redaktion@hinterland-magazin.de

Gestaltung: Matthias Weinzierl, Agnes Andrae

Druck: deVega Medien GmbH, Eitzenberger,

Media Druck Logistik, Eisele Druck

Anwaltinger Straße 10, 86165 Augsburg

Auflage: 1.700 Stück

Website: Anton Kaun

Anzeigen: anzeigen@hinterland-magazin.de

Jahresabo: 21,00 Euro

Abo-Bestellung: abo@hinterland-magazin.de

www.hinterland-magazin.de

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitschrift ist solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung in Form eines rechtsmittelfähigen Bescheides zurückzusenden.

„Es ist ein Arbeitsgrundsatz der Behörde, dass mit Fehlermöglichkeiten überhaupt nicht gerechnet wird.“

(Franz Kafka, *Das Schloss*)

*Liebe Relevanten und Irrelevanten, liebe Leser*innen,*

wie zu erwarten war, ist die Corona-Pandemie im Sommer nicht plötzlich verschwunden, und es ist auch nicht weiter verwunderlich, dass die Zahlen hierzulande im Herbst und Winter wieder angestiegen sind. Doch die Bundesrepublik nimmt sich irrigerweise immer noch als Musterschülerin der Pandemiebekämpfung wahr – in klassischer deutscher Arroganz. So wie sie sich schon 2015 selbst als Hort der Humanität hochgelobt hat, nur weil sie das menschlich Mindestnotwendige getan und ihre Grenzen nicht geschlossen hatte. In Anbetracht der Verhältnisse, unter denen die hier Angekommenen heute leben müssen, ist es mit dem Humanismus nicht weit her. Aber Deutschland kann sich ja ganz gut verkaufen, wenn es die Welt einmal nicht in den Abgrund stürzt.

Und wie bei der Aufnahme Geflüchteter, so gibt es auch in der Pandemiebekämpfung Länder, die das wesentlich besser machen. Einige mit einer solidarischen Bevölkerung, manch andere, wie China, auch mit autoritären Maßnahmen. Währenddessen fabulieren hier verwirrte Verschwörungsgläubige, esoterische Extremist*innen, Reichsbürger*innen und Rechtsradikale von Diktatur, Faschismus oder gar von einer lange geplanten, geheimen Weltverschwörung unter der Ägide von Christian Drosten, wenn sie zum Schutze der Gesundheit und des Lebens anderer Menschen einmal in der U-Bahn für zehn Minuten eine Maske tragen müssen. Verschwörungserzählungen und antisemitische Tropen haben wieder Hochkonjunktur. Die Polizei überlässt den rechten und esoterischen Corona-Leugner*innen die Straßen, Medien schenken ihnen Sendezeit. Der Wahn scheint zu triumphieren und die Vernunft verdrängt zu werden.

Andere wiederum beklagen, dass sie nicht mehr feiern und nach 22 Uhr kein Bier mehr trinken dürfen, ja, dass sie gar einmal eine Zeit lang zuhause bleiben sollen. Medien und Politik finden in diesen Feiersüchtigen natürlich auch gleich die Schuldigen für neue Infektionsketten. Gleichzeitig müssen aber, unbeachtet von der Öffentlichkeit, die Angestellten in Krankenhäusern

und Pflegeheimen, Logistikunternehmen oder Werkshallen trotz eigentlich verordneter Quarantäne oftmals weiterarbeiten, wenn sie Kontakt zu Infizierten hatten. Hygienevorschriften werden an Arbeitsplätzen nicht eingehalten. Die Räder müssen schließlich rollen. Wurde beim ersten Lockdown noch das Leben der Menschen über die wirtschaftlichen Interessen des Kapitals gestellt, so nimmt nun der Schutz der Wirtschaft einen höheren Stellenwert ein als der Infektionsschutz. Die privaten Kontakte sollen verringert werden, die in der Arbeit jedoch nicht immer.

Und die in ihrer Existenz von der Krise besonders Betroffenen, etwa in der Gastronomie und Veranstaltungsbranche, wie Kunst und Kultur, müssen um ihr Überleben kämpfen. Und die in der Krise Geforderten, wie Pflegepersonal und Paketlieferfahrer*innen, müssen ihre Gesundheit oder ihr Leben riskieren. Und nicht einmal mehr eine Schachtel Merci oder Applaus am Fenster gibt es inzwischen noch für vormals als systemrelevant gepriesene Berufe. Von den großen Tönen und den kleinen Gesten ist fast nichts mehr übrig. Und noch mehr als die Ausgebeuteten scheinen Geflüchtete in Unterkünften in Deutschland oder in Lagern auf griechischen Inseln für dieses System keine Relevanz zu haben. Ihr Schicksal ist den Nachrichten nur noch eine Randnotiz wert.

Dieses Heft möchte nun fragen, was denn relevant ist in diesem System, in diesem falschen Ganzen, möchte fragen, wo das System die eigentlich Relevanten vergessen hat. Wie steht es mit der Relevanz von Geflüchteten, von Sexarbeiter*innen, von queeren Räumen und von Kultureinrichtungen? Denn eines ist ein Grundtenor bei all den Texten dieser Ausgabe: Die Betroffenen wurden kaum gehört und selten gefragt, sämtliche staatlichen Entscheidungen und Regelungen gingen an ihrer Lebensrealität vorbei – sie waren wohl nicht systemrelevant.

Hört nicht auf das System zu hinterfragen.
Eure Systemelefanten aus der
Hinterland-Redaktion



*So wunderschön zeigte sich der Mond über dem Münchner Westend, als die Arbeiten an diesem Heft ihr Ende fanden. Genauso magisch wie diese Abendstimmung ist auch das seltsame Wesen Hinterland-Redaktion, jener sonderlichen Ansammlung von sehr unterschiedlichen aber irgendwie auch knuffigen Menschen, zwischen Ende zehn und Anfang siebzig, als der wir uns wöchentlich (analog und digital) treffen, um gemeinsam so seltsame Dinge zu tun (z.B. Texte lesen und darüber diskutieren). OK, wir sind sonderliche Typ*innen und wir sind auch irgendwie verdammt sexy: Denn in jede Hinterland Ausgabe stecken wir neben jeder Menge Arbeit auch verdammt viel gute Zeit, die wir uns einfach gönnen (logisch, weil wir das ja alle freiwillig und unbezahlt machen). Und wenn du Lust auf Mondschein und so einem Freak-Ding haben solltest, dann bist du herzlich willkommen bei uns. Melde dich einfach bei redaktion@hinterland-magazin.de*

6
zitiert & kommentiert
 Von Hubert Heinhold

g r i e c h e n l a n d

7
Hotspots und kein Ende
 Refugee Law Clinic Berlin *auf Samos*
 Von Nora Gohrt und Franziska Schmidt

15
Die beständige Krise der europäischen Migrationspolitik
Wie die EU sich abschottet und kapituliert
 Von Bernd Kasperek

20
Worse than Moria
Interview mit Omid Alizada vom Moria Corona Awareness Team
 Von Agnes Andrae, Hedwig Fuß und Caroline Mulert

b r i e f e a u s r i t s o n a

23
„Will we be reunited?“
Geschichten, die selten ihren Weg aus dem Lager Ritsona finden
 Von Parwana Amiri

s y s t e m r e l e v a n t

26
Diese blöden Spiegeleier!
Fotostrecke: Sind Spiegeleier etwa systemrelevant?
 Von Sebastian Schulke und Shahin Mirza-Zadeh

32
Ausgangssperre
Der Virus macht eben doch nicht alle gleich
 Von Stephan Dünnwald

38
„Wir müssen füreinander da sein“
Interview mit Mia Smettan und Charlotte Hitzfelder von Care Revolution
 Von Laura Pöhler

43
Whose jizz is this?
*Geht's noch, oder kommst du schon? – Sexarbeiter*innen als Superspreader*
 Von Franziska Schon

49
Systemrelevanz Nationalismus?
Spargel first! – Nationale Gesundheit sicherstellen
 Von Antonia Rode

52
Ohne uns ist's still
Interview mit Kulturpädagoge, Veranstalter, Kurator und Booker Christian Kiesler
 Von Agnes Andrae

57
Relevanz in Uniform
Freiwilliger Wehrdienst im Heimatschutz
 Von Matthias Schmidt-Sembdner

60
System in der (Klima-)Krise
Was kostet ein Sonnenaufgang?
 Von Sina Reisch

66
Systemrelevant?
Das hatten wir schon ...
Finanzkrise 2008, Corona 2020: nix gelernt
 Von Judith Amler

72
Abgeschalteter Regenbogen
Über die Systemrelevanz queerer Räume
 Von Doris Belmont

75
Piazolo, setzen, sechs!
Abi 2020 – leere Versprechen zum Anfassen
 Von Tabea Danner

78
Hier, jetzt und überall
Kunst im öffentlichen Raum – eine kriminelle Machenschaft?
 Von Sebastian Schulke

83
Fremde Arbeit
Das deutsche Kapital und sein Beitrag zum Rassismus
 Von Florian Feichtmeier

90
Männer*schutz statt Heimatschutz
Interview mit Burschenschaft Molestia
 Von Antonia Rode

l y r i k

97
abel spricht
 Von SAID

p o d p e o p l e v o l 1

99
Dissens, der Podcast für linke Gesellschaftskritik
Interview mit dem Podcast-Host Lukas Ondreka
 Von Elena Stingl

l e s e n

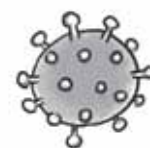
103
Cristina Cattaneo: Namen statt Nummern
„Warum akzeptieren wir die Nichtidentifikation der Toten?“
 Von Clara Taxis

105
Menschlichkeit auf der Anklagebank
Publikation Push Back Solidarity
 Von Christine Wolfrum

a u ß e r d e m i m h e f t



Exklusive Beilage
Eichstätt Gefängnisblatt
Ein Studierendenprojekt des Mastersstudiengangs „Flucht, Migration und Gesellschaft“, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt



Was Corona mit uns macht...
 Eigentlich schon interessant zu wissen, wie hoch der Anteil an Hypochonder*innen ist, die ihr Haus nicht mehr verlassen und wie viele Menschen das Virus für erfunden halten. Aussagekräftige Studien zu Verhalten, Meinungen und Ängsten sind jedoch rar. Tobias Klaus hat sich für uns auf die Suche gemacht.

„Man muss es wohl so offen sagen: Es handelt sich um eine Katastrophe mit Ansage. Die mit dem Flüchtlingslager Moria verfolgte Politik der Abschreckung geht auf Kosten der Menschlichkeit.“

(Erzbischof Stefan Heße, Sonderbeauftragter für Flüchtlingsfragen der Deutschen Bischofskonferenz, am 9. September 2020)

„I thank Greece for being our European ασπίδα [English: shield] in these times.“

(„Ich danke Griechenland dafür, in diesen Zeiten unser europäischer Schutzschild zu sein.“)

(EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, Pressekonferenz vom 3. März 2020)

Von Hubert Heinhold

Es erscheint mir müßig, über den Modebegriff „systemrelevant“ zu grübeln, mit dem fast alle, von der Verkäufer*in bis zur Krankenpfleger*in, als Ausgleich für den kargen Lohn geadelt werden. In Wahrheit beschönigt er die Unterbezahlung. Aber über Moria müssen wir reden. Das dortige Elend existiert seit Jahren und ist bekannt. Warum wurde nichts geändert? Die Uneinigkeit der EU über die Flüchtlingspolitik und der verbreitete Unwille der Mitgliedsstaaten, ‚Fremde‘ aufzunehmen, reichen als Erklärung nicht aus. Zeltlager kann man in zwei Tagen aus dem Boden stampfen und Asylverfahren durch Personalaufstockungen beschleunigen. Nein, Moria musste so sein, wie es war: Ein Elendslager, in dem die Menschen jahrelang vergammeln, das Neuankommende abschreckt und Druck aufbaut, auch auf die Mitgliedsstaaten. Je lauter deren Forderung, der Unmenschlichkeit ein Ende zu setzen, desto höher die Bereitschaft, das neue EU-Konzept zu verabschieden, das auf Plänen des Deutschen Bundesinnenministeriums beruht: Geschlossene Lager an den EU-Außengrenzen, dort die Vorprüfung der Schutzbegehren und dann sofortige Abschiebung oder Einreise in die EU zur Asylprüfung. Moria wird dann durch natürlich! ordentlich geführte Gefängnisse ersetzt.



Hubert Heinhold
ist Rechtsanwalt
und im Vorstand
von Pro Asyl

Moria war zur Durchsetzung des Konzepts „Festung Europa“ systemrelevant.<

Anfang November brennt ein Camp auf Samos, wovon kaum berichtet wird. Die meisten Presseteams haben ihre Zelte kurz nach dem Brand in Moria wieder abgebaut.



*Aus Platzmangel weichen Bewohner*innen des Camps bei Vathy, der Hauptstadt von Samos, auf den "Jungle" aus, eine improvisierte Zeltstadt in einem Olivenhain.*





Hotspots und kein Ende

Seit Monaten ist die Situation auf den griechischen Inseln in der Ägäis in den Mittelpunkt der Migrationsdebatte gerückt. Grund dafür ist nicht etwa, dass sich dort in den Camps drastisch etwas geändert hätte. Die Kumulation des Elends zog nur kurzfristig eine gesteigerte Aufmerksamkeit für die Situation vor Ort auf sich. Doch das Elend hat System, auch und gerade, wenn die Kameras wieder weg sind. Ein Bericht der *Refugee Law Clinic Berlin* über das Leben der Geflohenen auf der griechischen Insel Samos.

Von Nora Gohrt und Franziska Schmidt

Im März wurde im Rahmen der #LeaveNoOneBehind-Kampagne versucht, die Evakuierung der gnadenlos überfüllten Hotspots voranzutreiben. Der Ausbruch der Corona-Pandemie schien, zumindest für eine kurze Zeit, ein Faktor zu sein, der endlich zum Handeln zwingen würde. Weit gefehlt. Nach einigen leeren Versprechen und vielen erschütternden Berichten über die hygienische Situation aus den Hotspots, ebte die Aufmerksamkeit wieder ab.

Zusätzlich nahm Griechenland die Außerkraftsetzung des EU-Türkei-Deals seitens der Türkei zum Anlass, zunächst das Recht auf ein Asylverfahren gänzlich auszusetzen und entschied, keine Asylanträge mehr anzunehmen – als könnten die EU-Vertragsstaaten von der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) und den Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) nach Belieben Gebrauch machen.

Ein Großbrand in Moria auf Lesbos im September 2020, der auf einen Schlag 13.000 Menschen obdachlos machte, stellte eine neue Eskalationsstufe dar. Der Brand legte wieder die Vermutung nahe, dass nun doch der Zeitpunkt gekommen sei, die Lager

aufzulösen und eine menschenwürdige Unterbringung der Schutzsuchenden zu gewährleisten. Es folgten Versprechen von der Bundesregierung, die zusagte, nun 1.500 Personen evakuieren zu wollen. Dass dies eine Zahl ist, die bereits im März versprochen und nicht durchgesetzt wurde, blieb unerwähnt.

Unlängst publizierten der Spiegel, Report Mainz und Lighthouse erschütternde Berichte über die Pushbacks in der Ägäis, die mit der Hilfe der europäischen Grenz- und Küstenwache Frontex durchgeführt werden. Lesbos, als griechische Insel mit dem größten Hotspot, wurde zum Dreh- und Angelpunkt der Berichterstattung über die unmenschlichen Zustände an den europäischen Außengrenzen. Insgesamt handelt es sich jedoch um ca. 21.000 Menschen, die in prekären Umständen auf den fünf Inseln Lesbos, Chios, Kos, Leros und Samos ausharren.

Zugang zu Recht auf Samos

Samos ist die drittgrößte der fünf Inseln, die seit 2015 verstärkt zentraler Anlaufpunkt für Geflüchtete sind und auf denen 2016 der EU-Türkei-Deal und das

Hotspot System implementiert wurden. Auf Samos und den Nachbarinseln kommen Personen an, die durch die Türkei auf dem Seeweg nach Europa fliehen. Auf Samos angekommen unterliegen die Geflüchteten für die Dauer ihres Asylverfahrens einer Residenzpflicht, dürfen die Inseln also nicht verlassen.

Samos ist eine kleine Insel mit ca. 32.000 Einwohner*innen. Über der Hauptstadt Vathy thront, von überall sichtbar, das Camp. Zeitweise lebten dort bis zu 8.400 Menschen auf einer Fläche, die für 648 Personen vorgesehen war. Aus Platzmangel innerhalb des offiziellen Camps bildete sich schnell eine Zeltstadt im Olivenhain um das Camp. Die Bewohner*innen nennen diesen Teil des Camps "Jungle", da es sich um ein verwildertes Gelände handelt, mit wilden Tieren wie Ratten, Schlangen, Skorpione und Insekten.

Im Frühjahr 2018 entschied sich die *Refugee Law Clinic Berlin e.V.* (RLC Berlin) der europäischen Externalisierungspolitik etwas entgegenzusetzen, also einer Politik der zunehmenden Verlagerung von Asylverfahren an die europäische Außengrenzen, und darüber hinaus. Ein Team der RLC Berlin reiste im Rahmen eines Pilotprojekts nach Samos. Innerhalb kürzester Zeit wurde klar, dass die ankommenden Schutzsuchenden von der Zivilgesellschaft abgeschottet und so nicht über ihre Rechte im Asylverfahren aufgeklärt wurden.

Wenn Verfahrensgarantien im Asylverfahren nicht eingehalten werden

Das Europarecht ist sehr präzise, wenn es um die Verfahrensgarantien geht, die die Mitgliedstaaten bei der Durchführung von Asylverfahren einzuhalten haben. Anhörungsbedingungen, Zugang zu rechtlichem Beistand und Dauer der Entscheidungen über die Asylanträge sind klar geregelt. Dennoch kommt es bei den Asylverfahren auf den griechischen Inseln immer wieder zu erheblichen Fehlern und der Nichteinhaltung von Verfahrensgrundsätzen. Dabei macht es kaum einen Unterschied, ob der Greek Asylum Service (GAS) oder die European Asylum Support Service (EASO) die Verfahren durchführen.

Immer wieder wird von ungeduldigen Anhörenden, übergriffigen Sprachmittler*innen und unsensiblen Beratungssituationen berichtet. Viel schlimmer noch als die Anhörung selbst sind die langen Wartezeiten.

Ausharren zwischen Schlangen und Skorpionen

Es können Monate vergehen bis die Asylsuchenden einen Termin für ihre Anhörungen bekommen. Zudem kommt es nicht selten vor, dass über ein bis zwei Jahre

keine Entscheidung ergeht und die Menschen ohne Perspektive im Hotspot ausharren müssen.

Ein ablehnender Asylbescheid löst eine Rechtsmittelfrist von zehn Tagen aus. Wurde rechtzei-

tiger Widerspruch eingelegt, besteht die nächste Herausforderung darin, eine*n Rechtsanwält*in zu finden, die*der das Widerspruchsverfahren begleitet. Das Rechtsmittel ist ohne anwaltlichen Beistand de facto zum Scheitern verurteilt. Die wenigen Anwält*innen, die auf den griechischen Inseln arbeiten wollen, sind überlastet und können oft keine neuen Mandate annehmen. Dadurch wird der Zugang zu rechtlichem Beistand faktisch unmöglich.

Auch die Möglichkeit, unabhängige Verfahrensberatung zu erhalten, ist in der Asylverfahrensrichtlinie festgelegt. Auf den griechischen Inseln ist der UNHCR für die Verfahrensberatung zuständig. Tatsächlich erfolgt diese aber in unregelmäßigen zwanzigminütigen Vorträgen, direkt nachdem die Personen auf der Insel angekommen sind. Immer wieder ist deutlich spürbar, wie wenig über Schutzstatus, Familienzusammenführung und Auswirkungen des EU-Türkei-Deals bekannt ist.

Verhinderung von Familienzusammenführung

Die Familienzusammenführung unter der Dublin-III-Verordnung soll die Möglichkeit schaffen, Familien zur Durchführung des Asylverfahrens in einem Staat zusammenzubringen. Große Ungewissheit über das Verfahren, Mangel an rechtlichem Beistand, eine hohe Zahl an Ablehnungen und Verzögerungen im administrativen Ablauf stehen dem Erfolg von Anträgen immer wieder im Weg. Damit werden nicht nur praktische Möglichkeiten versperrt, die völlig überforderten Inseln zu entlasten, es werden auch teilweise zutiefst belastete Kinder, Eltern und Ehepartner*innen rechtswidrig voneinander getrennt.

Mangelnder Schutz für besonders Schutzbedürftige

Klare Vorgaben werden eigentlich auch für die Unterbringung und Verfahrensbedingungen besonders vulnerabler Personen gemacht. Diese müssen

entsprechend ihrer Bedürfnisse untergebracht werden und Zugang zu medizinischer Betreuung sowie psychologischem Beistand erhalten. Da diese Ansprüche in der Realität auf den Inseln nicht durchgesetzt werden können, muss theoretisch eine Überstellung aufs griechische Festland stattfinden.

In der Realität gibt es wenig bis keinen Unterschied, was die Unterbringung und den Zugang zu medizinischer Versorgung oder psychologischem Beistand für Personen mit besonderem Schutzbedarf angeht. Minderjährige – sofern sie als solche dokumentiert wurden – werden in die Obhut der Organisation *Praksis* gegeben, die einen quasi Vormund für die Jugendlichen bestellen. Im Hotspot leben müssen sie trotzdem.

Auch offensichtlich erkennbar vulnerable Menschen, wie Schwangere, alte Menschen und solche mit Behinderungen, müssen aufgrund extremer Verzögerungen im Verfahren lange im Hotspot ausharren. Bei weniger evidenten Vulnerabilitäten mangelt es an der Möglichkeit, diese rechtzeitig medizinisch nachzuweisen. Das medizinische Fachpersonal im Hotspot ist für die Anzahl der Schutzsuchenden unverhältnismäßig gering und das Inselkrankenhaus nicht ausreichend ausgestattet. Psycholog*innen und Psychiater*innen sind praktisch nicht vorhanden.

Äußerst problematisch ist der Nachweisbarkeit von Vulnerabilität für Überlebende sexueller Gewalt. Schlechte Beleuchtung und nicht verschließbare Sanitäranlagen begünstigen unter anderem immer wieder sexuelle Übergriffe. Die wegen Rassismen, Sprachbarrieren und mangelndem Interesse unerreichbare Polizei verhindert die Dokumentation und Nachweisbarkeit solcher Vorfälle. Betroffen sind davon insbesondere Frauen und LGBTQI*-Personen.

Der Umgang mit Personen mit besonderem Schutzbedarf ist einer der besorgniserregendsten Missstände auf den Inseln. Uns bleibt nichts anderes übrig, als den Ratsuchenden zu erklären, bereits in der Registrierungsphase auf ihre Situation hinzuweisen und sich, so gut es geht, um Nachweise zu bemühen.

Illegale Pushbacks in der Ägäis

Fundamental für das europäische Asylsystem ist außerdem die Möglichkeit, einen Asylantrag unabhängig davon stellen zu können, ob der Grenzübertritt legal oder illegal erfolgte. Allgemein bekannt war bisher, dass vor der Küste Italiens und Spaniens immer wieder Pushbacks durchgeführt werden, die es den Schutzsuchenden unmöglich machen, auf europäischem Boden einen Asylantrag zu stellen. Berichte vom Spiegel, Report Mainz und Lighthouse Report legen nun nahe, dass solche Pushbacks auch in der Ägäis durchgeführt werden und dafür verantwortlich sind, dass seit Frühjahr 2020 fast keine Schutzsuchenden mehr auf Samos angekommen sind.

Brandgefahr, Covid-19 und Erdbeben

Immer wieder wird deutlich, wie schutzlos die im Hotspot lebenden Schutzsuchenden auch Naturkatastrophen ausgeliefert sind, die sich insbesondere 2020 so zahlreich ereignet haben. In den letzten zwölf Monaten alleine kam es zu sechs Bränden, bei denen weite Teile des Camps zerstört wurden und mehrere hundert Menschen obdachlos wurden. Jedes Mal wurden die

Menschen nach kurzer Zeit von NGOs mit neuen Zelten ausgestattet und von den griechischen Behörden auf die verbrannte Erde zurückgeschickt.

Der Ausbruch der Corona-Pandemie zeigte die Schwächen des Hotspot-Systems in aller Deutlichkeit. Während sich Griechenland im Lockdown befand und auch europaweit die Wichtigkeit von Abstand, Hygiene und Atemschutzmasken betont wurde, überließ man die Menschen in den vollkommen überfüllten Hotspots ihrem Schicksal. Auf Samos kann von Glück gesprochen werden, dass der Virus die Insel erst im Juli und das Camp erst im September erreichte. Auch dass es zu keinen nachweislich schweren oder tödlichen Krankheitsverläufen im Hotspot auf Samos kam, ist mehr dem Zufall als einem Hygienekonzept zu verdanken.

Allerdings wurde der Ausbruch der Pandemie zum Anlass genommen, die im Hotspot lebenden Menschen weiter einzuschränken. Während sich im Juli 2020 die Grenzen für Tourist*innen öffneten und für kurze Zeit alles wieder normal erschien, wurden die Ausgangsbeschränkung der Bewohner*innen des

Sie sollen auf verbrannter Erde zelten

Hotspots unter dem Vorwand der Ansteckungsgefahr Monat für Monat verlängert. Griechenland befindet sich gegenwärtig erneut in einem Lockdown. Der Ausgang der Menschen aus dem Hotspot und der Zugang zu medizinischer und rechtlicher Unterstützung ist erheblich eingeschränkt. Die Asylbehörden haben derweil nach Bekanntgabe des Lockdowns ihre Arbeit wieder aufgenommen, führen Anhörungen durch und stellen Bescheide aus. Ein faires Verfahren für die Antragsteller*innen ist unter diesen Umständen ausgeschlossen.

Das Rechtsinformationsprojekt der RLC Berlin

Seit einer Pilotphase Anfang 2018 hat sich für die Arbeit auf Samos viel verändert. In dem Beratungszentrum Legal Centre Samos, das mit der Partnerorganisation *Avocats Sans Frontières France* betrieben wird, führt die RLC Berlin nun mit zwei Berater*innen und einer Koordinator*in, die Termine zur Anhörungsvorbereitung und Familienzusammenführungsberatungen durch. Eine griechische Anwältin stellt dabei die juristische Supervision sicher und führt Widerspruchsverfahren für Personen mit abgelehntem Asylbescheid durch. Das Team klärt außerdem besonders Schutzbedürftige über ihre Rechte im Verfahren auf und hält regelmäßig Workshops zum Asylverfahren in Europa und dem Schnellverfahren auf den griechischen Inseln ab. Ehrenamtliche Sprachmittler*innen für arabisch, französisch und persisch ergänzen das Team und leisten damit einen wichtigen Beitrag.

Vor dem Hintergrund der steigenden Zahlen Geflüchteter auf den griechischen Inseln im vergangenen Winter, waren

Anträge auf einstweiligen Rechtsschutz beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) das einzig wirksame Mittel, besonders vulnerablen Personen eine angemessene Unterbringung zu ermöglichen. Diese Erkenntnis und der Lockdown veranlasste dazu, mehr digitale Zugangsmöglichkeiten zu rechtlichen Informationen zu schaffen. Ab März 2020 arbeitete ein Team in Berlin mit Hochdruck daran, die Website *ihaverights.de* einzurichten und den Personen in den Hotspots zugänglich zu machen. Durch die Website ist es besonders schutzbedürftigen Asylsuchenden nun möglich, über ihr Handy mit der RLC Berlin auf Samos in Kontakt zu treten. Gleichzeitig

ist es das Ziel der Website, die erreichten positiven Entscheidungen des EGMR für Laien anschaulich darzustellen. Die überwiegend positive Bescheidung der Anträge auf einstweilige Verfügung ist ein klares Zeichen, dass auch der EGMR die Lage in den Hotspots zumindest für grenzwertig und eine Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht für ausgeschlossen hält.

Während es im ersten Jahr unseres Rechtsinformationsprojekts vor allem um die Etablierung und Verstetigung der rechtlichen Arbeit vor Ort ging, wurde uns immer deutlicher, dass die Arbeit an einem Ort wie Samos nicht unkommentiert ausgeführt werden kann. Das Bedürfnis wuchs, uns auch im Bereich Öffentlichkeitsarbeit zu professionalisieren und regelmäßig auf social media-Kanälen über die Arbeit zu berichten, uns in Interviews und auf Demonstrationen zu positionieren und alle Möglichkeiten zu nutzen, Aufmerksamkeit für die Situation auf Samos und den anderen Hotspots an der europäischen Außengrenze zu generieren.

Auseinanderfallen von Recht und Realität hat hier System

Das Rechtsinformationsprojekt auf Samos besteht im Februar 2021 seit drei Jahren. Es gelang uns, das Projekt auf Samos zu etablieren, uns mit anderen Akteur*innen vor Ort zu vernetzen und zuverlässige Strukturen aufzubauen. Dadurch erreichten uns bisher weit über tausend Personen, denen wir Zugang zu rechtlichen Informationen ermöglichen konnten. Es ist uns gelungen, mit Hilfe von Anträgen vor dem EGMR für 54 Personen eine Anordnung zu angemessener Unterbringung

zu erstreiten. Durch die finanzielle Unterstützung der *Stiftung zivile Seenotrettung* konnten wir eine griechische Anwältin anstellen, die unsere Handlungsmöglichkeiten für die Ratsuchenden um ein Vielfaches erweitert.

Ziel des Projektes war es jedoch nie, sich zu etablieren. Denn in den letzten Jahren hat sich nicht nur das Engagement der Zivilgesellschaft vor Ort etabliert, sondern vor allem auch die griechischen Hotspots als Blaupause europäischer Migrationspolitik. Alle Erfahrungen der letzten Jahre zeigen deutlich: Ein faires Grenzverfahren kann es nicht geben. Zu sehr

Lockdown heißt Wegsperrern

Franziska Schmidt war nach der Absolvierung ihres ersten juristischen Staatsexamens für sechs Monate als Koordinatorin des Rechtsinformationsprojekts der RLC Berlin auf Samos. Seit Mai 2019 ist sie Teil der AG Samos und für die Koordination der Sprachmittler*innen zuständig und Teil des EGMR Teams.

Nora Gohrt ist angehende Juristin und Co-Vorsitzende der RLC Berlin. Sie war bisher zweimal als Beraterin auf Samos und arbeitet seit drei Jahren als Rechtsberaterin in Berlin. Seit Mai 2019 ist sie Teil der AG Samos und für Öffentlichkeitsarbeit und die Verbindung zum Vorstand mitzuständig.

setzt dieses in Wirklichkeit auf Abschreckung und darauf, Geflüchtete gar nicht erst in Europa ankommen zu lassen. Das Auseinanderfallen von Recht und Realität hat an der europäischen Außengrenze System.

Umso besorgter macht daher der Blick auf das Jahr 2021. Die Bauarbeiten für ein neues, wahrscheinlich geschlossenes, „pre-removal“-Camp sind fast abgeschlossen und der neue europäische Migrationspakt der Europäischen Kommission setzt hauptsächlich darauf, die Hotspots auf den griechischen Inseln zu institutionalisieren. Vor diesem Hintergrund ist es zwar unabdingbar, dass eine organisierte Zivilgesellschaft vor Ort dagegenhält und entsprechende Strukturen stärkt. Für eine strukturelle Kehrtwende der europäischen Migrationspolitik reichen kleine Projekte an den Außengrenzen nicht aus – nötig wäre eine organisierte Zivilgesellschaft in ganz Europa.<



Was Corona mit uns macht... #01

Die jungen Wilden?

Feiernden Jugendlichen wird gerne die Schuld gegeben, dass sich Corona verbreitet. Zahlen belegen dies nicht. 83% der befragten jungen Menschen halten sich ganz oder überwiegend an die Empfehlungen; nur 2% nicht. Worunter junge Menschen besonders leiden: Eingeschränkte Sozialkontakte (42%), eingeschränkte Freizeitmöglichkeiten (40%), Verzicht auf Reisen und Mobilität (32%). Auf Platz vier kommt das Partyverbot (29%).

Tui-Stiftung/YouGov // Junges Deutschland in Zeiten von Corona // 1.011

Befragte 16 bis 26 in Deutschland // repräsentativ // Sept. 2020.

Die beständige Krise der europäischen Migrationspolitik

Verschleppen, versäumen, vertagen. Gute Lösungen sehen anders aus. Wie die Europäische Union sich abschottet und kapituliert, anstatt Migrant*innen nach geltendem Recht zu behandeln. Von Bernd Kasperek

Wie kaum ein anderes Politikfeld der Europäischen Union (EU) ist ihre Migrationspolitik durch Krisen – proklamierte oder tatsächliche – getrieben. Dies lässt sich einerseits empirisch belegen, denn so gut wie jede Reform oder Neuausrichtung kann auf eine der unzähligen sogenannten Migrationskrisen, oftmals an den Grenzen Europas, zurückgeführt werden. Andererseits deuten Begriffe wie „migration management“ oder „border management“ an, dass der Anspruch, eine langfristige Migrationspolitik zu gestalten, längst aufgegeben wurde. Management, also die Verwaltung von Migration, ist eine lediglich reaktive Praxis, die jeden Tag erneut auf die sich wandelnden Modi und Praktiken der Migration reagiert. Nur in einer Krisensituation werden vorgeblich neue Antworten auf die beständige Dynamik der Migration gegeben.

Die europäischen, migrationspolitischen Entwicklungen im Jahr 2020 sind ein paradigmatischer Fall. Seit dem Sommer der Migration 2015, der sogenannten europäischen Flüchtlingskrise, stand eine grundlegende Reform des *Gemeinsamen Europäischen Asylsystems* (GEAS) auf der politischen Agenda. Das GEAS ist das zentrale migrationspolitische Rahmenwerk der EU. Nachdem diese Krise jedoch durch den

EU-Türkei-Deal im März 2016, also dem Outsourcing der Migrationskontrolle an die Türkei, vermeintlich beigelegt wurde, schrumpfte auch das Fenster für eine mögliche Reform.

Erwartet wurde, dass die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2020 über das notwendige politische Gewicht verfügen würde, um eine einschneidende und drastische Reform des GEAS durchzusetzen. Dass es dazu nicht gekommen ist, liegt an der höheren Priorität anderer Themen, an erster Stelle die globale Covid-19-Pandemie. Weitere sind etwa das drohende Scheitern der Brexit-Verhandlungen sowie das konstatierte Auseinanderdriften der EU-Mitgliedsstaaten bezüglich ihrer Rechtsstaatlichkeit.

Dabei bot auch das Jahr 2020 genügend krisenhafte Momente, um die herum sich migrationspolitische Aktivitäten entfalteten. Auf die sprunghafte Zunahme von irregulären Grenzübertritten an der türkisch-griechischen Landgrenze entlang des Flusses Evros im März 2020 mobilisierte die griechische Regierung beispiellos Militär und Grenzpolizei und suspendierte völkerrechtlich und europarechtlich illegal das Asylrecht. Zudem führte sie ebenso völkerrechtswidrige Pushback-Aktionen durch; eine



Abgebrannt
Die Ruinen von Moria

Praxis, die schon seit Jahrzehnten im Regionalbezirk Evros als quasi-offizielle Politik betrieben wurde. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen reiste ins Krisengebiet, versicherte der griechischen Regierung die Solidarität Europas und verlieh damit der Politik der illegalen Pushbacks, die sich seit 2015 an vielen Abschnitten der europäischen Grenze durchgesetzt hat, Segen von ganz oben. Gleichzeitig kündigte die Kommission an, noch im April einen Entwurf für einen neuen *Europäischen Pakt für Asyl und Einwanderung* vorzulegen, um der Reform des GEAS neuen Schwung zu verleihen. Was jedoch bis September 2020 nicht passierte.

Erst der Brand des Internierungslagers Moria auf der griechischen Insel Lesbos in der Nacht vom 8. auf den 9. September 2020, der das Lager zu weiten Teilen zerstörte und die rund 13.000 Insass*innen mit einem Schlag in eine noch tiefere humanitäre Krise stürzte, entfachte eine neue Krisendynamik. Das Lager stellte von Beginn an einen Skandal dar. Sinnbildlich stand es für die Internierung von Asylsuchenden, für verschleppte und auf die Herstellung von Abschiebbarkeit getrimmte Asylverfahren und vor allem für die Unfähigkeit – oder den Unwillen – eines europäischen Mitgliedsstaates, auch nur die grundlegendsten Standards einer menschenwürdigen Unterbringung von Schutzsuchenden zu garantieren. Moria war schon vor dem Brand eine Hölle auf Erden. Der Brand des

Moria war schon vor dem Brand eine Hölle auf Erden

Lagers führte der gesamten Welt das Scheitern der europäischen Migrations- und Asylpolitik vor Augen. Erneut versprach die Kommission, nun bis Ende September 2020, den Entwurf für einen *Europäischen Pakt für Migration und Einwanderung* vorzulegen.

Einwanderung in die EU ist fast unmöglich

Ein Blick zurück: Erst im Jahr 2000 begann die EU, eine tatsächliche europäische Migrations-, Grenz- und Asylpolitik umzusetzen. Im Vertrag von Amsterdam, der 1999 in Kraft trat, wurde der Schengener Prozess unter das Dach der Europäischen Union geholt, zusammen mit den Kompetenzen für Migrations- und Asylpolitik. Nach einer Übergangsphase bis 2004 sollten Migrations-, Asyl- und Grenzpolitiken im normalen Gesetzgebungsverfahren der EU erfolgen.

Diese Genese des weiten Politikfelds der europäischen Migrationspolitik ist ursächlich für die spezifische Ausrichtung, die sie über die nächsten Jahre erfahren würde. Das bedeutet vor allem die Absenz einer echten Migrationspolitik. Denn abgesehen von der historischen und speziellen Institution des Asyls ist Einwanderung in die EU fast unmöglich. Die *blue card* (analog zur US-amerikanischen *green card*) ermöglicht zwar die Einwanderung von *high-skilled migrants*, was aber fast nur Deutschland anwendet. Hinzu kommen Regelungen für Studierende. Alle anderen

Formen der Arbeitsmigration sind faktisch weitgehend ausgeschlossen.

Damit ist klar, dass Migrationspolitik in der EU effektiv Asylpolitik ist. Die europäische Asylpolitik war jedoch von Beginn an vor allem von sicherheitspolitischen Erwägungen geprägt. Die Kernregelung des GEAS, die Dublin-Verordnung, wurde erstmals als Teil des *Schengener Durchführungsübereinkommens* formuliert. Damit entstammte sie nicht dem Versuch, eine europäische Harmonisierung des internationalen Flüchtlingsrechts und der nationalen Asylsysteme vorzunehmen, sondern war Nebenprodukt der Vertiefung europäischer Polizeikooperation, die in den 1970er Jahren begonnen hatte.

Gleichzeitig erklärt diese Herkunft der europäischen Asylpolitik im Schengener Prozess auch den großen Stellenwert, den die Grenze als migrationspolitische Technologie in der EU einnimmt. Denn der Schengener Prozess postulierte die Existenz einer harmonisierten und aufgerüsteten Außengrenze des Schengenraums als notwendige Vorbedingung nicht nur für die Abschaffung der Binnengrenzkontrollen, sondern für das Entstehen einer tatsächlichen europäischen Innenpolitik. Der Schengener Prozess erkannte die Grenze als Ort, an dem ein erhöhtes Kontrollpotenzial transnationaler Bewegungen von Menschen besteht.

Vor diesem Hintergrund entstand ab dem Jahr 2000 eine europäische Grenzpolitik, die sich vor allem in der Schaffung der europäischen Agentur *Frontex* im Jahr 2004, der Konsolidierung der Schengener Regeln im *Schengener Grenzkodex* 2006 und der Schaffung des europäischen Grenzüberwachungssystems *Eurosur* ab 2013 ausdrückte. Zugleich begann die EU mit der Errichtung des GEAS. Eine Reihe von Richtlinien zielte darauf ab, die Aufnahme von Asylsuchenden, die Durchführung von Asylverfahren, die Bedingungen einer Flüchtlingsanerkennung sowie die Integration von anerkannten Flüchtlingen europaweit zu harmonisieren. Diese Richtlinien flankierten jedoch nur die schon angesprochene Dublin-Verordnung, sowie die zu ihrer Durchsetzung verabschiedete *Eurodac*-Verordnung.

Ziel der Asylpolitik: Fingerabdrücke erfassen

Die Dublin-Verordnung postuliert an erster Stelle, dass

es nur einen Mitgliedsstaat der EU geben kann, der für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig ist. Das schließt das Stellen von Asylanträgen in weiteren Mitgliedsstaaten aus. Kern der Dublin-Verordnung ist das System zur Bestimmung dieses Mitgliedsstaates. In den meisten Fällen war und ist immer noch das Kriterium des Landes der ersten Einreise ausschlaggebend. Zur Feststellung dieses Landes baute man mit der *Eurodac*-Verordnung eine europäische Datenbank auf, um nicht nur Asylsuchende zu erfassen, sondern alle Personen, die bei einem irregulären Grenzübertritt festgenommen wurden. Das

verlässliche Erfassen der Fingerabdrücke dieser Personen, die Registrierung, wurde so zu einem der wichtigsten Ziele in der europäischen Asylpolitik. Nur sie garantiert, dass das Dublin-System funktioniert.

Konsequenz der 2003 verabschiedeten Dublin-Verordnung war, dass vor allem die Mit-

gliedsstaaten im Süden und Südosten der EU verpflichtet waren, die überwiegende Mehrzahl der Asylverfahren durchzuführen und Schutzsuchende in dieser Zeit unterzubringen. Dass diese Staaten, vor allem Griechenland und Italien, dieser Regelung zustimmten, erklärt sich wohl aus der Tatsache, dass es Anfang der 2000er Jahre wesentlich weniger Fluchtmigration nach Europa gab. Fluchtmigration wurde also nicht derart problematisiert, wie wir es heutzutage kennen.

Erst die zunehmenden krisenhaften Momente europäischer Migrationspolitik ab dem Jahr 2010 lösten eine neue Dynamik aus. Griechenland und Italien forderten deshalb ein solidarischeres System der Verteilung von Asylsuchenden in der EU ein, sowie den jeweils eigenen Teil der europäischen Außengrenze aufzurüsten. Italien hatte schon 2009 in einem Alleingang begonnen, Schutzsuchende auf hoher See abzufangen und nach Libyen zurückzuschieben. Diese Praxis wurde jedoch 2012 durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte als völkerrechtswidrig eingestuft. Das offenbarte den oben angesprochenen Konflikt zwischen einer europäischen Politik der Verhinderung von Fluchtmigration und der Geltung von internationalem Flüchtlingsrecht. Auch die Massenaufbrüche nach dem Arabischen Frühling erzeugten verschiedene Krisen, die etwa in eine Reform der Schengener Regeln mündeten. Damit rückte die Krise der europäischen Migrationspolitik ab 2010 immer drängender auf die europäische Agenda.

Italien schob völkerrechtswidrig Geflüchtete nach Libyen ab

Dennoch konnte sich die Sichtweise einer neuen, anderen Asylpolitik nicht durchsetzen. Die europäische Politik der Abschottung von den Fluchtbewegungen insgesamt und die immer offener zu Tage tretende Unausgewogenheit zwischen den Asylsystemen des Nordens und des Südens der EU wurden nicht hinterfragt.

Eine Reihe weiterer Krisen und Tragödien zwang die EU zu handeln. Nur ein Beispiel: das tödliche Wochenende im April 2015, als rund 800 Menschen im Mittelmeer ertranken. Die EU gab sich stets schockiert ob der menschlichen Dramen, die Kommission kündigte Reformvorschläge an, doch zu nennenswerten Reformen, um die europäische Migrationspolitik neu auszurichten, kam es nicht.

Dieses Muster gilt in gewisser Weise auch für die großen Bewegungen im Sommer der Migration. Das Ausmaß, in dem die EU unvorbereitet war, stellte dabei einen Glücksfall dar. Konfrontiert mit der Bewegung von erst Zehntausenden und bald Hunderttausenden konnte man die üblichen Rezepte europäischer Migrationspolitik nicht umsetzen. Das Ergebnis: eine Weiterreise durch Europa, gefolgt durch eine fast schon bedingungslose Aufnahme und Integration der Schutzsuchenden.

Es ist wenig überraschend, dass eine solche, ausnahmsweise richtige Migrationspolitik, nicht lange anhalten konnte. Sein jähes Ende fand sie im Frühling 2016. Im Anschluss an diese vermeintliche Lösung der sogenannten Flüchtlingskrise stockten jedoch alle weiteren Bemühungen für eine Reform des GEAS. Vielmehr bemühte sich die Europäische Union erneut, die Blaupause des EU-Türkei-Deals nun auch auf Ägypten, Libyen und Marokko zu übertragen und weitere autoritäre Regime in das europäische Grenzregime einzubinden.

So stellte das Nichtzustandekommen der GEAS-Reform einen weiteren Glücksfall dar. Denn alles, was seit 2016 an Vorschlägen von der Kommission und den wechselnden Ratspräsidentschaften lanciert wurde, würde eine Verschärfung des aktuell geltenden europäischen Asylrechts darstellen. Zwar dreht sich der inner-europäische Streit um die Frage der verpflichtenden Aufnahme von Asylsuchenden. Dies

kaschiert jedoch nur die weitreichenden Bemühungen, die Zahl der Asylsuchenden in Europa massiv zu beschränken. Erreicht werden soll dies durch eine verpflichtende, grenznahe Zulässigkeitsprüfung. Schutzsuchende, die an den Grenzen Europas ankommen und diese überschreiten, sollen festgehalten werden, um sie einem Verfahren zu unterziehen, in dem nicht individuelle Asylgründe geprüft werden,

sondern in dem grundsätzlich geklärt wird, ob der oder die individuelle Asylsuchende überhaupt das Recht haben soll, einen Asylantrag in der EU zu stellen. Die gegenwärtig zuständige EU-Kommissarin Johansson ließ schon verlauten, dass sie davon ausgehe, dass dies für 70 Prozent der Ankommenden nicht zutreffe.

Abschottung der Grenzen versus Flüchtlingsrecht

Die Zukunft: Internierungslager für Ankommende

Voraussetzung für solch grenznahe Verfahren sind selbstverständlich große Infrastrukturen der Internierung an den Grenzen Europas. Das Internierungslager Moria, welches sich nur wenige Tage nach dessen Zerstörung schon wieder im Aufbau als geschlossenes Zentrum befindet, repräsentiert in seiner ganzen Menschenverachtung daher keinesfalls die Vergangenheit des europäischen Asylsystems, sondern seine drohende Zukunft. Und auch die begleitende Praxis der Pushbacks verweisen darauf, dass die EU daran festhält, den Konflikt zwischen Abschottung der Grenzen und internationalem Flüchtlingsrecht zu Lasten Letzterem zu lösen. Der enorme Ausbau der europäischen Grenzschutzagentur *Frontex* unterstreicht dies.

Ein anderes Europa, für das ich hier plädiere, würde auch eine grundlegende Neuausrichtung einer europäischen Migrationspolitik bedeuten. Beginnen müsste diese mit einer Betonung der Bedeutung der Migration gerade für das europäische Projekt. Ein wesentlicher Aspekt Migration zu entproblematizieren und sie als wünschenswerte humane Mobilität umzudeuten, bleibt dabei jedoch oftmals unterbelichtet. Obwohl gerade das europäische Projekt zeigt, dass eine gesellschaftliche Normalisierung von Migration nicht nur möglich, sondern wünschenswert und notwendig ist. Dies kann jedoch nicht nur für Europäer*innen – was auch immer dieser Begriff bedeuten mag – gelten. Denn historisch ist Europa eben nie auf den Kontinent beschränkt gewesen,

sondern in vielfacher Weise mit dem gesamten Globus verwoben. Würde sich Europa mit der Welt in Bezug setzen, bedeutete das, den beständigen Krisenmodus des Migrationsmanagements endgültig zu verlassen und Migrationspolitik als globale Gesellschaftspolitik ernst zu nehmen.

Dennoch ist zu befürchten, dass die Politik der letzten zwei Jahrzehnte nicht nur fortgesetzt wird, sondern sich noch verschärft. Denn am 23. September 2020 präsentierte die Kommission tatsächlich ihren Entwurf für einen neuen *Europäischen Pakt für Asyl und Einwanderung*. Grenznahe, beschleunigte Asylprüfungen, eine massive Ausweitung von Abschiebungen, der Ausbau von *Eurodac* zu einer allgemeinen Migrationsdatenbank und verschärftes Outsourcing von Migrationskontrolle sind für den Pakt und die ihn begleitenden Gesetzesvorschläge vorgesehen. Die vielfach beschworene europäische Solidarität soll sich nun nicht mehr in einer verpflichtenden Aufnahme von Schutzsuchenden durch alle Mitgliedsstaaten ausdrücken, sie wird vielmehr ersetzt durch eine flexible Solidarität. Wer keine Asylsuchenden aufnehmen will, darf sich nun in der Abschiebung abgelehnter Flüchtlinge engagieren, was eine neue Arbeitsteilung in der Migrationsabwehr begründen wird. Sollte der Pakt Realität werden, hätte sich die Europäische Union endgültig von einer gemeinsamen Migrations- und Asylpolitik entfernt und würde diese konsequent auf eine reine Verwaltung von Menschen reduzieren.<

Bernd Kasperek ist Migrations- und Grenzregimeforscher und aktiv in antirassistischen Bewegungen in Europa. Er ist Mitglied der Forschungsassozi-ation bordermonito-ring.eu und Mitherausgeber des Journals move-ments – journal for critical migrations and border regime studies (movements.org). Zuletzt veröffentlicht: *Europas Grenzen: Flucht, Asyl und Migration. Eine kritische Einführung*. 2. Aufl. 2019, Bertz+Fischer, Berlin.





Worse than Moria

Omid Alizada is a 30-year-old pharmacist from Afghanistan. He has been living on Lesbos since November 2019. Since March, he has been an active part of the *Moria Corona Awareness Team*, a self-organization of refugees founded in order to prevent the spreading of COVID-19 inside camp Moria. In the interview, he speaks about their activities and gives an update on the situation of refugees on Lesbos. An interview by Agnes Andrae, Hedwig Fuß, and Caroline Mulert.

You are the coordinator of *Moria Corona Awareness Team*. Can you describe the activities of this team in Moria?

We founded this team in the middle of March, with the outbreak of the Corona virus on the island. Our most important activity has been to raise awareness about the Corona virus inside the camp. But we have also organized waste management, first aid courses for the refugees and right now we are managing a recycling project.

Most of the people who lived in Moria have been transferred to a new camp called Kara Tepe. How is the social and humanitarian situation there?

In some respects, this camp is better than Moria, but there are a lot of other aspects that are really worse. For example, the security is a little better: It's a secure camp, it's a closed camp, there is lots of police inside and outside the camp. The police have patrols day and night, they prevent fights between people. They prevent violence. From this point of view, it's a big change and that's good. But on the other side, living conditions are really worse than in Moria. People live in tents, in shared tents; there is one tent for two families. There is no running water and there are no washing stations. Food distribution doesn't work well and there is not enough medical service for the people. The worst thing is that up to now, two months after people were moved to this camp, there is no shower inside the camp.

The Kara Tepe is a military compound. Is there any access for aid organizations?

Yes, it was a military area. It was a shooting area for the army. The situation was really difficult at the

time when people left Moria: The refugees had to live on the streets in really bad conditions. They couldn't go to the city and there was no chance for them to go back to Moria. So, they really quickly decided to choose this military place to make it a new temporary camp for refugees. But yes, there are some NGOs, two or three medical NGOs. Up to two days ago, they didn't have a night shift, but fortunately now they also offer medical service at night. However, they can only give very basic medical service to the people. Some diseases cannot be treated. There is a lack of medicine, a lack of staff, things like that.

Do the refugees of the camp also have the chance to get legal advice by an attorney or are there only medical NGOs inside there at the moment?

There are only medical NGOs. The legal situation for the refugees is not good, because they don't have a place where they can ask for help or assistance. It is a really hard situation.

Do you have an active *Corona Awareness Team* there right now?

Yes. The *Moria Corona Awareness Team* is doing activities to raise awareness inside the camp, like distributing masks, distributing hygiene products, advising people about the nature of the corona virus, advising them about the benefit of quarantine if you have the symptoms of the virus. There are also very few other organizations that are doing some basic awareness activities, to educate the people and to teach them how to follow the Corona measures.

How many people are in Kara Tepe now?

Right now, there are 7,300 people. I got the exact number yesterday.

What kind of options do you have at the moment to restrict the spreading of COVID-19 in the camp?

The only option that we have right now is to isolate the infected people, to wear masks inside the camp, to stick to social distancing as much as possible – which is really really impossible right now. These are the options we have to keep the camp secure and to prevent the virus of spreading. But a big challenge which everyone is facing right now is the bad sanitary situation. Still, people don't really have access to a place where they can wash and clean themselves. However, they try really hard; they stay for hours in the long lines to reach the water. But unfortunately, water is really limited. In the conditions we live in, in a spot where people live really close to each other, not having good sanitation means that it is really hard to keep the virus from spreading.

Have refugees been building their own self-organizations in the new camp?

Yes. Very slowly people are starting to understand that we will have to stay in this camp for a long time, maybe for years, while our asylum applications are being processed. So, on the one hand, a lot of people have developed mental conditions: Being jobless, not doing anything, just sleeping and eating, makes people sick. On the other hand, some people have really understood that this place is the place where we have to live now, this is our environment, and we have responsibilities. We have to keep the camp clean, we have to assist others with their injuries,

Die deutsche Übersetzung des Textes findet ihr auf unserer Homepage unter www.hinterland-magazin.de

we can advise people, we have to educate our children, at least keep ourselves busy. So very slowly we find these kinds of activities that make sense inside the camp.

What do you think will be the next steps of the Greek government regarding refugees in the camps on Lesbos?

The people inside the camp who have already received a positive asylum application result have been transferred from here to the mainland. So, around 3.500 people have been moved. But the rest of the people who are staying in the new camp right now, they are people who have not been accepted yet. Some have already passed their asylum interview, but they are still here inside the camp, waiting for the result. They don't know about their futures and they don't know which decision the asylum office took for them. They don't know anything. So, they are still waiting.

What are you demanding from the Greek government?

A very urgent demand of all refugees is to receive the result of their interviews, to be moved from here to a better place with humane living conditions, any place that is a little better than the camp. Living in the camp with these conditions puts a lot of pressure on the people. So, their first priority is that the Greek government processes their asylum applications fast. But while they are waiting in these bad living conditions, they need assistance and help so that they can survive in this camp. Winter is coming and the camp is placed right next to the water; there are some tents that are only five or six metres away from the sea. So, the place is really vulnerable and they urgently need lots of assistance.

Do you also have demands on the European Union?

All refugees demand from the EU is to stop these games. Instead of

keeping refugees locked in a country that is not in a good economic condition to support refugees, let them have good lives, the opportunity to study, these kinds of things. Everyone is wishing, hoping that the European community distributes these refugees among other countries that need them. In Germany, lots of states are asking for refugees. Among these refugees, there are lots of people who are skilled and well educated, but because they are a refugee and because they don't have the asylum status, they are not allowed to work, they are not allowed to have an income, they are not allowed to study. If they get an opportunity, they can stand on their own feet, they can be helpful for the society and for their families. So, we're asking really respectfully from all European communities to help these people and to place them in good living conditions. They will fend for themselves.<



Foto: Omid Alizada



„Will we be reunited?“

Mit ihrem Blog bringt Parwana Amiri die Stimmen Geflüchteter aus dem Lager in Ritsona in alle Welt. In der Nummer 14 berichtet eine Frau, die mit ihrem 9-jährigen Sohn im Lager in Ritsona lebt und von ihrem Ehemann getrennt ist, der im Lager in Kara Tepe auf Lesbos fest sitzt. Von Parwana Amiri

*Die deutsche
Übersetzung des
Textes findet ihr auf
unserer Homepage
unter www.hinterland-magazin.de*

Marriage is not only a traditional cultural ceremony. It is also an official proof that the two people who got married and their children constitute a unified family which should not be broken. Differences in nationality, religion, race between wives and husbands should never justify the splitting of a family. Moreover, whenever circumstances force members of a family apart, the simple fact that they belong to the same family unit should be adequate reason to have all members reunite. Unfortunately, none of the above applied to my experience. After eight years of shared life with my husband and children, the moment I reached Europe as a refugee, my family was broken up and I was classified as a single mother.

When we arrived in the Moria refugee camp, on Lesbos, Greece, together with my disabled husband (he has a palatine bone in his leg) and my 8 years old son, we went to the asylum registration office. When our data were registered, they asked us for our marriage documents. We handed them over only to have them rejected in the harshest way possible.

The woman behind the registration desk added: "Your marriage document is not valid here. It indicates that you got married in Iran while you are from Afghanistan. Therefore, we will register you as separate individuals, not as husband and wife. So, your husband will be officially registered as a single man and you as a single mother, without a guardian. As for the boy, he will be registered under your responsibility."

It was really hard to accept that the European law did not recognize the validity of our marriage after 8 years of shared life and that it could break our family apart.

Since my husband has a disability, most of the legal process was done by me. However, there was no trouble to follow up our asylum application process. Yet, with each step in this process, my mind and my heart were pulsing for my boy, worrying about his condition as we could not even get the permission to live in the same tent. Being responsible for him without being next to him scared me, because my son is a passionate boy and very head strong.

The palatine bone in my husband's leg was causing him great trouble. Everything was becoming very hard for each one of us. We had come to Europe, hoping to get treatment for my husband, but he was getting more and more vulnerable. Many people were getting transferred from Moria. Among them my sister who

was almost in the same condition as I, but for different reasons. Although she had arrived with her husband, she was registered and recognized as a single mother. Because her husband had two wives and could be considered officially responsible for one of them, he chose to be with his elder wife. As a result, my sister was considered a single mother and her two young girls received assistance from the authorities as orphans.

In spite of all the difficulties, I was trying to follow the medical process of my husband so that his asylum application could take into consideration his disability. However, we did not manage to get any answers from the doctors to certify his vulnerability before the first review of the asylum application. Thus we got the red stamp in our first and second registration in the asylum office, in other words, our request for asylum was turned down.

When we could not find any alternative, we turned to the illegal solutions and we put our lives in the mercy of smugglers and strangers. There was no other option and not even time to think about consequences including the dangers of the trip itself. My only concern was to get out of there and rescue myself and the future of my son.

The smugglers could find a way to transfer us from Moria to the mainland and the Ritsona camp, where my sister was already living.

Now I too live in Ritsona camp. When I first arrived here, I was secretly sheltered for two months in my sister's house. During those two months, I was living in fear of getting arrested and being pushed back to Moria camp.

After, two months, we decided to speak about our accommodations with the authorities of the camp. I was not sure that they would accept and understand my condition or would speak with the police to arrest me and send me back to Moria.

However, I was a bit optimistic, as Moria was under fire at that time and there was less possibility to be pushed back to Lesbos.

Today, I live with my nine-year old son at Ritsona. Here, I face different sorts of problems. At the same time, my husband is in a new camp, Kara Tepe, on Lesbos, where everyone's life is in danger and basic human rights are violated. He had hardly rescued himself from the fire in Moria and, now, as one

thousand more people are living there, he is suffering inhuman conditions, exposed to Covid19, having asylum process problems.

Here, I am deprived of all rights that other inhabitants have, as our cards ATM cards are cut, and even during the quarantine there was no consideration about our nutrition, including the possibility of distributing baskets of dry food.

Here, even those who are healthy are getting vulnerable, not because of physical problems, but because of psychological problems. Every time that I speak with my husband and ask about his condition, I feel very sad. He is suffering there too much and, as a single man, he is treated very harshly by the authorities. I also feel very bad that even my own illnesses, mostly about my lungs, is being forgotten among all these troubles, while it is getting worse and worse.

I am a woman who is a mother and a wife. I cannot stop thinking of my husband who is locked up in an inhuman environment, surrounded by wires and the virus. How much longer do I have to suffer away from my husband? How much more should I stay silent against my son's desires as a child, who is getting discriminated and bullied emotionally by other children?

Will we ever be reunited as a family?<

Parwana Amiri,
eine junge afghani-
sche Frau, ver-
brachte Monate im
völlig überfüllten
Flüchtlingslager
Moria, bevor sie mit
ihrer Familie in das
kleinere Lager
Ritsona aufs
Festland ziehen
konnte, weil ihr
Vater schwer krank
ist. Sie veröffentlicht
weiterhin Geschich-
ten, die Menschen in
Moria erleben, diese
findet ihr hier:
<http://birdsofimmigrants.jogspace.net/>



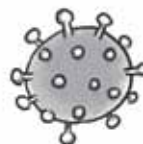
Was Corona mit uns macht...

#2

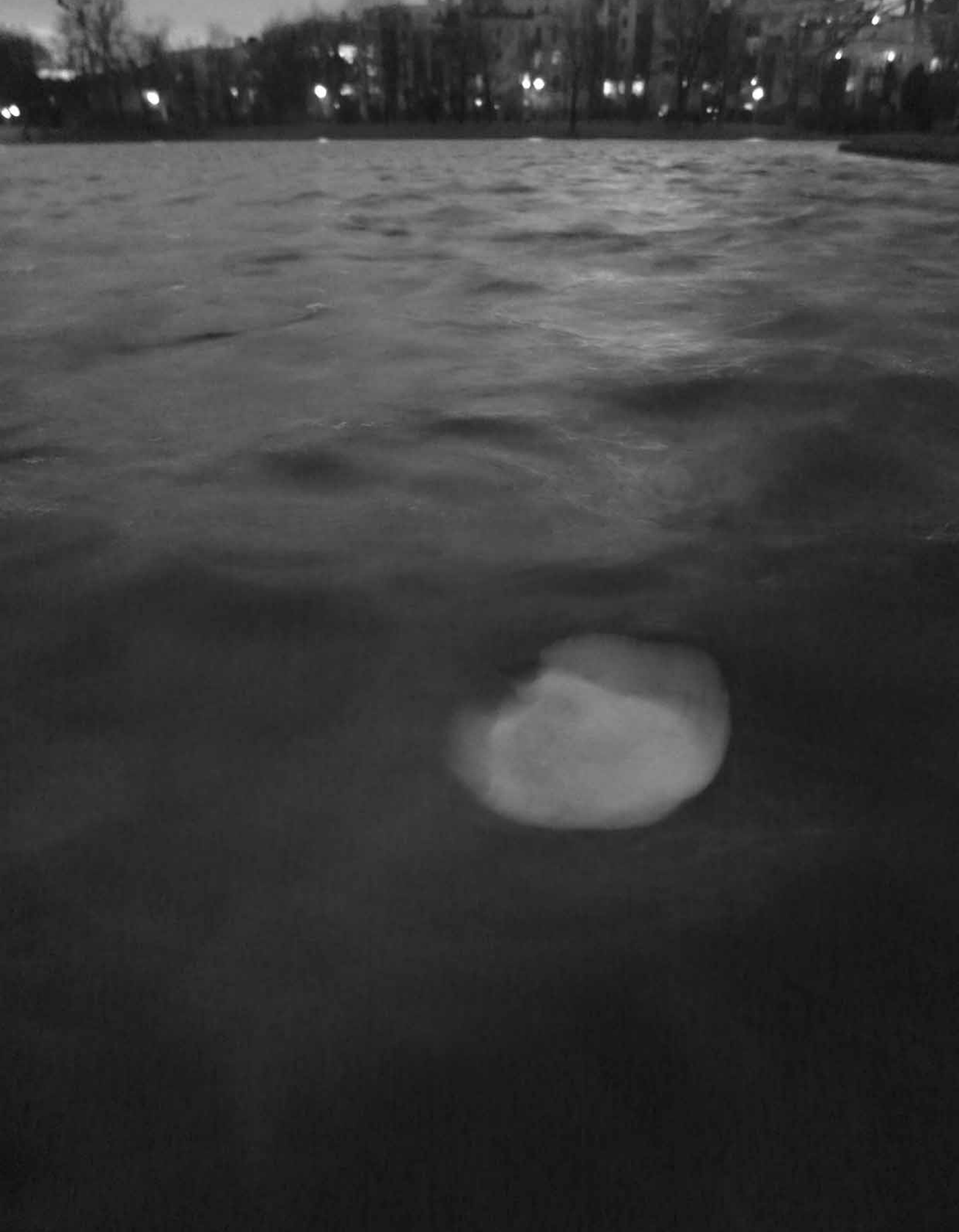
Grundrechte adé?

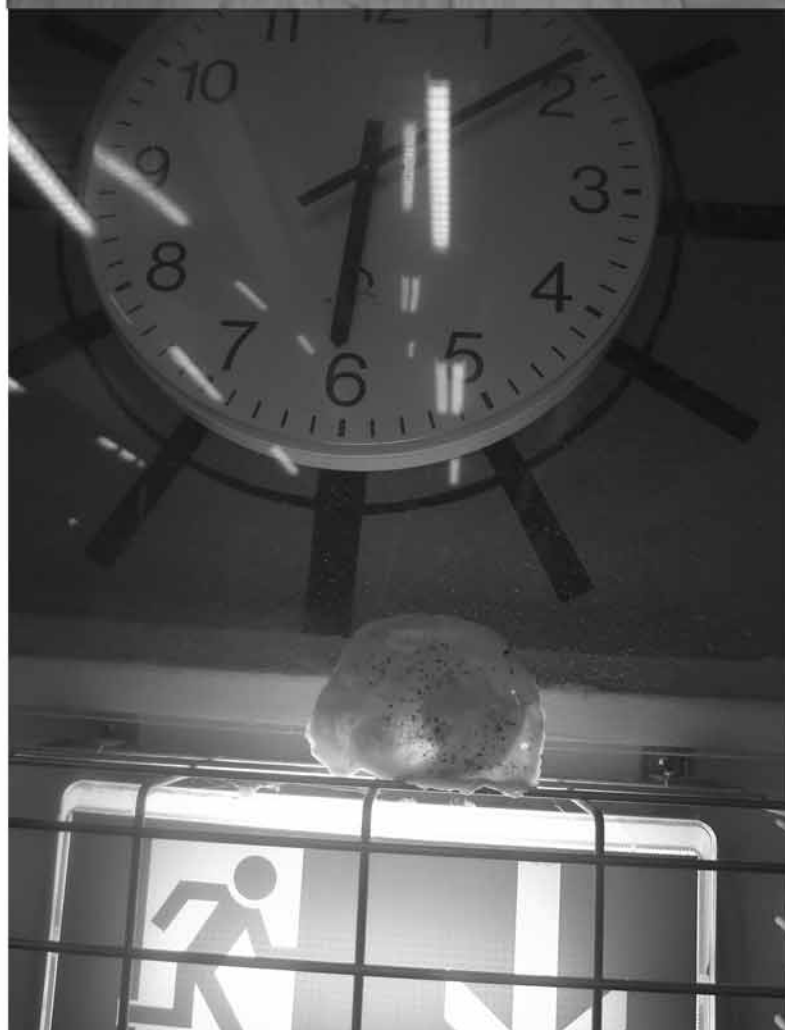
Sollte das Parlament mehr mitentscheiden dürfen? Die Meinungen sind geteilt. 72,3% der Befragten halten die Einschränkungen von Grundrechten für vollkommen oder eher gerechtfertigt, 22,4% für eher oder überhaupt nicht gerechtfertigt. 42,9% finden, dass die Bundesregierung weitreichende Maßnahmen auch ohne Zustimmung des Bundestages beschließen können soll, 46,2% lehnen das ab.

Universität Heidelberg // Die Akzeptanz der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie in der deutschen Bevölkerung // 1.351 Befragte in Deutschland // repräsentativ // Jun. & Jul. 2020













Diese blöden Spiegeleier!

Text und Bilder von Sebastian Schulke und Shahin Mirza-Zadeh

Der Frühling war trocken. Der Sommer war heiß. Der Herbst recht mild. Und der Winter lässt sein schönes Weiß wieder recht lange vermissen. Ob Corona damit etwas zu tun hat? Oder der Klimawandel? Keine Ahnung. Eines ist jedoch klar: Unser gesamter Planet wird langsam aber sicher zu einem einzigen Hotspot. Die Erderwärmung nimmt aufgrund der industriellen Revolution 4.0 weiter ungebremst zu. Zwei Grad? Ne, oder? Da war doch was! Und als ob das nicht schon genug wäre, kommen jetzt auch noch überall diese Corona-Hotspots hinzu. Nicht in Grad Celsius gemessen, sondern nach Infizierten und Menschenleben. Unsere Welt und ihre Zweibeiner*innen laufen gerade heiß. Das menschengemachte System gerät außer Kontrolle. Wirtschaft, Kapital und Konsum wachsen nicht mehr, sie überhitzen, drohen komplett zu implodieren. Politiker*innen, Umweltschützer*innen, Klimaforscher*innen, Virolog*innen, Expert*innen und leider auch Extremist*innen reden viel. Sie werfen mit Worten wie „systemrelevant“ um sich, jonglieren hilflos mit Zahlen und stellen überall Ampeln auf, die rot, gelb und grün blinken sollen. Irgendwie bleibt jedoch alles so wie es ist. Kunst, Bildung und die sozialen

Kompetenz-Kompetenzen sind nur notgedrungen relevant, passen nicht ins globale System. Damit nicht genug. Jetzt sind auch noch überall diese Spiegeleier. Auf der Wiese, im Sand, auf dem Wasser, in und auf Mülltonnen, in Sporthallen, an Uhren, in Schulen und anderen Gebäuden – sie sind einfach überall. Eine echte Plage! Diese blöden Spiegeleier. Früher gab es die so frei und wild nur im Hochsommer auf dem Asphalt. Jetzt hängen diese ekligen Teile überall herum. Wo kommen die her? Wer hat die gebraten? Und wer hat dafür überhaupt noch Zeit? Sind Spiegeleier etwa systemrelevant? Oh, Mann! Oh, Frau! Oh, Kinder! Kann die nicht mal jemand einfach essen.<

*Vater und Sohn sind hier eines Nachmittags gemeinsam auf Spiegeleier-Jagd gegangen. Den Corpus Delicti hatten sie zuvor in einer Pfanne gebraten und dann an verschiedenen Orten fotografiert. Was danach mit dem Spiegelei passierte, ist nicht bekannt ...
Shahin Mirza-Zadeh und Sebastian Schulke lieben Spiegeleier sehr.*

21. März 2020 - 04. Apr
READ IT - Bitte lesen -
Inform your friends - Inf
Freunde

AUSGANGSSPERRE
Die Strafe ist 2 Jahre o

STAY AT HOME Don't le
The penalty is:

€ 25.000

il 2020

ormieren Sie Ihre

oder 25.000 €

leave it.

Ausgangssperre

Der Umgang der Behörden mit Geflüchteten in der Corona-Pandemie und deren Versagen zeigt: Der Virus macht eben doch nicht alle gleich. Von Stephan Dünwald

Denken wir an Systemrelevanz, dann hören wir das Beklatschen von Pflegekräften und von Müllarbeiter*innen oder auch das geldarme Lob, das Politiker*innen diesen Menschen in den letzten Monaten zollten. Und natürlich, der Dank gebühre auch den Behörden und Hilfsorganisationen, die all das regelten, was nun in Zeiten von Corona nötig sei. Denn die Aufrechterhaltung der Ordnung ist von besonderer Bedeutung in Momenten der Krise.

Auf der anderen Seite des Zaunes, des Bettgitters oder des Behördenschreibtisches sitzen dann all die, welche ihre „Relevanz“ eingebüßt haben oder nie hatten: Alte, Kranke, Hartz-IV-Empfänger*innen, Wohnungslose und eben Geflüchtete. Sie sind gewissermaßen zu viel und zu viele. Entbehrlich, überflüssig, unnütz, Abfall. Der polnisch-britische Soziologe Zygmunt Bauman hat diese Unterscheidung konstituierender Gedankengänge luzide in seinem Buch *Verworfenes Leben* nachgezeichnet. Dieser Ausgrenzung steht die Behauptung entgegen, welche von Madonna bis zum Psychologen Stephan Grünewald, Mitglied in Armin Laschets Corona-Expert*innenkommission, von vielen derzeit postuliert wird: Das Virus eine alle, vor dem Virus seien alle gleich.

Das Land bewegt sich im Krisenmodus. Die Krise verlangt, dass wir gemeinsam dagegen angehen. Dieses Gemeinsame – oder wenigstens der Appell der Gemeinsamkeit – suggeriert eine Gleichheit, und ein temporäres Suspendieren von Unterschieden, wie es sonst nur dem Tod zugeschrieben wird. Alle seien wir den gleichen einschränkenden Regeln unterworfen und wir müssten, so wird besonders mit Blick auf das Tragen der Maske an uns appelliert, aufeinander

aufpassen. Niemand dürfe ausscheren, niemand vernachlässigt werden.

Aber ganz so einfach ist es nicht. Neben diesen Signalen der Gleichheit und Solidarität treten mit Corona auch Differenzen zutage: Reisen ins Ausland, beziehungsweise die Rückkehr von denselben, werden generell als riskant betrachtet. (Arbeits-)Migrant*innen und ihre Mobilität erhöhen das Risiko von Ansteckung und Verbreitung, so wird befürchtet. Grenzen werden geschlossen, denn die Verbreitung des Virus und der Kampf dagegen ist auch ein

Wettbewerb der Nationen. Es mag deutlich geworden sein, dass unternehmerische Profitgier Schuld trägt an den Corona-Ausbrüchen unter Saisonarbeiter*innen in der Landwirtschaft und Fleischindustrie, nicht die Nachlässigkeit der Arbeitenden. Dennoch bleibt ein Verdacht an den Geflüchteten und den

Migrant*innen haften: Wer unterwegs ist, sei gefährlich. Der Schutz der Einheimischen und der von Einwander*innen wird trotz allem nicht mit der gleichen Elle gemessen.

Die Behörde, Corona und die Geflüchteten

Wie die Pandemie alles in Bewegung versetzt und doch vieles gleich bleibt, wird besonders deutlich am Verhalten der Behörden gegenüber Geflüchteten und ihren Unterstützer*innen. Eine der ersten Maßnahmen der Regierung zu Beginn des Lockdowns war die Vermittlung von Informationen. Migrant*innen und Geflüchtete hätten, weil sie ja in gleicher Weise vom Virus betroffen sind, auch gleichwertige Informationen erhalten müssen. Weil viele nicht ausreichend Deutsch sprechen oder lesen können, hätten Übersetzungen

*Wer unterwegs ist,
gilt als gefährlich*

angefertigt und Audio-Nachrichten bereitgestellt werden müssen. Es hätte auch einen Ort geben müssen, wo diese Informationen abgerufen werden können.

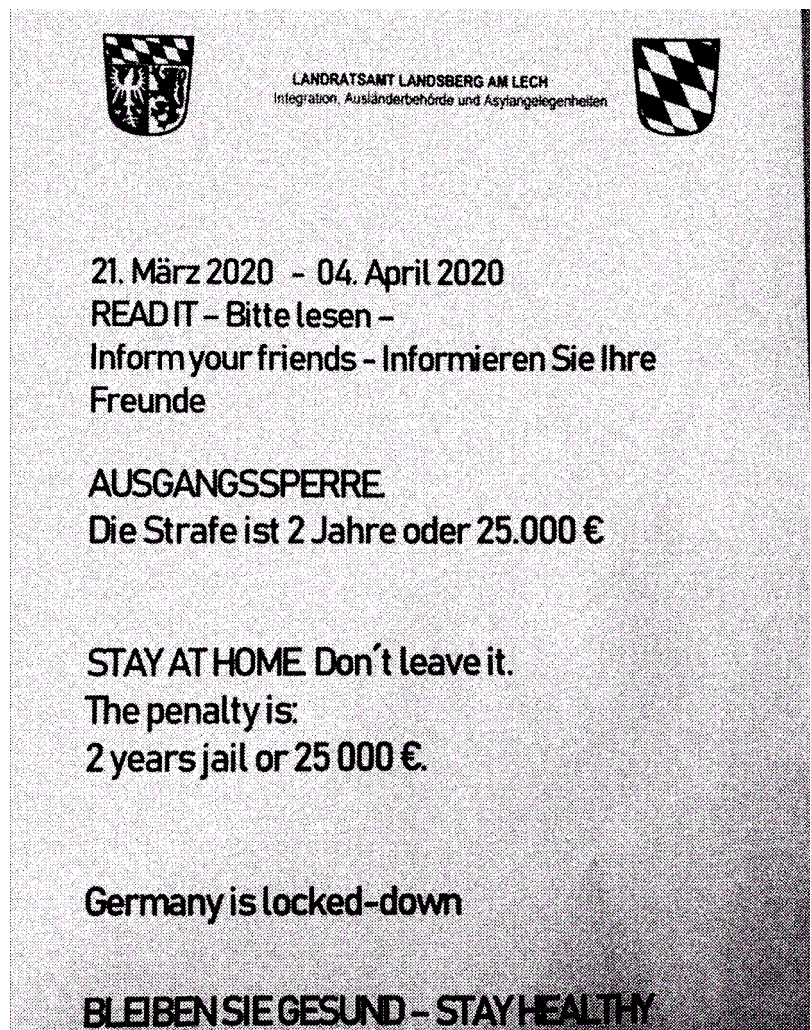
Eine Anfrage des *Bayerischen Flüchtlingsrates* (BFR) per E-Mail an die Bayerische Integrationsbeauftragte mit Fragen hierzu wurde eine Woche später beantwortet – jedoch vom Innenministerium. Verwiesen wird auf Informationen in fünf Sprachen (darunter auch Türkisch und Serbo-Kroatisch) beim Bundesgesundheitsministerium. Vierzehn Tage später gibt es diese und weitere Infos in einer Reihe von Sprachen auch auf der Website der Bayerischen Integrationsbeauftragten Gudrun Brendel-Fischer (CSU). Effizienter erwies sich für den BFR letztendlich, auf eigene ehrenamtliche Übersetzungen zurückzugreifen und diese über die eigene Website zu verbreiten. Das Innenministerium hat in der Zwischenzeit einen Infobrief mit wesentlichen Neuerungen in den Pandemie-Regeln verfasst, der explizit auch an die Unterstützerorganisationen von Geflüchteten gerichtet ist. Ein Novum für das Innenministerium, das sonst eher mit den Ausländerbehörden kommuniziert (wenngleich der Erkenntnisgehalt mit jedem neuen Infobrief sinkt). Es bewegt sich also was, aber das Ross der Behörden bleibt hoch.

Lockdown

Diese Diskrepanz zeigt sich vor allem im Umgang mit Geflüchteten in Unterkünften. Dass das hohe Ross der Behörden mitunter eher ein Esel ist, bewies die Ausländerbehörde des Landratsamts Landsberg am Lech. Diese entwarf zu Beginn des Lockdowns einen Zettel, den sie an Zaun und Türe einer Unterkunft aufhing, überschrieben mit den Worten „READ IT – Bitte lesen“. Darunter in Versalien: „AUSGANGSSPERRE“ gefolgt von „Die Strafe ist 2 Jahre oder 25.000 €.“ Man mag es nachvollziehen können, dass die Behörde kurz und in einfacher Sprache informiert. Dass aber dieser Aushang zu kurz geraten ist, hätte man sich auch in Landsberg am Lech denken können. Ein Foto dieser Bekanntmachung macht die Runde und Geflüchtete aus Bad Tölz informierten uns. Sie sind verunsichert, wissen nicht was diese Ankündigung heißen soll. Werden jetzt alle Geflüchteten bestraft, die zur Arbeit gehen oder zum Deutschunterricht? An einem Sonntag erreichen wir endlich den Pressesprecher des Landsberger Landratsamtes. Der fährt daraufhin persönlich zur Unterkunft und nimmt den Zettel ab.

Wenn sich ein solches Verhalten auf die Kommunikation mit Geflüchteten beschränken würde, wäre das schlimm genug. Vernachlässigung, Gedankenlosigkeit, Wurstigkeit, vielleicht auch die Überzeugung, dass man für die Menschen in den Unterkünften nicht viel machen müsse, dominieren das Verhalten der Behörden – nicht aller Behörden, wohlgemerkt. Aber dass es hier und da besser läuft, macht die schlechte Behandlung Geflüchteter woanders noch deutlicher und offenkundiger.

Der BFR appelliert öffentlich an die Staatsregierung, Geflüchtete aus den großen Unterkünften herauszuholen und sie stattdessen dort unterzubringen, wo der Lockdown alles zum Erliegen gebracht hat: in Hotels, Jugendherbergen oder Schullandheimen. Es geht darum, die Situation zu entschärfen. In den Unterkünften leben manchmal Hunderte Personen auf engstem Raum, sie müssen sich Küchen und sanitäre Anlagen teilen, kommen in den engen Fluren nicht aneinander vorbei. Irgendwann im Frühjahr jedoch müssen die Verantwortlichen beschlossen haben: Nein, Geflüchtete bleiben in großen Massenunterkünften.



Der Flüchtlingsrat verklagte daraufhin die Bayerische Staatsregierung und die zuständigen Bezirksregierungen. Sie sollen Verhältnisse schaffen, die es Geflüchteten ermöglichen, sich selbst zu schützen und den Auflagen staatlicher Verordnungen Folge zu leisten. Die erste Antwort der Staatsanwaltschaft München liest sich wie ein Witz. Diese sei zuständig für die Bearbeitung der Anzeige, aber Corona-bedingt könne sich das verzögern. Kurz darauf wird das Infektionsschutzgesetz geändert, es folgt Mitteilung Nummer zwei: Aufgrund dieser Änderung würde der Gegenstand unserer Anzeige von einer Straftat zu einer Ordnungswidrigkeit herabgestuft. Die betreffenden Behörden würden informiert. Eine Umfrage, initiiert vom BFR, ergibt jedoch, dass bis mindestens Mitte Oktober keine Behörde informiert worden sei.

All dies steht im deutlichen Gegensatz zur Rhetorik der Dringlichkeit, Notwendigkeit und Alternativlosigkeit bestimmter Maßnahmen. Und auch im Gegensatz zu den zahlreichen

Appellen an die Bevölkerung, den behördlichen Regeln zu folgen und Einsicht zu zeigen. Im Umgang mit Geflüchteten in Zeiten der Pandemie wollen sich die Verantwortlichen nicht in die Karten schauen lassen. Sie verfolgen den Ansatz: so wenig Aufwand wie möglich.

Quarantäne

Die Entscheidungen über die Verhängung von Quarantänen zeigen deutlicher als alle anderen Maßnahmen, wie Geflüchtete während der Pandemie behandelt werden. Häufig sind es sogenannte Krisenstäbe vor Ort, die das gesamte Corona-Geschehen beobachten und lokale Maßnahmen anordnen – bei Infektionsfällen eben auch gegenüber den Bewohner*innen von Unterkünften für Geflüchtete. In diesen Krisenstäben sitzen nicht nur die Kommunen, Landratsämter oder Bezirksregierungen, sondern häufig auch Gesundheitsämter, Feuerwehr oder das *Technische Hilfswerk*. Die Vielzahl an Akteur*innen macht es oft völlig unvorhersehbar, wie sensibel und reflektiert die Behörden mit Geflüchteten umgehen. In der Regel aber eher nicht sensibel und auch nicht reflektiert. Und das Gespräch mit den Betroffenen wird meist auch nicht gesucht.

Rosenheim

Über Ostern wurde bekannt, dass erst eine, dann zwei weitere, schließlich noch eine vierte Unterkunft in Rosenheim unter Quarantäne gestellt wurden. Das Schema lief, will man der Presse glauben, immer gleich ab: Ein Großaufgebot polizeilicher Einsatzkräfte mit Helmen und Hunden umringt eine Unterkunft, eine Firma stellt einen Bauzaun rings um die Unterkunft auf, dann übernimmt die Polizei oder eine private Wachfirma die Kontrolle über das Gebäude, sodass niemand mehr ungesehen rein oder raus kann. Wo das Essen nicht schon vorher von Catering-Firmen geliefert wurde, wird jetzt darauf umgestellt. Die

Behörden halten sich zudem für besonders verständig, weil sie nicht einfach die Türen abschließen, sondern zwischen Gebäude und Absperrgittern ein bisschen Platz lassen, damit die Bewohner*innen auch mal Luft schnappen können.

Sonst passiert nichts. Infizierte werden verpflichtet, ihr Zimmer nicht zu verlassen, Kontakt-

personen, wenn sie identifiziert werden können, ebenfalls. Aber was innerhalb der Unterkunft passiert, scheint sekundär. Hauptsache: Keiner kommt raus aus dem Camp. Zwar gab es Proteste seitens einiger Stadträt*innen, aber es sollte bis Mitte Mai und mehrmalige Verlängerungen der Quarantäne dauern, bis erstmals Personen von Rosenheim weg verlegt wurden.

Geldersheim

Ein solcher Umgang mit Geflüchteten ist keineswegs eine oberbayerische Spezialität. Im unterfränkischen Ankerzentrum Geldersheim bei Schweinfurt wurden 600 Personen unter Quarantäne gestellt, erst zwei Wochen, dann vier, dann sechs, dann acht. Niemand durfte das Camp verlassen, es sei denn, er war infiziert und wieder gesundet. In Geldersheim, wo rund 600 Bewohner*innen in Gebäuden leben, die für 1.400 Personen ausgelegt sind, gibt es verhältnismäßig viel Platz. Infizierte und Kontaktpersonen werden, anders als in Rosenheim, in abgesonderte Bereiche verlegt. Trotzdem kommt es auch hier immer wieder zu neuen Infektionsfällen.



***Zwei Wochen Quarantäne,
dann vier,
dann sechs,
dann acht***

Landshut

Das gleiche Spiel in Landshut, Hauptstadt des Regierungsbezirks Niederbayern. In der Unterkunft Porschestraße treten die ersten Infektionsfälle auf. Sie werden mit ihren Familien nach Hengersberg in eine Unterkunft gebracht, die vorher geräumt worden war. Auch hier dürfen nur diejenigen Personen wieder raus, die nachgewiesen den Krankheitsprozess durchlaufen haben. Das hat den Effekt, dass die Unterkunft in Hengersberg schon nach wenigen Wochen nicht mehr ausreicht für all die Menschen, die in Quarantäne geschickt werden. Inzwischen ist Corona auch in der zweiten, wesentlich größeren staatlichen Unterkunft ausgebrochen. Hier wird kurzerhand der Beratungstrakt leergeräumt und mit Infizierten belegt. Eine Kontrolle der Trennung von Infizierten und Nicht-Infizierten erfolgt nur rudimentär. In einem der drei Gebäude kommt es zu einem Aufruhr, weil eine infizierte Person den obersten Stock verlassen hat und eine Etage weiter unten auf die Toilette geht. Einige besonnene Geflüchtete konnten die anderen beruhigen. Mit etwas Pech wäre die Situation eskaliert.

Es braucht wenig Phantasie, sich die Belastung und Anspannung unter Quarantäne vorzustellen. In vielen Fällen teilen sich Familien ein Zimmer. Unter Quarantäne werden die Bewohner*innen meist per Catering versorgt. Es nützt nichts, sich über Qualität, Geschmack oder Menge der Versorgung zu beschweren, es ändert meist nichts an der Tatsache. So etwa im Landkreis Landshut: Eine kleine Unterkunft wird wegen eines Corona-Falls geschlossen. Den Bewohner*innen werden ein paar Kartons Lebensmittel und Wasser vor die Türe gestellt. Viel zu wenig, unbrauchbar. Beschwerden der Bewohner*innen erreichen Ehrenamtliche. Die drohen der Behörde mit Eingreifen und der Presse. Erst dann kommt jemand, erstellt eine Einkaufsliste und besorgt die gewünschten Lebensmittel in ausreichender Menge.

In den Unterkünften in Landshut wird mit großer Verzögerung auch begonnen, Personen mit erhöhten Risiken zu identifizieren. Besonders geschützt werden sie dadurch noch lange nicht. Aber man beginnt, Kontaktpersonen in Pensionen einzuquartieren, auch besondere Risikopersonen werden so isoliert.

Manifestation der systemischen Irrelevanz

Betrachtet man das Behördenhandeln, so ist man erstaunt, dass ganz grundlegende Entscheidungen viele Wochen dauern. Etwa die Identifizierung von Risikopersonen oder die Separierung von Infizierten

und Kontaktpersonen von anderen Bewohner*innen. Lernprozesse – wenn überhaupt – finden in Zeitlupe statt. Auf Nachfragen heißt es: Alles Notwendige wird gemacht. Wenn man aber nachschaut oder sich bei den Geflüchteten nach dem Stand der Dinge erkundigt, muss man feststellen: Entgegen der Aussagen der Behörden gibt es in der Unterkunft keinen einzigen Seifenspender, geschweige denn Papierhandtücher, Desinfektionsmittel oder Mund-Nase-Masken. Neben einer wohl nicht zu Unrecht unterstellten Überforderung der Behörden muss hier ein gehöriges Maß an Indifferenz und Gedankenlosigkeit gegenüber den Geflüchteten angenommen werden, sonst wären all diese Versäumnisse, gerade in ihrer Häufigkeit und Schwere, nicht zu erklären. Insbesondere die mangelnde, oft tagelang versäumte Separierung Infizierter lässt sich nur damit erklären, dass, eine Durchseuchung der Bewohner*innen von Flüchtlingsunterkünften durchaus in Kauf genommen wird – auch wenn eine Vorsätzlichkeit leugnet wird.

Und die zweite Welle? All diese hier beschriebenen Beobachtungen beziehen sich auf die Monate April bis Juni 2020. Im Oktober wurden die ersten Unterkünfte wieder unter Quarantäne gestellt, dann häufte sich die Zahl, die Ankerzentren Deggendorf, auch Geldersheim. Alles wie gehabt. Ein Infektionsfall reicht, um eine Unterkunft von 200, 300 oder 600 Personen abzuriegeln. Auch heute ist es noch nicht möglich, sich zeitnah eine Bescheinigung ausstellen zu lassen, dass man selbst unter Quarantäne gestellt wurde und deshalb seinen üblichen Verpflichtungen nicht nachkommen kann. So gehen Arbeits- und Ausbildungsplätze verloren und die Schule verbucht Fehltag. Die Behörden bleiben überfordert, sie haben offenbar nichts gelernt.

Die Irrelevanz von Geflüchteten im gegenwärtigen Diskurs zeigt sich auch daran, dass die erhebliche Gefährdung von Bewohner*innen in den Unterkünften öffentlich quasi nicht debattiert wird. Die Medien berichten zwar vereinzelt, aber die Regierungen und Landratsämter sehen keinen Handlungsbedarf. Denn Verbesserungen, wie etwa die Verlegung Geflüchteter in kleinere Unterkünfte oder Wohnungen, selbst Schullandheime, kosten Geld. Die Bilanzen dieser Krise werden zeigen, dass der Staat für alles Geld hatte, aber nicht für Geflüchtete. Sie werden, mit Zygmunt Bauman, als überflüssig erachtet, Ausschuss, Abfall in der großen Maschine einer nicht immer sozialen Marktwirtschaft.<

Stephan Dünnwald
*ist Ethnologe und
arbeitet beim Bayer-
ischen Flüchtlingsrat*





Her mit dem guten Leben!
Das Netzwerk Care Revolution will die menschlichen Bedürfnisse ins Zentrum der Gesellschaft stellen und Fürsorge-Berufe aufwerten

„Wir müssen füreinander da sein“

Das Netzwerk *Care Revolution* besteht seit 2015 und ist ein Verbund aus über 80 Organisationen, Gewerkschaften und Einzelpersonen. Das Netzwerk beschäftigt sich mit allen Care-Berufen, also etwa den Bereichen Bildung und Pflege, aber auch unsichtbaren Bereichen der häuslichen Betreuung, der Kindererziehung, der Sexarbeit oder der Pflege von Angehörigen. Das Ziel der *Care Revolution*-Bewegung ist es, diese Leistungen aufzuwerten und ihnen als lebensrelevante Arbeiten zu Anerkennung und Wertschätzung zu verhelfen. Statt Profitorientierung sollte Fürsorge der Ausgangspunkt unseres Zusammenlebens sein. Wir haben uns mit Mia Smettan und Charlotte Hitzfelder vom *Konzeptwerk Neue Ökonomie* in Leipzig unterhalten, die sich im Netzwerk *Care Revolution* engagieren. Ein Interview von Laura Pöhler.



Wie arbeitet *Care Revolution*?

Mia Smettan: Die Arbeit des Netzwerkes spielt sich auf unterschiedlichen Ebenen ab. Wir haben einerseits Ortsgruppen- und Netzwerktreffen und zum anderen geht es aber auch immer wieder um ganz konkrete Kämpfe bei uns: Wie kommen wir zu einer besseren Bezahlung der Pflegekräfte in Krankenhäusern, Altenpflege oder ambulanten Pflegediensten? Welche neuen Modelle können wir einführen, um die Menschen in diesen Einrichtungen zu bestärken und um zu zeigen, wie es auch anders funktionieren kann? In Freiburg etwa ist die Einführung eines Care-Rates gelungen. Hier wird Care-Beschäftigten sowie Menschen in familiären und ehrenamtlichen Sorgebeziehungen Raum gegeben, Missstände und Notlagen zu schildern. Ziel des Care-Rates ist es, Lösungswege,

Forderungen und Handlungsoptionen zu entwickeln. Diese können sich zum Beispiel an den Gemeinderat richten oder die Beteiligten setzen die Ideen gleich selbst um.

Charlotte Hitzfelder: Wir versuchen auch immer wieder aktivistische Impulse zu setzen. Nächstes Jahr wollen wir einmal im Monat im Rahmen unserer Aktion *Platz für Sorge* einen öffentlichen Platz besetzen, um auf verschiedene Formen der Sorgearbeit aufmerksam zu machen und Unsichtbares sichtbar zu machen.

Für das *Konzeptwerk Neue Ökonomie* in Leipzig engagiert ihr euch intensiv im Netzwerk *Care Revolution*. Was versteht ihr unter Care Arbeit?

Charlotte Hitzfelder: Im Deutschen wird Care Arbeit häufig mit Sorgearbeit übersetzt. Wir vom

Netzwerk *Care Revolution* bezeichnen damit sowohl bezahlte als auch unbezahlte Fürsorge- und Pflegearbeit. Das Konzept der Care Arbeit beinhaltet dabei sowohl klassische, meist unbezahlte Haushaltsarbeiten wie Kochen und Putzen, aber auch emotionale Arbeit – etwa die Unterstützung des eigenen Partners, dem es gerade schlecht geht, durch Gespräche und Anteilnahme. Daneben gehört auch Bildung, Kranken- und Altenpflege, Reinigungsarbeit außerhalb des Haushalts oder Kinderbetreuung dazu – also alles, was für uns Menschen überlebensnotwendig ist.

Mia Smettan: Dazu gehört für uns auch die Sorge um unsere Umwelt. Denn wir Menschen sind ebenso abhängig vom Erhalt und der Sorge um unsere natürlichen Ressourcen wie von zwischenmenschlicher Fürsorgearbeit.

Wen kümmert das? Und wer macht die ganze Arbeit?

Charlotte Hitzfelder: Care Arbeit geht uns alle was an, denn: Wir alle sind in hohem Maße von ihr abhängig. Wir würden keine drei Tage alt werden, würden wir nicht die Fürsorge anderer empfangen, und sind auch später nicht in der Lage, ohne Care Arbeit zu überleben.

Mia Smettan: Ein grundsätzliches Problem besteht darin, dass Care Arbeit in der Regel nicht die gleiche Anerkennung erfährt wie andere Formen der Arbeit in unserer Gesellschaft. Sie findet häufig im Hintergrund statt.

Charlotte Hitzfelder: Care Arbeit ist zudem sehr ungerecht organisiert in unserer Welt. In unserem System – ein System, das auf ausbeuterischen Verhältnissen, Herkunft,

Klasse, Hautfarbe und auf einer geschlechtlichen Zweiteilung fußt – gibt es wenig Anerkennung für die Arbeitenden im Care Bereich. Frauen und Marginalisierte, wie etwa Migrant*innen und Geflüchtete, verrichten diese Arbeiten für unsere Gesellschaft und haben es dabei nicht leicht.

In den letzten Monaten wurde vermehrt über sogenannte systemrelevante Berufe diskutiert. Nicht wenige dieser Berufe sind Berufe im Care Sektor. Wie beurteilt ihr diese Debatte?

Mia Smettan: Wir haben die Debatte natürlich mit Spannung beobachtet. Der Begriff Systemrelevanz, wie er in Folge der Corona-Pandemie aufgetaucht ist, bezeichnet tatsächlich viele Berufe – wie etwa den der Supermarkt-Kassierer*innen, der Pfleger*innen und Erzieher*innen –, die wir in dem Bereich Care verordnen. Das sind Tätigkeiten, die eigentlich dafür da sind, die Bedürfnisse von Menschen und Umwelt zu erfüllen, aber sie wurden vor allem als Berufe diskutiert, die unser Wirtschaftssystem am Laufen halten. Weil klar wurde: Wenn diese Berufe fehlen, dann brechen uns Lebensgrundlagen weg.

Charlotte Hitzfelder: Unsere Kritik setzt aber genau dort an. Wir begrüßen es einerseits, dass diese Berufe in den letzten Monaten mehr Sichtbarkeit und dadurch Aufwertung erfahren haben. Auf der anderen Seite ist der Begriff Systemrelevanz, wie er gerade gebraucht wird, auch irreführend, denn wir vom Netzwerk *Care Revolution* wollen kein System erhalten, das auf Ungerechtigkeit basiert, auf rassistischen Strukturen, auf kolonialen Kontinuitäten, die sowohl Menschen als auch Umwelt ausbeuten. Deswegen würden wir viel lieber von lebensrelevanten

Arbeitsbereichen sprechen.

Inwiefern spielt die Arbeit des Netzwerkes in Zeiten von Corona eine Rolle?

Mia Smettan: Corona hat die schon lange vorhandenen Missstände wie unter einem Brennglas gezeigt. Das gilt für verschiedene Gesellschaftsbereiche. Am offensichtlichsten und heftigsten diskutiert in den letzten Monaten wurde das wahrscheinlich an unserem Krankenhaussystem. Corona hat den jahrelangen Abbau unseres öffentlichen Gesundheitssystems auf schmerzhaft Weise offenbart. Pflege- und Krankeneinrichtungen mit einstmals Zeit und Personal sind in den letzten Jahren einem System gewichen, welches vor allem an Profitorientierung ausgerichtet ist. In der Pandemie ist deutlicher als jemals zuvor geworden: Wir brauchen einen neuen Ansatz, denn gute Pflege und Care Arbeit lassen sich nicht an ökonomischen Gewinnmargen festmachen. Was es braucht im Gesundheitswesen sind vor allem Zeit und finanzielle Ressourcen – unabhängig vom abgeworfenen Gewinn.

Charlotte Hitzfelder: Besonders offensichtlich ist während der Corona-Krise auch nochmal das Verhältnis von Geschlecht und Care Arbeit geworden. Nehmen wir das Beispiel Homeschooling: Diese Sorgearbeit für Kinder und Jugendliche, die normalerweise in Schulen stattfindet, wurde von einem Tag auf den nächsten in unser Zuhause verlagert. Zwar waren unter den Eltern Männer wie Frauen vom Home Office betroffen, es hätten also beide diese Arbeit gleichberechtigt übernehmen können. Tendenziell lässt sich aber feststellen, dass vor allem weiblich gelesene Personen diejenigen waren, auf welche die



Charlotte Hitzfelder arbeitet seit 2015 beim Konzeptwerk Neue Ökonomie und ist im Netzwerk Care Revolution aktiv. Sie macht dort politische Bildungs- und Vernetzungsarbeit zum Thema Wirtschaft und Care (Sorgearbeit).



Mia Smettan arbeitet seit 2018 im Konzeptwerk Neue Ökonomie. Sie ist außerdem im Netzwerk Care Revolution aktiv. In beiden Vereinen macht sie politische Bildungsarbeit und organisiert Veranstaltungen und Vernetzungstreffen zu den Themen Feminismus, Care und Wirtschaft.

zusätzlich anfallende Care Arbeit für Kinder in Form von Heimunterricht zurückfiel.

Auch das ist ein zentrales Anliegen der *Care Revolution*: Wir wollen diese Geschlechterrollen-Zweiteilung aufbrechen. Wir wünschen uns eine Gesellschaft, die jenseits der klassischen Zwei-Geschlechter-Rollenverteilung funktioniert. Eine Gesellschaft, in der Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht Care Arbeit leisten.

Viele der vom Netzwerk organisierten Gruppen beschäftigen sich intensiv mit den Themen Flucht und Migration. Wie kommt das?

Mia Smettan: Ein relevanter Teil unserer Haus- und Pflegearbeit in Deutschland wird von Menschen aus anderen Ländern verrichtet, häufig unter schlechten Voraussetzungen. Das liegt zum einen etwa an Länderabkommen, die Deutschland mit den Herkunftsstaaten dieser Personen hat, etwa mit den Philippinen. Diese, oft auch illegalisierten, Menschen arbeiten meist unter extrem prekären Bedingungen, für sehr wenig Lohn, da ihre Aufenthaltstitel an ihre Arbeit geknüpft sind.

Hier wird die bereits abgewertete Care Arbeit auf die am wenigsten privilegierten Menschen des Arbeitsmarktes abgewälzt. Deutschland profitiert davon finanziell und Frauen mit deutscher Staatsbürgerschaft emanzipieren sich auf dem Rücken anderer. Sie lagern die Betreuung von Kindern und das Organisieren des Haushalts auf weniger privilegierte Frauen aus und gewinnen dadurch an Zugang zum männlichen und profitorientierten Arbeitsmarkt. Ein weiteres Thema, das immer wieder eine wichtige Rolle spielt, ist der gleichberechtigte Zugang zu unserem Gesundheitssystem.

Insbesondere Menschen, die in Lagern leben oder Menschen, die sich im Aufenthaltsprozess befinden, haben keinen Zugang zum Gesundheitssystem und einer ganz basalen Gesundheitsversorgung.

Was brauchen wir, um der Care Revolution näher zu kommen?

Mia Smettan: Was wir vor allem brauchen ist viel mehr Zeit, um uns um andere Menschen zu kümmern, aber auch um uns selbst! Eine zentrale Forderung der *Care Revolution* ist deshalb die Arbeitszeitverkürzung auf maximal 30 Wochenstunden für alle, idealerweise noch weniger.

Charlotte Hitzfelder: Von zentraler Bedeutung ist außerdem mehr Mitbestimmung in den Einrichtungen, in denen Fürsorgearbeit geleistet wird. Viele denken: „Pflegearbeit – das will doch keine*r machen!“ Aber wir müssen uns fragen, warum? Viele Pfleger*innen lieben ihren Beruf, leiden aber schrecklich unter den

Verhältnissen in ihren Betrieben. Wir müssen etwa weg von der Privatisierung unserer Pflegeeinrichtungen, die inzwischen immer mehr zu Unternehmen werden. Und wir müssen hin zu einer Demokratisierung. Die Mitarbeiter*innen dieser Einrichtungen sollten das Recht haben, über die Verhältnisse zu bestimmen, unter denen sie arbeiten. Sie wissen am besten, was es für gute Care Arbeit braucht. Natürlich ist Care Arbeit – wie jede andere Arbeit übrigens auch – manchmal anstrengend, aber es kann auch Spaß machen und sehr befriedigend sein, sich um andere Menschen zu kümmern. Die Frage ist doch, ob wir dem die Anerkennung beimessen, die diese Arbeit verdient. Es ist lebensnotwendig, dass wir gut füreinander da sind.<

Netzwerk Care Revolution:
www.care-revolution.org



Whose jizz is this?

Sexarbeiter*innen als Superspreader in der Corona-Krise – geht's noch,
oder kommst du schon?

Wie viele andere Berufsgruppen müssen Sexarbeiter*innen seit Monaten extreme finanzielle Einbußen und eine existentielle Bedrohung hinnehmen. Zusätzlich machen ihnen Prostitutionsgegner*innen das Leben schwer. In einem Klima allgemeiner Verunsicherung versuchen sie, ein faktisches Berufsverbot für Sexarbeiter*innen zu erreichen. Dabei geht es ihnen nicht um das Wohl von Sexarbeiter*innen, sondern um die Durchsetzung ihrer eignen Moralvorstellungen. Von Franziska Schon

Als im März diesen Jahres Covid-19 Deutschland erreichte, und Schulen, Kindertagesstätten, Restaurants und Cafés für einige Wochen schließen mussten, war schnell klar, dass gerade Soloselbstständige hart von diesen Einschnitten betroffen sein würden. Dazu gehört auch die Berufsgruppe Sexarbeiter*innen, die nun vor besonders komplizierten Problemen gestellt sind.

Ich selbst bin keine Sexarbeiterin, sondern Sozialarbeiterin und in einer Beratungsstelle tätig, die Unterstützung zu Themen wie sexueller Gesundheit, Sozialleistungen oder Krankenversicherung für Menschen aus dem Bereich der Sexarbeit anbietet. Ich stehe in täglichem Kontakt zu Personen dieser Branche und erhalte dadurch einen Einblick in deren Lebens- und Arbeitssituation. Zudem verfolge ich den politischen und gesellschaftlichen Diskurs rund um den Themenbereich Sexarbeit und beobachte, dass reaktionäre Kräfte die Pandemie als Vorwand nutzen, um die Idee eines sogenannten Sexkaufverbots – also faktisch ein Berufsverbot – salonfähig zu machen.

Sexarbeit ist in Deutschland eine legale Tätigkeit. Sexarbeiter*innen und Kund*innen droht für die Erbringung sexueller Dienstleistungen, oder für deren Inanspruchnahme, keine strafrechtliche Verfolgung. Sexarbeit ist erst seit 2002, mit Inkrafttreten des

Prostitutionsgesetzes, nicht mehr sittenwidrig, sodass Sexarbeiter*innen seitdem zum Beispiel in die Sozialversicherung einzahlen können. Im Jahr 2017 ist zudem das Prostituiertenschutzgesetz in Kraft getreten. In diesem ist zum Beispiel geregelt, dass Sexarbeiter*innen mindestens einmal jährlich eine gesundheitliche Beratung in einem Gesundheitsamt in Anspruch nehmen und sich alle zwei Jahre behördlich als Sexarbeiter*in registrieren müssen.

Sexarbeit ist erlaubt, aber längst nicht akzeptiert

Obwohl Sexarbeit in Deutschland legal ist – und zugleich stark reguliert –, wird sie noch lange nicht akzeptiert und anerkannt. Im öffentlichen Diskurs gibt es beim Thema Sex häufig einen Cut, sobald Geld ins Spiel kommt. Dass Menschen ein Sexleben haben, ist gemeinhin akzeptiert; ein sehr aktives Sexleben zu haben, meistens auch. Sobald es aber nicht mehr um privaten Sex geht, sondern um Sex gegen Geld, wird aus gutem Sex oft schlechter Sex. Schnell ist dann die Rede davon, Männer* würden sich eine Frau* kaufen. Dabei wird etwas Grundlegendes missverstanden: Bei der Erbringung sexueller Dienstleistungen wird für die Zeit bezahlt, in der eine Person gegen Lohn ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellt – nicht für den Besitz der Person selbst. Privater und geschäftlicher Sex haben gemeinsam, dass beides einvernehmlich



*Wenn's um Arbeits- und Gesundheitsschutz geht, wissen die Expert*innen ihrer Branche am besten Bescheid, die Sexarbeiter*innen selbst. In politischen Entscheidungen wird ihr know how jedoch konsequent ausgeschlossen.*



stattfinden sollte. Wenn dem nicht so ist, sprechen wir in beiden Fällen von sexualisierter Gewalt, und diese muss in allen gesellschaftlichen Bereichen thematisiert und sanktioniert werden.

In der öffentlichen Debatte werden zwei weitere Themenfelder oft wild miteinander vermischt: Sexarbeit (= grundsätzlich legal und reguliert) und Menschenhandel zum Zweck sexueller Ausbeutung (= ein Straftatbestand, auch ohne Überschreitung von Landesgrenzen). Eine Konsequenz hiervon ist, dass von einigen Organisationen wie *Sisters e.V.*, die Einführung des sogenannten Schwedischen Modells gefordert wird. Nach diesem sollen nicht Sexarbeiter*innen für die Ausübung ihres Berufs bestraft werden, sondern ihre Kund*innen für die Inanspruchnahme sexueller Dienstleistungen. Zudem kriminalisiert es das Umfeld von Sexarbeit, zum Beispiel Bordellbetreiber*innen. Die Befürworter*innen dieses Modells betrachten es als Schlüssel zur Bekämpfung von Menschenhandel und zum Schutz von Frauen vor Gewalt und Ausbeutung (gemeint sind in der Regel cis Frauen; cis-männliche, trans* und queere Sexarbeiter*innen werden kaum mitgedacht).

Gründe für die Entscheidung zu Sexarbeit sind divers und legitim

Internationale Studien deuten darauf hin, dass diese Ziele durch ein Sexarbeitsverbot nicht erreicht werden. Eine Studie von 2019 der Queens University in Belfast, Nordirland, wo seit 2015 ein Sexarbeitsverbot gilt, zeigt, dass ein solches Verbot das Gegenteil bewirkt. Für Sexarbeiter*innen ist es in der Praxis unerheblich, ob statt ihnen ihre Kund*innen kriminalisiert werden – unter der damit verbundenen Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen leiden nämlich sie selbst. Sie müssen Kund*innen zum Beispiel in Privatwohnungen treffen, und nicht in Bordellen oder gewerblich genutzten Appartements, wo es einen Austausch mit anderen Kolleg*innen geben kann, oder diese im Notfall helfen können. Auch die aufsuchende Arbeit durch professionelle Beratungsstellen würde deutlich erschwert, Unterstützungsangebote kämen nicht mehr an.

In Bordellen müssen oft horrende Zimmerpreise gezahlt werden

Ein pauschales Verbot von Sexarbeit lässt die Motive, aus denen Menschen sich für diese Form der Erwerbstätigkeit entscheiden, völlig außer Acht. In Neuseeland etwa wurde im Zuge der vollkommenen Legalisierung von Sexarbeit im Jahr 2003 eine Begleitstudie durchgeführt. Als Hauptmotivation für ihre Berufswahl gaben die Befragten überwiegend Gelderwerb (92,8 %) an. Bedeutsam ist dieser Umstand allein schon, weil es für die Tätigkeit in der Sexarbeitsbranche keiner Berufsausbildung bedarf und der Einstieg damit formell eher einfach ist. Dass sich durch Sexarbeit mehr Geld verdienen lässt als mit anderen Tätigkeiten, ist auch in der Studie aus Nordirland das meistgenannte Motiv. An zweiter Stelle stehen die flexiblen Arbeitszeiten.

Auch aus meinen beruflichen Begegnungen weiß ich, dass viele Sexarbeiter*innen die hohe Flexibilität ihrer Arbeit schätzen. Sie arbeiten eine Woche in München, eine in Berlin, eine andere zu Hause, ohne zum Beispiel Urlaub beantragen zu

müssen. Auch der Wunsch, die eigene Sexualität zu entdecken, wurde in der Befragung aus Neuseeland (22,5 %) und Nordirland (23,2 %) genannt. Es gibt Menschen, die diese Tätigkeit als Berufung empfinden. Und es gibt ein breites Mittelfeld, das sich aus wirtschaftlichen Gründen für Sexarbeit entscheidet, weil sie in ihrem gelernten Beruf in ihrem Heimatland um ein Vielfaches weniger verdienen würden als in der Sexarbeit hierzulande.

Sexarbeit in Zeiten einer Pandemie

Trotz allem ist nicht von der Hand zu weisen, dass im Bereich der Sexarbeit zum Teil sehr prekäre Arbeitsbedingungen herrschen. In Bordellen müssen täglich oft horrende Zimmerpreise gezahlt werden. Vielen Sexarbeiter*innen, insbesondere aus dem EU-Ausland, fehlt ein Krankenversicherungsschutz. Sie berichten von Kund*innen, die versuchen, Preise zu drücken, oder Geschlechtsverkehr ohne Kondom zu erwirken. Sie beschreiben damit Arbeitsbedingungen, an denen sich dringend etwas ändern muss. Hierfür notwendig wäre eine differenzierte Debatte darüber, wie den Dienstleister*innen faire Arbeitsbedingungen ermöglicht werden können. Der Vorschlag, Sexarbeit

pauschal zu verbieten, wird der Komplexität des Themas nicht gerecht.

Als Covid-19 im März Deutschland erfasste, mussten auch sogenannte bordellartige Betriebe schließen. Einige Sexarbeiter*innen sind wenige Tage zuvor in ihre jeweiligen Herkunftsländer gereist. Wenn dies etwa wegen der Schließung von Grenzen unmöglich war, durften einige erstmal im Bordell bleiben, oftmals kostenfrei. Als abzusehen war, dass sich die Situation nicht so schnell entspannen würde, wandten sich immer mehr Sexarbeiter*innen an Beratungsstellen, um zum Beispiel Soforthilfen oder Sozialleistungen (Hartz IV) zu beantragen. Nach und nach durften bei Einhaltung von Hygienekonzepten Friseure, Physiotherapiepraxen, selbst Wellness- und Massagestudios wieder öffnen. Auch der *Berufsverband für sexuelle und erotische Dienstleistungen* (BesD) hatte bereits früh ein Hygienekonzept zusammen mit Gesundheitsbehörden erarbeitet, das unter anderem den Gebrauch von Alltagsmasken während der gesamten Dauer der Dienstleistung und die Einhaltung einer Unterarmlänge Abstand zwischen den Köpfen der Beteiligten vorsah. Der Erlaubnisprozess für die Wiederaufnahme von Sexarbeit und die Wiedereröffnung „bordellartiger Betriebe“ verlief jedoch schleppend. In vielen Bundesländern waren erst Gerichtsentscheidungen notwendig, damit Bordelle bei Vorlage eines Hygienekonzepts wieder öffnen durften.

Denunziation unter dem Vorwand von Seuchenschutz

Gleichzeitig haben sich Prostitutionsgegner*innen in der öffentlichen Debatte Gehör verschafft. Auf Initiative von Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU), parlamentarische Sprecherin im Wirtschaftsministerium, haben im Mai Abgeordnete von Union und SPD, darunter Antja Tillmann (CDU), Leni Breymair (SPD) und Karl Lauterbach (SPD), ein Schreiben an die Ministerpräsident*innen der Länder verschickt. Sie fordern, Bordelle während der Pandemie zu schließen (das Schreiben ist auf der Website von *Sisters e. V.* nachzulesen). Und auch danach solle Sexarbeit gänzlich verboten werden. In dem Schreiben be-

haupten sie, Sexarbeit habe die Wirkung eines Super-Spreaders, ohne dies zu belegen. Eine despektierliche Behauptung, da größere Corona-Ausbrüche bisher nicht von Bordellen, Domina-Studios oder Laufhäusern ausgingen, sondern von Karnevalsvereinen, Schlachtereibetrieben und Treffen im häuslichen Bereich.

Die Unterzeichner*innen führen einen Diskurs aus Zeiten fort, als unliebsame Bevölkerungsgruppen für die Ausbreitung von Seuchen verantwortlich gemacht wurden. Etwa als in den 1980er Jahren AIDS aufkam und als „Homosexuellen-Seuche“ bezeichnet wurde. Projektionsfläche für gesellschaftliche Ängste wurden die Anderen, in diesem Fall vor allem homosexuelle Männer*, People of Color und auch Sexarbeiter*innen. Das Ergebnis solcher Schuldzuweisungen war und ist nicht Empathie, geschweige denn Solidarität, sondern Ausgrenzung und Stigmatisierung.

Prostitutionsgegner*innen nutzen das Klima von allgemeiner Verunsicherung inmitten einer Pandemie aus, um ihre persönlichen Moralvorstellungen durchzusetzen: Sexarbeit sei grundsätzlich Gewalt an Frauen* und freiwillige Sexarbeit könne es nicht geben. Die Stigmatisierung von

Sexarbeit jedoch bedeutet praktisch Stigmatisierung der in ihr tätigen Menschen.

Konkrete Hürden im Alltag arbeitsloser Sexarbeiter*innen

Für die meisten Sexarbeiter*innen war das wegen Covid-19 erlassene Verbot der Erbringung sexueller Dienstleistungen eine Katastrophe. Die finanziellen Einbußen durch den wochenlangen Verdienstausschlag und die verringerte Anzahl an Kund*innen nach der Wiedereröffnung sind enorm, wenn nicht gar existenzgefährdend. Als Selbständige gab es für sie kein Kurzarbeitergeld. Es blieben die Soforthilfen, die für Selbständige ohne hohe Fixkosten wie Miete relativ gering ausfielen und Hartz IV.

Die Beantragung und Durchsetzung des Anspruchs auf staatliche Hilfe für Sexarbeiter*innen gestaltet sich

Für die meisten Sexarbeiter*innen war das Verbot der Erbringung sexueller Dienstleistungen eine Katastrophe

Franziska Schon
hat zuerst was mit
Kultur gemacht und
arbeitet seit drei
Jahren als Sozialar-
beiterin.

jedoch oftmals schwierig, insbesondere für EU-Ausländer*innen. Alle Formulare sind auf Deutsch. Sachbearbeiter*innen weigern sich regelmäßig, unter Verweis auf die Amtssprache, mit Kund*innen zum Beispiel Englisch zu sprechen. EU-Bürger*innen müssen für ihren Aufenthalt in Deutschland einen Freizügigkeitsgrund nach dem Freizügigkeitsgesetz vorweisen, um Sozialleistungen zu beziehen, also Arbeitnehmer*innen oder Selbständige sein. Geben sie bei der Antragsstellung an, sie seien selbständig als Sexarbeiter*innen tätig, stoßen sie im Jobcenter oft auf Vorurteile, etwa in Form von schriftlichen Hinweisen der Sachbearbeiter*innen, dass aus einer illegalen Tätigkeit kein Leistungsanspruch erwachse, obwohl Sexarbeit in der Bundesrepublik legal ist. Zusätzlich müssen sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland nachweisen, was für Sexarbeiter*innen formell häufig schwierig ist. Selbständige halten sich im mobilen Gewerbe der Sexarbeit oftmals nur wochenweise in einer Stadt auf. Während dieser Zeit haben sie keine Wohnsitzanmeldung, sondern kommen entweder bei Freund*innen unter oder wohnen im Bordell. Diese sind erst seit 2018 verpflichtet, Quittungen über gezahlte Tagesmieten auszustellen.

Die Sexarbeiter*innen, mit denen ich zusammenarbeite, sind sich einig, dass die erneute Schließung ihrer Arbeitsplätze desaströse Folgen für sie hat. In München sind Bordelle, Clubs und Saunen zwar geschlossen. Im Prinzip ist es aber möglich, dass sich zwei Haushalte treffen, also Sexarbeiter*in und Kund*in. Ihrer Lohnarbeit nachgehen können sie also nur entweder in privatem Wohnraum oder einem Hotel. An beiden Orten sind Sexarbeiter*innen auf sich alleine gestellt. Zudem gilt in München ein Sperrbezirk: In 95% der Stadt ist die Ausübung sexueller Dienstleistungen prinzipiell untersagt. Damit riskieren Sexarbeiter*innen bei Besuchen in Privatwohnung oder Hotels hohe Geldbußen und sogar Haftstrafen.

Anerkennung und Einbeziehen von
Sexarbeiter*innen statt pauschaler Verbote und
Bevormundung

Obwohl Sexarbeit in Deutschland legal ist, ist der
Prozess ihrer Entkriminalisierung noch lange nicht

Der Prozess der Entkriminalisierung von Sexarbeiter*innen ist noch lange nicht abgeschlossen

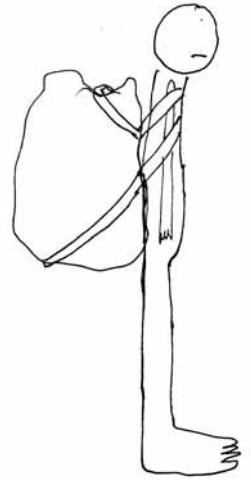
abgeschlossen. Hierfür wäre insbesondere die Überprüfung des Prostituiertenschutzgesetzes notwendig. Besser wäre, verpflichtende durch freiwillige und niedrigschwellige Beratungsangebote zu ersetzen. Grundsätzlich sollten Sexarbeiter*innen selbst mehr Gehör erhalten, als es bei der Erarbeitung und

Verabschiedung des Gesetzes der Fall war. Um die Bevormundung von Sexarbeiter*innen zu beenden, müssten Befürworter*innen eines generellen Prostitutionsverbots damit aufhören, einen Opferdiskurs zu bedienen, der Sexarbeiter*innen pauschal zu handlungs- und entscheidungsunfähigen Objekten degradiert. Expert*innen für ihren Berufsstand sind die Sexarbeiter*innen selbst. Sie organisieren sich in Berufsverbänden und globalen Netzwerken wie dem *Global Network Of Sex Work Projects*. Um mehr gesellschaftliche Anerkennung von Sexarbeit zu erreichen, müsste das Thema Sexualität überhaupt enttabuisiert werden.

Was Sexualität ausmacht, körperliche Nähe, Berührung, et cetera, findet bei weitem nicht nur in monogamen, heterosexuellen Beziehungen wie der Ehe statt. Sexualität ist vielseitig, ihre persönliche Bedeutung vielschichtig, konkrete Vorlieben und Praktiken sind divers. Diese Einsicht sollte im gesellschaftlichen Kontext mehr Raum gewinnen, zum Beispiel im Rahmen sexualpädagogischer Konzepte für Schulklassen. Sexarbeiter*innen haben Respekt für ihre Arbeit verdient. Respekt für ihre Arbeit zu zeigen beinhaltet auch die Bereitschaft, eine Dienstleistung angemessen zu bezahlen. Im weiten Feld der Sexarbeit trifft das nicht nur auf einen Bordellbesuch zu, sondern fängt bereits bei digitalem Porno-Konsum an. Und Sexarbeiter*innen selbst sollten mehr Handhabe erhalten, zum Beispiel indem sie ihre Arbeitsbedingungen in gemeinschaftlich geführten Bordellen oder Clubs eigenständig schaffen und verwalten.<

Systemrelevanz Nationalismus?

Die Aussage von Papst Franziskus „Wir sitzen alle im selben Boot“ wurde während der Corona-Pandemie als immer wiederkehrendes Mantra gepredigt, um auf eine Betroffenheit aller Menschen durch Covid-19 zu verweisen. Um wen handelt es sich dabei genau, wenn von diesem Wir die Rede ist? Von Antonia Rode



Die gegenwärtige Corona-Pandemie ist ein komplexes und globales Phänomen. Die Medien und auch politisch Verantwortliche, die Informationen zu Covid-19 weitergeben, konzentrieren sich dabei meist auf den jeweiligen nationalstaatlichen Kontext. Die aktuellen Zahlen zu und Prognosen über Neuinfektionen, Todesfälle, durchgeführte Testungen und Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie erläutern Nachrichtensprecher*innen den Bundesbürger*innen tagtäglich fast immer an erster Stelle. Auf die aktuelle Situation außerhalb der jeweiligen nationalstaatlichen Grenzen gehen die Sprecher*innen meist an zweiter Stelle ein, zumindest in den tagespolitischen Medien. Dabei erinnert die Berichterstattung zuweilen an ein regelrechtes Wettkampfszenario: Welche Nation hat gewisse Maßnahmen zu spät oder falsch getroffen? Kann die mit uns verglichene, schlechtere Pandemie-Situation in einem anderen Staat etwa auf eine vermeintlich faule oder unhygienische Bevölkerung oder vielleicht einen angeblich korrupten Staatsapparat zurückgeführt werden? Medien reproduzieren damit gängige Stereotypen so-wie Abwertungen. Dabei verdeutlicht gerade die Corona-Pandemie in ihrem globalen Ausmaß, dass das Virus nicht an nationalstaatlichen Grenzen halt macht und somit auch nicht in jeweiligen nationalstaatlichen Zusammenhängen zu analysieren ist. Entlang einzelner Blitzlichter im aktuellen gesellschaftlichen Diskurs soll die Stärkung des Nationalen sichtbar gemacht werden.

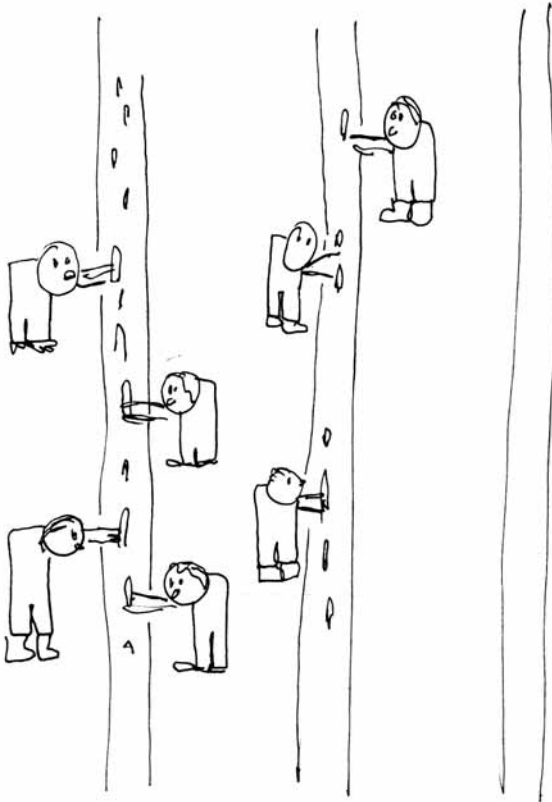
Nationale Solidarität

Die Verhandlung im Nationalen macht etwa der im Kontext der gegenwärtigen Pandemie inflationär verwendete Begriff der Solidarität deutlich. Dieser mobilisiert für eine Opferbereitschaft – im Namen der Nation. Als beispielsweise das Gesundheitssystem in Italien bereits im März 2020 an seine Grenzen kam – Mangel an Betten auf Intensivstationen, Beatmungsgeräten, Schutzkleidung etwa – blockierten andere EU-Länder vorerst in einzelnen Fällen die Ausfuhr medizinischer Hilfsgüter. Das erläutert die Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage zu EU-Maßnahmen zu „strategischer Kommunikation“ und „Desinformation“ hinsichtlich COVID-19. Andere EU-Länder zögerten, Italien mit medizinischen Gütern zu versorgen aus Angst vor einem Zusammenbruch des nationalen Gesundheitssystems. Einmal mehr zeigte sich also, dass die Grenzen entlang nationaler Linien gezogen werden und nicht nur an denen der sogenannten Wertegemeinschaft der Europäischen Union, wie postuliert. Die EU-Außengrenzen sind vor allem für jene, die keinen Zutritt haben.

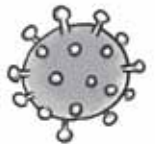
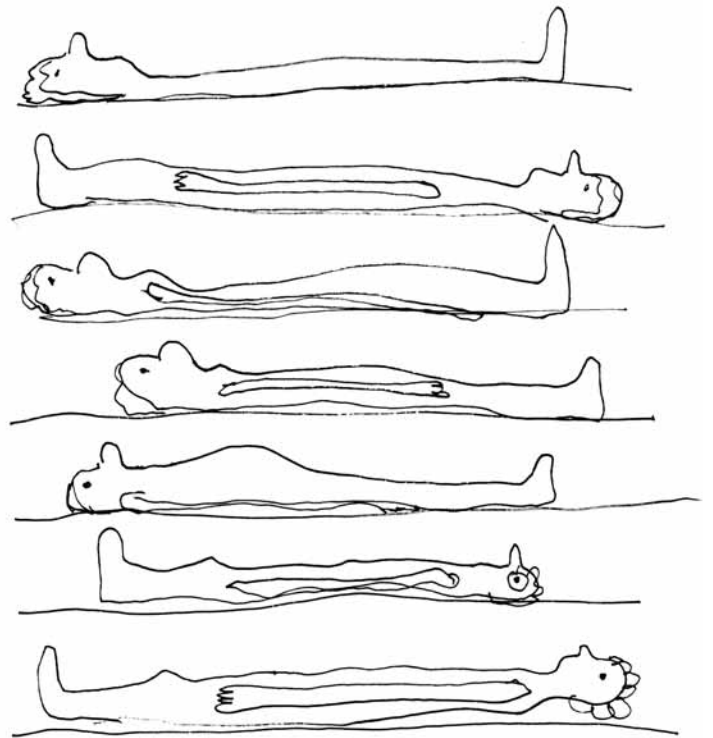
Nationaler Applaus

Aber auch innerhalb nationalstaatlicher Grenzen beschränkt sich die immense Solidarität für systemrelevante Personen auf ein abendliches aus dem Fenster

ARBEITSZEIT



SCHLAFENSZEIT



Geklatsche. In dem häufig unbezahlten beziehungsweise unterbezahlten Bereich der Pflege arbeiten hauptsächlich Frauen* und/oder Migrant*innen. Momentan bleiben in Deutschland 50.000 bis 80.000 Stellen in der Pflege unbesetzt, trotz scheinbar großer politischer Anstrengungen. Um die nationale Gesundheit sicherzustellen ist der Staat von migrantischen und/oder weiblichen* Erwerbstätigen abhängig, die zudem prekär entlohnt werden, da sie dem vermeintlichen Außen angehören. Die Corona-Pandemie

war zwar ein Auslöser für eine Debatte über den Aspekt von Geschlecht innerhalb systemrelevanter Berufe, jedoch wurden dabei Aspekte wie Rassismus oder Klassismus nicht aufgegriffen, die sich ebenfalls in Strukturen des Nationalen eingliedern.

Spargel first

Dieses Angewiesen sein auf ein sogenanntes Außen gilt dabei nicht nur im Gesundheitsbereich. Für die Spargelernte flogen Unternehmer*innen im April und Mai 2020 rund 80.000 Erntehelfer*innen aus Südosteuropa nach Deutschland ein, dem Zeitpunkt des ersten bundesdeutschen Lockdowns sowie europäischer Grenzsicherungen. Um eben diese Ernte nicht zu gefährden, spielten Sicherheitsabstände und hygienische Maßnahmen bei der Unterbringung dieser prekär arbeitenden Menschen keine Rolle. Der Spargel sollte pünktlich auf deutschen Tellern landen. Einen Applaus für die Saisonarbeiter*innen gab es dafür jedoch nicht. Thomas Ebermann hat in seinem Vortrag *Normalität eine trostlose Hoffnung* im September 2020 in München diesen Zusammenhang auf den Punkt gebracht: Die Zustimmung der meisten Bundesbürger*innen zu den Maßnahmen gegen die Pandemie ist untrennbar mit dem gleichzeitigen Abnicken einer inhumanen Asylpolitik an europäischen Außengrenzen verbunden. Gleiches gilt für die unmenschlichen Arbeitsbedingungen südosteuropäischer Saisonarbeiter*innen.

Corona verstärkt Nationalismus

Die zunehmende Präsenz eines identitäts- und vermeintlich sinnstiftenden Wir in Zeiten der Corona-Pandemie reiht sich dabei in die Konjunktur nationalis-

tischer Ideologie in Zeiten kapitalistischer Krisen ein. Wichtig bei alledem: Nationalismus lässt sich nicht etwa an vermeintlichen extremen Rändern der Gesellschaft verorten, sondern ist bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften inhärent. Braucht es folglich Nationalstaaten als Referenzrahmen, um ein globales und komplexes Phänomen, wie die Corona-Pandemie, für jede*n

verständlich zu machen? Nicht nur Personen in systemrelevanten Berufen waren bereit – genauer gesagt, hatten keine andere Wahl – als Überstunden zu

schieben. Nicht als systemrelevant verhandelte Erwerbstätige gingen ins Homeoffice oder gefährdeten ihre Gesundheit in der Fleischproduktion. Alle mussten Opfer für Deutschland bringen. In diesem Sinne erläutert Thorsten Mense in *Kritik des Nationalismus* (2016) treffend, dass Nationen „trotz ihres historischen Ursprungs als gesellschaftliches Konstrukt eine soziale Realität“ darstellen. In unsicheren, komplexen und krisenhaften Zeiten wächst die Suche und Sehnsucht nach einem vertrauten, überschaubaren, orientierungsgebenden sowie identitätsstiftenden nationalen kollektiven Wir und gleichzeitig die Abwertung Anderer. Damit schwindet auch die Hoffnung einer naheliegenden anti- oder transnationalen Solidarität in Zeiten einer globalen Pandemie.<

Antonia Rode ist Sozialwissenschaftlerin und beschäftigt sich mit kritischer Rechtsextremismusforschung. Irgendwas mit Politischer Bildungsarbeit. Irgendwo zwischen München und Wien.

Nationalismus lässt sich nicht an extremen Rändern der Gesellschaft verorten



Was Corona mit uns macht...

#O3

Wann kommt mein Mikrochip, Herr Gates?

34% der Menschen in Deutschland glauben, dass die Medien auf Druck der Regierung Tatsachen über das Corona-Virus verschweigen. 66% halten die Berichterstattung für vertrauenswürdig. 12% glauben, dass die Regierung eine Corona-Impfpflicht beschlossen hat, 25%, dass Bill Gates mehr Macht als die Regierung hat, 16%, dass er Menschen Mikrochips einpflanzen will.

Friedrich-Naumann-Stiftung/Kantar // Desinformationen durchdringen Gesellschaften weltweit // 1.047 Befragte in Deutschland // repräsentativ // Juli 2020





Lässt sich die Laune nicht verderben

*Christian Kiesler kämpft gemeinsam mit anderen Künstler*innen für mehr finanzielle Hilfen für Kunst und Kultur*



Ohne uns ist's still

Christian Kiesler ist Kulturpädagoge, Veranstalter, Kurator und Booker und arbeitet bei der Münchner Tour- und Konzertagentur *target Concerts GmbH*. Er veranstaltet seit über 25 Jahren in den diversesten Stilrichtungen und Größenordnungen, vom Punkrock zur Klassik, vom *Sunny Red* bis zum Olympiastadion. Er war lange Zeit als Veranstalter im *Feierwerk München* tätig und kuratierte in dieser Zeit auch den *Farbenladen*. Momentan arbeitet er neben seiner Tätigkeit bei *target* noch in diversen Projekten in München mit. Im Gespräch erzählt er, warum es um Kunst und Kultur nicht still werden darf und welche alternativen Veranstaltungsformen gerade möglich sind. Ein Interview von Agnes Andrae.

Im Moment bist du ja bei einer Booking-Agentur. Sichert dich das finanziell ab?

Ja, ich habe im Gegensatz zu meinen vielen freiberuflich arbeitenden Kolleg*innen ziemliches Glück. Da ich fest angestellt bin, bin ich momentan über das Kurzarbeitergeld abgesichert. Wir befinden uns seit April 2020 in Kurzarbeit, und das sichert zumindest den Lebensunterhalt von meinen Kolleg*innen und mir. Dem Unternehmen selbst geht es aber nicht gut, da die laufenden Kosten trotzdem eine ziemliche Last sind und es perspektivisch ziemlich düster aussieht und viele gerade ihre Rücklagen aufbrauchen. Weg vom Finanziellen ist es aber eine ziemlich belastende Situation, da niemand in meiner Branche absehen kann, wie lange wir das noch durchhalten. Das heißt, die meisten Kulturschaffenden, Künstler*innen und dazugehörigen Gewerke sind auf die ein oder andere Weise betroffen und können unter den momentanen

Bedingungen nicht oder nur sehr eingeschränkt arbeiten und ihren Lebensunterhalt verdienen.

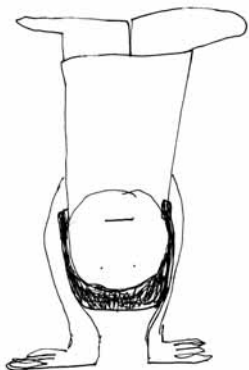
Wie geht es den kleinen Künstler*innen und Kulturschaffenden?

Uns Kulturschaffende trifft die Pandemie gleichermaßen, es spielt kaum eine Rolle, wie groß oder klein jemand ist, die Clubs und Bühnen sind geschlossen, Menschen sollen – aus gutem Grund – Abstand halten, und all dies macht es uns Kulturschaffenden nahezu unmöglich zu arbeiten; und absolut unmöglich, wirtschaftlich zu arbeiten. Das heißt, selbst wenn man als Kulturschaffender nicht von seinem Schaffen lebt, kann man trotzdem nicht auftreten, nichts machen, nichts der Öffentlichkeit präsentieren, und weiß auch nicht, ob und wann das denn wieder geht. Und gerade die kleineren unkommerziellen Läden und Veranstalter*innen haben es oft strukturell und personell nicht im Kreuz, aufwendige Hygienekonzepte umzusetzen und müssen

dann eher geschlossen bleiben.

Gibt es inzwischen Anlaufstellen, die beraten, wie Kulturschaffende an Überbrückungsgeld kommen, auch wenn sie keine Betriebskosten haben?

Ja es gibt in München und Bayern diverse Anlauf- und Beratungsstellen, wie zum Beispiel der VDMK – *Verband der Münchner Kulturschaffenden* – oder auch der VPBY – *Verband für Popkultur Bayern* –, aber auch städtische Strukturen wie das Kulturreferat oder das *Kompetenzteam Kultur- & Kreativwirtschaft*, die sich sehr bemühen, Künstler*innen und Kulturschaffenden zu helfen. Aber all diesen Stellen sind zu großen Teilen bei der Ausgestaltung und auch Umsetzung der Hilfen erstmal die Hände gebunden, da sie in der Entwicklung nicht oder nur sehr begrenzt eingebunden wurden und werden und das wiederum heißt leider in vielen, vielen Fällen, dass die Hilfen an den Bedarfen der Kulturschaffenden vorbei gehen.



YOU'LL
BE
FINE

Du hast im Sommer mehrere Wochen die *Sommerbühne* im Olympiastadion in München mitveranstaltet. Der Eintritt war für die Besucher*innen kostenlos. Wie konntet ihr das finanzieren?

Die *Sommerbühne* im Olympiastadion war Teil des *Sommer in der Stadt*-Programms und wurde, wie diverse andere Bühnen, zu 100 Prozent von der Stadt München finanziert.

Wie ging es nach der *Sommerbühne* weiter, welche Veranstaltungsformen habt ihr entwickelt?

Wir haben vor allem gelernt, dass in solchen schweren Krisenzeiten nur Zusammenarbeit und Kooperation eine zielführende Option ist. Wir haben uns im Rahmen der Bühne mit über 40 Kulturschaffenden und über 160 Künstler*innen zusammengetan, um sichtbar zu bleiben und dem Münchner Publikum zumindest ein bisschen Kultur zu bieten. Denn nichts zu tun, ist für die meisten Kulturschaffenden dieser Stadt einfach keine Option.

Des weiteren konnten wir natürlich in dieser Zeit viel darüber lernen und auch erproben, wie man trotz der Pandemie sicher veranstalten kann. Dies wird uns sicher bei der Entwicklung von neuen Projekten für das Frühjahr 2021 helfen.

Und bei mir persönlich besteht die Hoffnung, dass diese solidarische Zusammenarbeit aus dem Sommer vielleicht auch über die Krise hinaus bestehen bleiben kann und uns als Kulturstadt München für die Zukunft noch das ein oder andere spannende Projekt bringen wird.

Ohne uns ist's still ist eine Kampagne des *Verbands der Münchner Kulturveranstalter*. Wer und was steckt dahinter?

Der VDMK ist eine Interessensgemeinschaft und Zusammenschluss von knapp 90 Münchner Kulturschaffenden aus fast allen Disziplinen: Vom Punkrockveranstalter bis zu den Symphonikern ist hier alles vertreten. Und es ging dabei vor allem darum, uns als die Leute hinter den Bühnen dieser Stadt sichtbar zu machen.

Und welche Forderungen richtet ihr an wen?

Die Kampagne selbst war und ist vor allem dazu da, das Publikum, die Politik aber auch mögliche Multiplikatoren wie zum Beispiel die Presse auf unsere desaströse Lage aufmerksam zu machen. Wir Kulturschaffende wurden zu Anfang der Krise ziemlich ignoriert, und haben versucht, uns über diese Art von Kampagnen wie *Ohne uns ist's still*, *Alarmstufe Rot*, *Kulturgesichter* und *#kulturerhalten* erst einmal Aufmerksamkeit zu erkämpfen. Jetzt nach sechs Monaten und einem Auftritt der Band *Die Ärzte* in der Tagesschau scheint die Mühe erste kleine Früchte zu tragen.

Und die Forderung ist einfach: ‚Helft uns zu überleben, helft uns unsere kulturelle Landschaft zu erhalten und lasst uns gemeinsam Perspektiven entwickeln, wie wir wieder arbeiten können und dem Publikum Zugänge zur Kultur schaffen können‘.

Habt ihr schon Erfolge mit der Kampagne erzielen können?

Nun ja, nicht nur wir, sondern die gesammelten Kampagnen und Aufrufe der Branche scheinen langsam Wirkung zu zeigen: Immer

mehr Politiker*innen scheinen gesprächsbereit und zeigen den Willen, den Kulturschaffenden ernsthaft helfen zu wollen, das heißt wir haben es wohl geschafft, für eine recht breite Öffentlichkeit sichtbar zu werden.

Was muss konkret getan werden, damit Kunst und Kultur während Corona überhaupt eine Chance hat in Deutschland zu überleben?

Wir brauchen substanzielle finanzielle Hilfen, um die diversen Unternehmen und auch Soloselbstständigen der Branche, wie Veranstalter*innen, Künstler*innen, Clubs, Theater, Kinos, Technikfirmen, Caterer und so weiter überleben zu lassen.

Wir brauchen eine Perspektive, um wieder Kultur stattfinden zu lassen. Gegebenenfalls braucht es auch Hilfen, um unter nichtwirtschaftlichen Pandemiebedingungen trotzdem zu veranstalten. Und wir werden nochmals Hilfen brauchen, um nach der Pandemie wieder starten zu können und gegebenenfalls verlorene Infrastruktur und verlorenes Know-how wieder aufbauen zu können.

Gibt es bereits Konzepte, wie es nach der Pandemie weitergehen kann?

Es gab schon einige Gedankenspiele für den Winter 2020, aber konkret ist noch nichts, und der erneute (Teil-)Lockdown legt natürlich erstmal wieder alles auf Eis und wirft viele von uns zurück.

Während der Einzelhandel weiterläuft, müssen im „Lockdown-light“ Restaurants, Bars, Konzerträume und Museen geschlossen bleiben. Wie empfindest du hier die Diskussion über Systemrelevanz gerade in Bezug auf Kunst und Kultur?

Das ist nicht ganz einfach zu beantworten. Da bin ich tatsächlich auch ein bisschen ambivalent und muss sagen, es ist ja auch für mich als Veranstalter eine völlig neue, unabsehbare und nie vorher dagewesene Situation und ich habe da einfach auch für mich selbst keine Lösung. Aber ich versuch's mal.

Auf der einen Seite ärgert mich der Lockdown gerade für den Kulturbereich sehr. Wir haben den kompletten Sommer über bewiesen, dass wir sicher und pandemiekonform veranstalten können und die über den Sommer entwickelten Konzepte mit all ihren Einschränkungen hat das Publikum gelernt und akzeptiert. Meiner Kenntnis nach gab es in ganz Bayern keinen einzigen Infektionsfall auf einer Kulturveranstaltung, während des kompletten Sommers.

Auf der anderen Seite kann ich natürlich verstehen, dass gerade bei den aktuellen Fallzahlen, dringend eine Kontaktbeschränkung sein musste, um das Pandemiegeschehen einzudämmen. Und ich verstehe auch, dass es niemandem zu vermitteln ist, warum man nicht seine Hochzeit mit 50 Personen feiern darf, aber 500 Personen in die Oper gehen dürfen.

Wie ich schon sagte, ich habe dafür auch keine für mich zufriedenstellende Lösung. Was ich aber mit Sicherheit sagen kann ist, dass ich als Veranstalter nicht mein Publikum gefährden möchte, und mich

in dem Fall dann lieber auf die Meinung der Expert*innen verlasse.

Allerdings erwarte ich mir bei derartigen Einschränkungen für meinen Berufszweig auch entsprechende Kompensationen und ob die versprochenen 75 Prozent Ausfallentschädigung auch wirklich greifen, ist noch völlig offen und die vorangegangenen Hilfsangebote lassen leider ziemlich daran zweifeln.

Ich für mich versuche unterdessen, neue mit der aktuellen Situation vereinbare Wege zu finden und trotzdem Kultur zu schaffen. Denn nichts zu machen liegt mir nicht und ist so glaube ich auch für keinen Kulturschaffenden dieser Stadt eine wirkliche Option. So läuft gerade aktuell die Stream-Ausstrahlung des *Sound Of Munich Now-Festivals*, an dem ich mitgearbeitet habe und momentan sind wir dabei, das *Frameworks Festival* ebenfalls zu digitalisieren und denken natürlich sehr intensiv über das Frühjahr 2021 nach.

Große Acts zu veranstalten, braucht viel Vorlauf. Welche Auswirkungen werden sich langfristig durch die Lockdown-Maßnahmen ergeben?

Die langfristigen Auswirkungen sind aktuell für mich nicht wirklich absehbar, das ist momentan eher Kaffeesatzleserei. Was man aber glaube ich durchaus sagen kann ist, dass es eine reale Gefahr gibt, dass wir einen großen Teil unserer sehr bunten und vielfältigen Kulturlandschaft verlieren könnten, und dass die über Jahrzehnte aufgebaute kulturelle Infrastruktur und das Know-how verloren gehen könnten. Und dass dringend substanziell und vor allem fachlich versiert gehandelt werden muss, sowohl auf städtischer als auch Länder- als auch Bundesebene, um nicht in einem Jahr vor einem nur

schwer wiederaufzubauenden Scherbenhaufen zu stehen.

Jetzt in einem Jahr: Was für Pläne hast du für 2021? Was wünschst du dir?

Hahaha, das ist genau die Frage, die ich mir seit Wochen selbst stelle und ich habe keinen Plan, der weiter als einen Monat vorausdenkt. Das lässt die Dynamik der Pandemie für meinen Berufsstand nicht zu. Wie ich schon sagte, wir befinden uns seit Mitte März im Ausnahmezustand, ohne eine richtige Perspektive. Ich wünsche mir, dass das in absehbarer Zeit wieder aufhört, dass wir alle die Pandemie möglichst unbeschadet überstehen und hoffentlich bald wieder wie früher sorglos in einem vollen Club bei einer guten Band stehen und ein Bier trinken können.<





Relevanz in Uniform

Statt das Freiwillige Soziale Jahr aufzuwerten oder Berufe im Pflegebereich besser zu bezahlen, wartet die Bundesregierung mit einem neuen Programm für junge Menschen auf: dem Freiwilligen Wehrdienst im Heimatschutz. Tendenz unnötig, findet Matthias Schmidt-Sembdner.

„Wir müssen Berufe in der Pflege wieder attraktiver gestalten.“ Wer hat diesen Satz nicht schon einmal gelesen oder gehört, vielleicht selbst gesagt? Und das auch schon lange vor Corona, die Zeit der ‚Held*innen des Alltags‘? Vorschläge zur Aufwertung von Pflegeberufen gibt es zur Genüge: ein besserer Personalschlüssel, eine effizientere und vereinfachte Dokumentation, eine bessere Finanzierung von Alten- und Pflegeheimen. Und – natürlich! – eine bessere Bezahlung der Lohnarbeitenden im Pflege- und Sozialbereich.

Ein Quantensprung jedoch, so viel ist sicher, ist in den letzten Jahren nicht gelungen. Obwohl er bitter nötig wäre. Stattdessen verschlechtern sich Arbeitsbedingungen zum Teil sogar weiter. Gewinnorientierte und profitmaximierende Strukturen in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen nehmen den Versprechen und überschaubaren Maßnahmen zur Verbesserung der Situation jeglichen Wind aus den Segeln.

Es geht nicht nur um's ‚Reinschnupern‘

Wahrscheinlich müssen wir daher von Glück reden, dass sich viele junge Menschen nach ihrer Schulzeit dafür entscheiden, ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) zu machen, oder, die jüngere Version, einen Bundesfreiwilligendienst. Sie arbeiten in Schulen, Jugendeinrichtungen, in Sport- und Kulturzentren, aber auch in Krankenhäusern, Pflege- und Altenheimen. Der Stellenwert ihrer Arbeit lässt sich nicht nur daran messen, dass junge Menschen in soziale Berufe ‚reinschnupern‘ und sich später für einen Berufsweg in diesem Bereich entscheiden könnten. Oder

zumindest mit mehr Empathie und Wissen über diesen Berufszweig dankend ablehnen. Ihre Arbeit ist eine konkrete, unmittelbare Unterstützung. Trotz einer intensiven und engagierten Begleitung durch Angestellte von Wohlfahrtsverbänden, geht der Einsatz der jungen Leute an so manchen Einsatzorten über das vertretbare Maß hinaus – mit Blick auf die Belastung, den Kompetenzbereich und den Arbeitsschutz der Freiwilligen.

2020 ist das Jahr der Systemrelevanz, der heroischen Alltagskämpfer*innen, des Balkonapplauses und des

vielzitierten „Brennhauses“ namens Corona-Pandemie. Längst bekannte und wohl gepflegte Missstände fallen uns mit Karacho auf die Füße und hinterlassen uns etwas peinlich berührt. Die Bundesregierung holt in Person von CDU-Chefin und Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer nun ordentlich Schwung. Und

fertig ist der Punch in die Magengrube derjenigen, die ein Freiwilliges Soziales Jahr leisten.

Punch in die Magengrube der FSJler*innen

Junge Leute an die Waffe

Der geniale Einfall, samt Umsetzung, von Kramp-Karrenbauer lautet: „Dein Jahr für Deutschland“, der neue „Freiwillige Wehrdienst im Heimatschutz“. Ein Pilotprojekt mit zunächst 1.000 Plätzen, für das sich nach eigenen Angaben des Verteidigungsministeriums bereits über 1.500 Interessierte gemeldet haben.

Auf dem Plan stehen keine Auslandseinsätze, sondern „regionale Aufgaben im Inland“. Konkret bedeutet das zunächst eine dreimonatige militärische Grundausbildung in Einheiten der Streitkräftebasis. Es folgt die

Dienstpostenausbildung als Sicherheits soldat*in und der Dienst in der regionalen Reserveeinheit. Es geht vor allem um Aufgaben im Bereich Naturkatastrophen, besonders schwere Unglücksfälle und Krisenlagen – vergleichbar mit der Coronakrise und dem Einsatz der Bundeswehr in den Gesundheitsämtern. Nach den ersten sieben Monaten können die verbliebenen fünf Monate phasenweise aufgeteilt werden auf weitere sechs Jahre im Reservist*innen-Status.

Wohlfahrtsverbände, die als Träger das Freiwillige Soziale Jahr und den Bundesfreiwilligendienst organisieren und mitgestalten, kritisieren das Projekt. Es stelle eine unnötige Konkurrenz zu den bestehenden Angeboten für junge Menschen dar, die einen sozialen Beitrag für die Gesellschaft leisten wollen. Über den Sinn des Ganzen kann, soll und muss aus meiner Sicht gestritten werden. Mein Wunsch wäre es, bestehende Strukturen des freiwilligen Engagements jenseits des Militärs stärker zu fördern, ihre Relevanz anzuerkennen und für eine bessere gesellschaftliche Wahrnehmung zu sorgen.

Eine Frage der Bezahlung

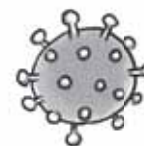
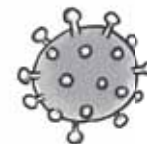
Mein Anlass für diesen Kommentar war jedoch das Thema Vergütung. Menschen im Freiwilligen Sozialen Jahr bekommen für ihre Arbeit – und es geht dabei um knapp 40 Stunden pro Woche – ein Taschengeld in Höhe von rund 300 Euro monatlich. Unter Umständen kommt ein ähnlicher Betrag als Mietzuschuss hinzu. Das ist zu wenig. Und auf diejenigen, die sich anschließend für eine Ausbildung im sozialen Bereich entscheiden, wartet meist auch kein neuer finanzieller Meilenstein. Trotz Vollzeitschulften mit Praxisarbeit und Berufsschule. Klingt nicht gerade attraktiv? Wir erinnern uns: Das wollten wir ja besser machen. Das Verteidigungsministerium scheint das verstanden zu haben. Denn die Freiwilligkeit in Camouflage-Optik wird im Vergleich ganz ordentlich vergütet, mit etwa 1.550 Euro monatlich. Eine bessere Bezahlung für FSJ-Leistende steht hingegen, meines Wissens, nicht in Aussicht.

Wie bei den anderen Angeboten der Bundeswehr ist es zu erwarten, dass ein überwältigender Anteil männlicher Bewerber für das neue Pilotprojekt Interesse zeigen wird. Beim Bundesfreiwilligendienst und dem Freiwilligen Sozialen Jahr hingegen sind mehr Frauen engagiert. Stichwort Gender Pay Gap? Da wollten wir auch mal besser werden.

Kaum Applaus, und Ende.<



Matthias Schmidt-Sembdner ist Kulturanthropologe und promoviert an der Georg-August-Universität Göttingen. Er hat selbst vor gut zehn Jahren ein Freiwilliges Soziales Jahr in München gemacht



Was Cornea mit uns macht...

#04

Skeptiker*in oder Hypochonder*in?

Über diejenigen, die seit Corona in furchtbarer Angst leben, wird deutlich seltener geredet als über Skeptiker*innen und Empörte. Dabei liegt deren Anteil offenbar etwas höher. 12,5% der Befragten werden der Kategorie „zweifelhafte Skeptiker*innen“ zugeordnet, die eine Verschwörung der Regierung vermuten. 15,1% sind „besorgte Hypochonder*innen“, deren Gedanken dauerhaft oder in Schüben um die Angst vor der Krankheit kreisen. 15,7% sind „ängstliche Zukunftsdenker*innen“, 17,9% „sachliche Realist*innen“ und 38,8% „unbesorgte Angepasste“.

Accelerom Marktforschungsunternehmen // Vorsprung durch Wissen // 5.924 Befragte in Deutschland,

Österreich, Schweiz und Frankreich // Repräsentativität unklar // April 2020







System in der (Klima-)Krise



Vom Kapitalismus, fossilen Rohstoffen und der Verschränkung verschiedener Krisen. Lösungen gibt es nur, wenn wir das komplizierte und enge Zusammenwirken der unterschiedlichen Probleme und Konflikte begreifen. Von Sina Reisch

Der Himmel ohne Kondensstreifen, die Natur zurück in den Städten, auf den Grund der Kanäle in Venedig sehen – die Corona-Krise hat gezeigt, wie schnell sich eine verminderte Wirtschaftsleistung positiv auf Ökosysteme auswirkt. Gleichzeitig gab es laute Stimmen, die den Flieger nach Malle als unverzichtbaren Bestandteil ihres freien Lebens begriffen. Was heißt das eigentlich: relevant für das System? Welches System überhaupt? Unverzichtbar für wen oder was? Wo bleibt die langfristige Perspektive, die Ressourcengerechtigkeit? Reicht es, das System zu erneuern, oder brauchen wir nicht vielmehr ein neues System?

Die Verbrennung fossiler Energieträger ist die Basis des aktuellen Wirtschaftswachstums – sie sind systemrelevant für den Kapitalismus. Eine Dekarbonisierung der Produktion ist also nur möglich, indem man kapitalistische Logiken überwindet. Die globale Perspektive der Klimagerechtigkeit ist dabei wichtiger denn je, denn Lösungen finden wir nur, wenn wir die Verschränkung verschiedener Krisen begreifen.

Blutkohle

Kohle ist in vielerlei Hinsicht ein gutes Symbol für das, was in unserer Welt schief läuft – und auch für die Rolle, die Deutschland dabei spielt. Kein Land der Welt verbrennt so viel Braunkohle wie Deutschland, obwohl es die dreckigste, ineffizienteste Form der Energiegewinnung ist. Das Rheinische Braunkohle-

revier ist die größte CO₂-Quelle Europas. Hinzu kommen zwei weitere Reviere, eines in der Lausitz (östlich von Berlin) und eines bei Leipzig. Hier ging im Mai 2020 mit Datteln IV noch ein neues Kohlekraftwerk ans Netz – als einziges in ganz Westeuropa.

Neben der heimischen Braunkohleverbrennung zählt Deutschland auch zu den großen Importeuren von Steinkohle. Der größte Teil dieser Importkohle kommt aus Russland, den USA und Kolumbien, wo der Abbau des Rohstoffs mit massiver Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen verbunden ist – weswegen dieser auch als „Blutkohle“ bezeichnet wird. Hier werden Indigene enteignet und vertrieben, zahlreiche Menschen sterben an Atemwegserkrankungen und Anti-Kohle-Aktivist*innen erhalten Morddrohungen, wie etwa die Mitglieder der indigenen Organisation *Fuerza de Mujeres Wayuu* (zu Deutsch in etwa: Streikkraft der Wayuu-Frauen) in Kolumbien.

Wachstum aus Fossilien

Es fällt auf, dass hier die gleichen globalen Logiken der Ausbeutung greifen wie bei anderen Rohstoffen. Ein Blick in die Funktionsweise und Geschichte des Kapitalismus verrät, dass fossile Energieträger ein ganz besonderes Verhältnis zum Kapitalismus haben.

Für den Menschen war es schon immer überlebensnotwendig natürliche Ressourcen zu nutzen. Doch erst

die massenhafte Verbrennung fossiler Energieträger machte ungeahnte Ausmaße an Wirtschaftswachstum möglich.

Um die grundlegenden Veränderungen des Wirtschaftssystems zu erklären, verweist man in der Regel auf technologische Innovationen. Dieser technologische Fortschritt war aber nur deshalb so einschneidend, weil erstmals im großen Stil fossile Energieträger für die Produktion nutzbar wurden. Nur mithilfe von Kohle und Erdöl konnten Dampfmaschinen und Verbrennungsmotoren genug Energie für Massenproduktion und Massenmobilität erzeugen. Das Wachstum beruht also darauf Energie in Form von Erdöl, Erdgas und Kohle aus Ozeanen, Wäldern, Torfmooren und anderer Biomasse einzusetzen. Wir leben seit gerade mal ein paar Jahrzehnten von der Energie, die die Natur in zehntausenden, sogar Millionen von Jahren produziert hat. Dass das langfristig nicht gut gehen kann, ist keine Überraschung.

Diese Massen an Rohstoffen zu verwerten sowie der daraus resultierende Energiereichtum sorgte ohne Zweifel für viel Wohlstand. Selbst für Arbeiter*innen hat sich der Lebensstandard in den Zentren der kapitalistischen Moderne stark verbessert. Zwei Probleme bleiben jedoch bestehen: Erstens ist der Wohlstand extrem ungleich verteilt und zweitens führt der Energieverbrauch zu Treibhausgasemissionen, die eine rasante Erhitzung des Klimas verursachen.

Kipppunkte

Seit 1900 hat sich die globale Durchschnittstemperatur bereits um 1°C erhöht. Das mag nicht nach viel klingen, führt aber zu erheblichen Ungleichgewichten in vielen Ökosystemen: Waldbrände im Amazonas, Australien, Kalifornien und Brandenburg. Hitzewelle in Sibirien, Überschwemmungen im Sudan, Vietnam, Jemen. Die Naturkatastrophen der letzten Jahre sprechen für sich.

Laut dem *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC), einem regierungsunabhängigen, wissenschaftlichen Weltklimarat der United Nations, darf die weitere Klimaerhitzung 1,5°C nicht überschreiten. Sollte dies nicht gelingen, kommt es zu sich selbst

verstärkenden Rückkopplungseffekten, die das Klima unabhängig von menschlichen Emissionen immer weiter erhitzen. „Kipppunkte“ nennt man diese Automatismen im Ökosystem, die zu einer immer weiteren Erhitzung führen würden, selbst wenn Menschen keine Treibhausgase mehr emittierten.

Ein Beispiel hierfür ist die Erwärmung der Permafrostböden in Sibirien: Gefrorene Torfmoore halten große Mengen an Methan eingeschlossen. Wenn sie auftauen, wird das darin enthaltene Methan freigesetzt, was wiederum zu einer starken Erhöhung der Temperatur führen würde.

Waldbrände in Australien, Hitzewelle in Sibirien, Überschwemmungen im Sudan

Ähnlich verhält es sich mit dem Rückgang der polaren Eisflächen: Die großen, weißen Flächen auf der Erde reflektieren Wärmestrahlung zurück in den Weltraum. Schmilzt dieses Eis, treten die darunterliegenden

Wasser- und Landoberflächen zutage. Diese sind wesentlich dunkler und absorbieren die Wärme, statt diese ins Weltall zurückzugeben.

Der Unterschied zwischen 1,5°C und 2,5°C Erwärmung (im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter) liegt also nicht nur bei einem Grad Celsius. Automatismen im Ökosystem führen zu weiterer Erhitzung, selbst wenn Menschen keine Treibhausgase mehr emittieren. Dieser Fakt macht die 1,5-Grad-Grenze so wichtig.

Wie viele Treibhausgase dürfen wir also noch emittieren, um unter dieser überlebenswichtigen, um nicht zu sagen für das System Erde relevanten 1,5-Grad-Grenze zu bleiben? Laut dem *Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change Berlin*, kurz MCC, und dem IPCC beläuft sich unser restliches Budget auf rund 300 Gigatonnen CO₂. 2019 lag der durchschnittliche globale Ausstoß bei etwa 1.331 Tonnen CO₂ pro Sekunde. Mit diesem Ausstoß wäre das verbleibende Budget in etwa sieben Jahren aufgebraucht. Sieben Jahre – nicht viel. Das ist in etwa die Zeit zwischen 2013 und 2020. Was haben Sie im Jahr 2013 gemacht?

Diese Zahlen aus Klimaprojektionen sind immer nur Schätzungen und werden nicht auf den Tag genau so eintreten. Aber die Richtung ist eindeutig und die Erkenntnisse, die daraus resultieren müssen, sind von einer kolossalen Wucht: Was es braucht, wenn wir die

Klimakrise stoppen wollen, ist eine sofortige, absolute Reduktion der Emissionen. Und diese kann nur mit einer sofortigen, absoluten Reduktion unseres derzeitigen Energieverbrauchs erreicht werden.

Klimagerechtigkeit statt lediglich Klimaschutz

Hier kommt die globale Perspektive ins Spiel, denn der Energieverbrauch ist nicht überall gleich hoch und die Klimakrise trifft verschiedene Regionen unterschiedlich hart. Den höchsten Ressourcenverbrauch haben die reicheren Länder des globalen Nordens, während die desaströsen Folgen der Klimakrise ärmere Länder im globalen Süden am heftigsten treffen. Wenn klimatische Veränderungen zur Fluchtursache werden, oder vorhandene Konflikte anheizen – wie beispielsweise die Dürren in Syrien zwischen 2006 und 2010 –, wachsen die Zäune um den globalen Norden. Die Klimakrise passiert nicht im leeren Raum, sondern ist in gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen eingebettet. Auch in Zukunft werden sich reichere Menschen besser vor Klimakatastrophen schützen können. Die sozialen Verhältnisse einbeziehen in das so naturwissenschaftlich daher kommende Problem der Klimakrise charakterisiert das Konzept der Klimagerechtigkeit, das weiter greift als die Idee des Klimaschutzes allein.

Konsumkritik und die Frage nach der Macht

Was tun wir mit diesen Erkenntnissen? Ein Ausbau erneuerbarer Energien ist unumgänglich. Aber die Wirtschaftsleistung muss sich auch insgesamt reduzieren, wenn wir unseren Energieverbrauch und unsere Emissionen drastisch verringern wollen. Denn: Perspektivisch dürfen wir nur so viel Energie in der wirtschaftlichen Produktion benutzen, wie wir aus erneuerbaren Energiequellen gewinnen können. Wie kommen wir zu diesem ressourcengerechteren Leben?

Oft folgt hier die Forderung, man müsse den individuellen Konsum herunterfahren und nachhaltiger gestalten. Der Impuls ist nachvollziehbar. Man möchte das Problem zunächst im Alltag bekämpfen, wo es greifbar wird. Leider führt eine individuelle Konsumreduzierung allein jedoch nicht zu wirkungsvollen strukturellen Veränderungen.

Die Entscheidungen über die weitere Verbrennung fossiler Energieträger treffen derzeit vor allem diejenigen, die diese Energieträger besitzen. Alle weltweit vorhandenen Vorkommen an Rohstoffen stehen bereits als Kapital in Büchern von Privatunternehmen und Staaten. Die Inwertsetzung dieser Ressourcen,

also deren Verwandlung in Geld, findet vor allem durch deren Verbrennung statt. Alle Eigentümer*innen von etwa Erdöl, Erdgas und Kohle gehen heute davon aus, dass ihre Ressourcen eines Tages noch verbrannt werden – da diese sonst wertlos würden. Doch alle fossilen Ressourcen der Welt zu verbrennen wäre ein Desaster, das es unbedingt zu verhindern gilt.

Das Problem sind also nicht zuletzt die Eigentumsverhältnisse in unserem bestehenden System. Die Wirtschaft zu demokratisieren ist zwingend notwendig, um die Klimakrise einzudämmen. Das hieße: Wirtschaftliche Grundprinzipien müssen sich von Konkurrenz zu Kooperation wandeln, um natürliche Ressourcen den Logiken des Marktes zu entziehen.

Was kostet ein Sonnenaufgang?

Die Freisetzung von Treibhausgasen wird ebenso wie Umweltverschmutzung unter dem Begriff Externalisierung gefasst. In der neoklassischen Wirtschaftstheorie, die unser heutiges Denken bestimmt, versteht man die Natur als Rohstoff, dessen Wert bezifferbar ist: Wenn beispielsweise eine Fabrik einen Fluss verschmutzt, bleibt diese Verschmutzung lediglich ein „kostenloser Produktionsfaktor“, solange die Fabrik dafür nichts bezahlen muss. Deshalb sehen manche die Lösung darin, externalisierte Kosten zu internalisieren, auch Umweltbepreisung genannt: Die Verschmutzung des Flusses soll etwas kosten, ebenso wie etwa der Ausstoß von CO₂.

Diese Herangehensweise zeugt von einem kaputten Verhältnis zur Natur. Und: Wie bestimmen wir den Wert eines Flusses? Ist ein Fisch nur etwas wert, wenn er Nutzen für Menschen hat? Oder hat er einen Wert an sich? Wie viel ist ein Sonnenaufgang wert?

Daneben führen Kosten-Internalisierungen auch dazu, dass Verschmutzung immer noch möglich ist für all diejenigen, die nur genug Geld dafür bezahlen. In der Praxis bedeutet das: Reiche können die Umwelt wie gehabt zerstören und dafür Abgaben leisten, während sich die Lebensbedingungen für ärmere Menschen weiter verhärten. Und durch die extrem ungleiche globale Wohlstandsverteilung wird es auch in Zukunft Unternehmen und Menschen geben, die genug Geld haben den Planeten über seine Kippunkte hinweg zu verseuchen.

Was können wir tun?

Die Klimakrise ist nicht die einzige Krise – da wären beispielsweise noch die Nazi-Krise, die EU-Außen-

grenzen-Krise, beziehungsweise Staatssystem-Krise, und neuerdings auch die Corona-Krise. All diese Krisen sind kompliziert ineinander verschrankt: Etwa, wenn klimatische Veränderungen zu Fluchtursachen werden oder Umweltzerstörung Pandemien verursacht. In all diesen Krisen sinnvolle, achtsame linke Strategien der Bewältigung zu entwickeln, kann nur in gemeinsamer Debatte passieren. Beispielhaft möchte ich hier als wichtige Punkte Organisation und Bildung hervorheben.

Denn einerseits müssen wir sehr konkrete Dinge tun, um Notlagen zu verbessern, etwa menschenunwürdige Camps schließen oder fossile Kraftwerke vom Netz nehmen. Die systemischen Veränderungen, für die wir kämpfen, müssen konkret fühlbar werden. Andererseits braucht es den systemischen Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft, damit Notlagen erst gar nicht entstehen.

Doch wir sollten nicht darauf warten, dass Lösungen von staatlicher Seite, also von oben, top-down, gegeben werden, sondern uns organisieren, diese selbst, bottom-up, zu erarbeiten und anschließend in die Gesellschaft einbringen. Gesellschaft zu organisieren kann zum Beispiel die Form von Kiezräten oder solidarischen Landwirtschaften annehmen. Selbstorganisation ist ein mühsamer Prozess, für den man einen langen Atem braucht. Uns in der Gemeinschaft zu organisieren fällt oft besonders schwer, weil wir stark vom liberalen Individualismus geprägt sind. Während der Corona-Pandemie hat sich dieser Trend hin zu einer Vereinzelung und zu psychischen Problemen für viele verstärkt.

Das Ziel einer solchen Selbstorganisation muss sein, dass die Bedürfnisse der Menschen ins Zentrum unseres Handelns rücken – und der Profit in den Hintergrund. Dabei ist die Demokratisierung der Produktionsmittel, zu denen auch die Rohstoffe gehören, ein wichtiger Schlüssel. Das allein reicht jedoch nicht: Kohlearbeiter*innen würden sich natürlich immer dafür entscheiden, Kohlekraftwerke weiter laufen zu lassen, um ihre Arbeitsplätze zu erhalten. Verschiedene Perspektiven miteinzubeziehen heißt, die deutschen 20.000 Kohle-Arbeitsplätze mit dem Schaden der globalen Klimakrise ins Verhältnis zu setzen, dann die fossile Industrie herunterzufahren und den Arbeiter*innen neue Möglichkeiten zu geben. Die Vision ist also eine demokratische Selbstverwaltung auf allen Ebenen, in denen auch Leitentscheidungen über die (Energie-)Produktion getroffen werden, die außerhalb des Betriebs stattfinden.

Für eine gesellschaftliche Transformation spielt auch Bildung eine herausragende Rolle. Dabei dürfen wir Bildung nicht nur als einen Lebensabschnitt begreifen, der auf einen Beruf vorbereitet. Jeder Mensch sollte bis an sein Lebensende Lernender bleiben. Abzulehnen ist auch das klassistische, patriarchale Verständnis davon, dass nur akademisches, positivistisches Wissen wertvoll sei. Erfahrungswissen muss aufgewertet werden, wir brauchen einen Austausch auf Augenhöhe. Gesellschaftliche Bildung im großen Stil aufzuziehen ist ein schwieriger Prozess. Die kurdischen *akademiya gel*, also Gesellschaftsakademien oder Volksakademien, sind gute Beispiele dafür. Sie zeigen aber ebenso, dass eine emanzipatorische Bildungswelle mit gesellschaftlicher Organisation einhergehen muss.

Auch hier begleiten kleine konkrete Dinge die große Vision: Warum nicht mit Freund*innen gemeinsam Texte lesen, Podcasts hören, Dokumentationen ansehen und dann miteinander darüber diskutieren? Warum nicht mit Eltern, Geschwistern, Nachbar*innen in einen tieferen Austausch treten? Gelegenheit zur Weiterbildung ist wohl das Beste, was der Corona-Winter zu bieten hat.<

Sina Reisch ist in verschiedenen sozialen Bewegungen aktiv und war 2019 Pressesprecherin des Anti-Kohle-Bündnisses Ende Gelände





Systemrelevant?

Das hatten wir schon ...

Wie Unterschiede im Verständnis ein und desselben Begriffs in der Finanzkrise 2008 und in der Corona-Pandemie 2020 aufzeigen, dass es eines grundlegenden Wandels bedarf. Von Judith Amler

März 2020: Europaweit treten Menschen jeden Abend auf die Balkone, um für Corona-Helfer*innen zu klatschen. Berufsstände, die jahrelang jeder gesellschaftlichen Anerkennung entbehrten, erfahren mit dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie eine sprunghaft gestiegene Aufmerksamkeit. Dankbarkeit äußert sich nicht mehr nur seitens derjenigen, die tatsächlich der Hilfe von Kranken- und Pflegepersonal bedürfen, sondern die Gesellschaft applaudiert insgesamt. In der Angst vor dem Virus und aus Respekt vor denjenigen, die sich seiner Bekämpfung tagtäglich aussetzen, wird Menschen, die die grundlegende Versorgung der Gesellschaft selbst in Zeiten des sogenannten Lockdowns sichern, ein Held*innen-Status zuerkannt. Regierungspolitiker*innen ergehen sich in Lobeshymnen auf das Personal von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen und erkennen es als systemrelevant an.

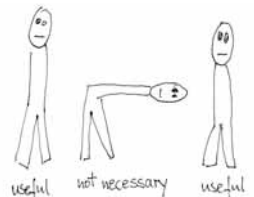
Die Finanzkrise 2008 und ihre Folgen

September 2008: Mit dem Zusammenbruch der Investment-Bank Lehman Brothers wird eine sich lang ankündigende Krise des globalen Finanzsystems manifest. Nur wenige Tage nach der Insolvenz der US-amerikanischen Großbank stehen knapp 25.000 Mitarbeiter*innen auf der Straße. Bilder von Banker*innen, die Kartons mit persönlichen Gegenständen aus dem Büroturm am New Yorker Times Square tragen, prägen die mediale Berichterstattung überall. Doch die Folgen der Pleite gehen weit über persönliche Schicksale hinaus. Die ungeordnete Insolvenz der global agierenden Bank erschüttert das Finanzsystem

weltweit und mündet in eine massive Vertrauenskrise, die die Politik rund um den Globus zum Handeln bringt. Sogenannte systemrelevante Banken werden mit Milliardenhilfen aus staatlichen Töpfen gerettet und bringen schließlich Staaten selbst an den Rand des Ruins. Die Folgen dieses Handelns spüren die Bürger*innen unzähliger Länder bis heute. Gerade an der sozialen Sicherung und auch im Gesundheitssektor wurde zur Tilgung der Staatsverschuldung in den letzten zehn Jahren vielerorts massiv gespart, wobei sich ein schon Ende der 70er Jahren begonnener Trend fortgesetzt hat; allerdings mit einer nochmals deutlich gestiegenen Intensität.

Heute wirkt die Corona-Pandemie wie ein Brennglas auf Ungerechtigkeiten, die nicht plötzlich durch ein Virus verursacht worden sind, sondern schon lange bestehen. Der Begriff der Systemrelevanz taugt dabei wenig zur Analyse dessen, was geschieht, sondern zeigt lediglich offen auf, dass es Zeit ist zu reden und schnell ins Handeln zu kommen.

2008 hatte die Deklaration von Geldinstituten als systemrelevant zur Folge, dass staatliche Gelder in Milliardenhöhe in den privatwirtschaftlich organisierten Bankensektor gepumpt worden sind. Regierungen argumentierten unisono, dass andernfalls gerade die kleinen Leute als letztlich Geschädigte verblieben. Der Schutz ihrer Rücklagen und Versicherungen sei das Ziel aller Rettungsmaßnahmen, die jedoch, wie der weitere Lauf der Geschichte zeigt, gerade Großbanken halfen und sie weiterwachsen ließen. Die Regierungen versäumten es letztere zu zerschlagen, um in Zukunft



zu verhindern, dass eine einzelne Bank „too big to fail“ ist und ihre Insolvenz eine ganze Volkswirtschaft ruinieren kann. Auch viele weitere Maßnahmen, die für eine höhere Stabilität des Finanzsystems hätten sorgen können, blieben aus. Stattdessen erfolgte eine massive Umverteilung von Finanzmitteln, weg von sozialstaatlichen Programmen hin zum privatwirtschaftlich organisierten Finanzsektor.

Großbanken agieren bis heute auf Schattenfinanzplätzen und in Steueroasen, machen durch Spekulation auf Nahrungsmittel und Land Geschäfte mit dem Hunger und investieren in die Rüstungsproduktion. Schließlich vergeht kein Jahr, in dem nicht gerade auch deutsche Institute vor allem

durch Skandale wie Geldwäsche und Zinsmanipulation auf sich aufmerksam machen. Die Boni der Bankenvorstände, die in der Finanzkrise von staatlichen Hilfen profitierten, erreichen bis heute Millionenhöhe.

Wer zahlt für die Corona-Krise? Die Zuspitzung der Arbeitsbedingungen im Pflegebereich

Währenddessen rieben sich viele Pflegefachkräfte nach dem Frühjahr 2020 die Augen. Anders als es alle Klatschparaden und vollmundigen Lobpreisungen vermuten ließen, verbesserten sich die Arbeitsbedingungen im Pflegebereich nicht. Zwar erhielten viele Pflegekräfte, aber bei weitem nicht alle, während der ersten pandemischen Welle einen kleinen finanziellen Bonus. Die Arbeitszeiten wurden jedoch in vielen Fällen deutlich verlängert, und eine längerfristige und deutliche Aufwertung ihrer Leistungen ist nicht in Sicht. Die zwischenzeitliche Aufmerksamkeit äußert sich kaum auf dem Konto, sondern erweist sich als symbolischer Akt der Ermutigung, sich für die Arbeit am und mit dem Mitmenschen auch unter Coronabedingungen aufzuopfern.

Sicherlich müssen sich viele Beschäftigte in der Kranken- und Altenpflege sowie in der Betreuung in Zeiten der Pandemie kaum um ihre Anstellung sorgen, es gibt tatsächlich riesigen Bedarf an ihrer Arbeitskraft. Dafür steigt eine andere Angst jeden Tag ins Auto der mobilen Altenpflegerin mit ein, sie begleitet die Reinigungskraft, die Intensivstationen putzt, und sie

macht dem Pflegefachmann zu schaffen, der rund um die Uhr wie Hunderttausende von Arbeiter*innen in versorgungsrelevanten Berufen fürchten muss, an Covid-19 zu erkranken und/oder Angehörige mit dem Virus anzustecken, dem sie tagtäglich begegnen.

Dabei besteht die Hoffnung, dass neue Impfstoffe und Medikamente die Pandemie mittelfristig eindämmen

können. Es ist möglich, dass die Menschheit den Weg in das frühere Leben zurückfindet und sich die Situation wieder normalisiert. Wobei sich immer mehr Menschen die Frage stellen: Welche Folgen bleiben? Und was wäre durch eine Rückkehr zum bereits Bekannten gewonnen?

Die Arbeitsbedingungen im Pflegebereich verbesserten sich nicht

Zunächst ist es alles andere als unwahrscheinlich, dass die Folgen der Covid-19-Pandemie noch für lange Zeit spürbar sein werden. Vielerorts und auch hierzulande haben Staaten hohe Summen zur Unterstützung von Wirtschaftszweigen bereitgestellt. Enorme Summen an Geld werden dafür aufgewendet. Auch Branchen und Produktionsweisen, die schon lange als reformbedürftig bis nicht mehr zukunftsfähig gelten, werden gerettet und protegert.

Es ist nicht auszuschließen, dass diese immensen Kosten dazu führen, dass sie durch neuerliche Einsparungen im sozialen Bereich und im Gesundheitswesen kompensiert werden und so gerade diejenigen für die Krise zahlen, die bei ihrer Eindämmung am wichtigsten waren. Die Privatisierung und damit die Unterordnung wohlfahrts- und gesundheitsrelevanter Bereiche unter ökonomische Aspekte, die wir seit Jahrzehnten erleben, sprechen für sich.

Während Klinikkonzerne seit der Einführung des Fallpauschalen-Systems riesige Gewinne erwirtschaftet haben und in Deutschland jedes Jahr viele Millionen Euro an Mitgliedsbeiträgen von gesetzlich Krankenversicherten als Aktiengewinne ausgeschüttet und damit der Gesundheits- und Krankenversorgung entzogen wurden, wissen Ärzt*innen und Pflegefachkräfte ein Lied davon zu singen, was die Standardisierung ihrer Arbeit für das leibliche und seelische Wohl der Patient*innen bedeutet. Es steht weniger Zeit zur Verfügung, sich um die Menschen zu sorgen. Ähnliches gilt für die Altenpflege, in der Mitarbeiter*innen



inzwischen selbstverständlich mit mobilen Zeiterfassungsgeräten unterwegs sind und jede Minute, die sie über die für eine bestimmte Maßnahme vorgesehene Zeit für die zu Pflegenden da sind, selbst verantworten müssen. Kleine dezentrale Einrichtungen werden geschlossen und die Versorgung in der Fläche gerät unter Druck. Damit wächst nicht zuletzt die Sorge, dass Mitarbeiter*innen in der Pflege nicht nur nicht besser bezahlt werden, sondern dass ihre Arbeit sich nochmals mehr in den privaten, ehrenamtlich bestimmten Bereich verlagert. Das System, das wir haben, lebt nicht zuletzt von seinem eigenen Selbstverständnis, dass

Sorgearbeit im Zweifelsfall auch gratis zu haben ist. Sie ist systemrelevant. Sorgearbeit ist aber damit noch lange nicht Teil eben dieses Systems, das von ihr gestützt wird.

Die Anerkennung von Sorgearbeit erschöpft sich in Symbolpolitik

Das Wirtschaftssystem, das wir kennen, ist wachstumsbasiert. Es baut darauf auf, die Produktivität permanent zu erhöhen und lässt die Reproduktion fast vollkommen außer Acht. Während Investmentbanken in Folge der Finanzkrise 2008 gerettet wurden, verhungern die heute als systemrelevant geehrten Erbringer*innen von Sorgearbeit am langen Arm. Dabei investieren auch sie, und in nicht zu unterschätzender Weise, in den sozialen Fortschritt. Dieser bedarf nicht unbedingt eines Zuwachses an materiellen Gütern, sondern wird allgemein als ein besseres Leben verstanden. Wo jedoch bliebe dieses, wo keine*r sich um das individuelle Leben kümmert, erzieht, pflegt und sorgt?

Letzteres übernehmen immer noch ganz überwiegend Frauen* und, je prekärer sich die Finanzierung gestaltet, zunehmend Migrant*innen, die im Gegensatz zu Kapitaleigner*innen fern jeder Lobby schuften. Sich politisches Gehör zu verschaffen, ist ihnen nahezu unmöglich. Selbst jenen, die alle Bürger*innenrechte haben, fehlt oftmals die Zeit für politisches Engagement. Streiks sind kaum denkbar, wenn jede Verweigerung der Arbeit sich kaum auf die Gewinne der Arbeitgeber*innen auswirkt, sondern zuallererst auf

Kosten von Kindern und Patient*innen geht und damit nur mittelbar politische Wirkung entfalten kann. Und schließlich haben diejenigen, die gerade auch im häuslichen Bereich Pflegedienste verrichten und nicht selten keinen deutschen Pass besitzen, kaum eine Möglichkeit zur Vernetzung und Organisation ihrer Interessen.

Eine gute Nachricht ist dabei, dass die Arbeitskämpfe im Herbst 2020 dazu geführt haben, dass immerhin das Gehalt, das nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst Beschäftigten bezahlt werden muss, durch Prämien und Zulagen steigt. Dies allerdings

war nicht unmittelbar logisches Ergebnis der wortreich gepredigten Systemrelevanz ihrer Arbeit, sondern durch Streiks und harte Verhandlungen errungen.

Was also bringt es, von Systemrelevanz zu sprechen, wenn aus diesem Begriff völlig unterschiedliche Maßnahmen abgeleitet werden, je nachdem, ob es um Großbanken oder um Arbeiter*innen im Niedriglohnsektor geht? Viele Pfleger*innen haben 2020 zu Recht beklagt, dass rein symbolische Akte wie abendliches Klatschen ihre Arbeit letztlich, wenn auch ungewollt, verhöhnen. Bereits lange vor dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie lag es offen zutage, dass die Arbeitsbedingungen in heute als systemrelevant gehuldigten Berufen kaum tragbar sind. Nicht zuletzt deswegen gibt es immer weniger Menschen, die solche Berufe ergreifen und immer mehr Personal, das auszubrennen und selbst in den Krankenstand zu gehen droht.

Derweil versucht sich die Regierung, sofern sie nicht durch engagierte und konsequente Arbeitskämpfe zum Umsteuern gezwungen wird, weiterhin vor allem in Imagekampagnen und Symbolpolitik. „Mach Karriere als Mensch!“, so lautet das Motto einer Offensive des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend oder für Gedöns, wie Exkanzler Schröder es einmal nannte. Mit dieser sollen mehr junge Menschen dazu animiert werden, eine Ausbildung in der Pflege zu beginnen und damit den eklatanten Bedarf an Fachkräften zu decken. Im Rahmen einer YouTube Serie, die cool und hip daherkommen will, werden Pflegende überwiegend allerdings nicht nur als

Symbolische Akte verhöhnen die Pfleger*innen

oberflächlich bis selten dumm dargestellt und gerade in diesem Kontext mit sexistischen und rassistischen Chauvinismen belegt, sondern es geht zentral um den Begriff der Ehre. *Ehrenpflegas*, so der Name aller fünf Folgen der Serie. Tarifrechtliche Aspekte spielen, abgesehen von vielen weiteren problematischen Aspekten, wohlwollend gesehen bei insgesamt gut 30 Minuten in sage und schreibe zehn Sätzen eine Rolle. Ansonsten geht es vor allem um Liebe.

Doch das System, das wir kennen, lebt nicht von Luft und Liebe. Es lebt von der Produktion und vom Profit. Kein Mensch würde daher auf die Idee kommen, eine Imagekampagne für den Beruf des*der Banker*in aufsetzen zu müssen. Das Geld, das sich in diesem Sektor verdienen lässt, und die Statussymbole, die sich damit kaufen lassen, sprechen für sich. Übrigens auch bei den *Ehrenpflegas*, bei denen ein junger Bank-Azubi in einer Folge mit Geldscheinen um sich wirft. Zugegebenermaßen wird hier gleichzeitig insinuiert, dass sich von einer Ausbildungsvergütung von etwas über 1.000 EUR im Monat von Pflege-Azubis ein schickes Cabrio kaufen ließe. Dass letzteres nur in seltensten Fällen und unter bestimmten (finanziellen) Ausgangsbedingungen zutrifft, dürfte keine Überraschung sein.

Davon abgesehen, stellen sich spätestens im Jahr 2020 ganz andere Fragen. Inzwischen rutschen wir von einer Krise in die nächste, wenngleich sich halbwegs verantwortungsvolle Regierungen noch immer jedes Mal um eine Abmilderung bemühen. Nach der Bankenkrise 2008 kam die Eurokrise 2009. Auch der Zuzug von mehr als einer Million Migrant*innen im Jahr 2015 wurde als eine Flüchtlingskrise gelesen. Heute stecken wir inmitten der Corona-Krise und deren Folgen. Und morgen, das ist absehbar, müssen wir mit einem fortschreitenden Klimakollaps umzugehen lernen.

Der Neoliberalismus als Störfaktor für das menschliche Überleben

Dies verweist auf Fragen, die sich spätestens heute dringend stellen. Ist das System, das wir kennen, selbst überhaupt relevant für das menschliche Überleben? Oder bedarf es dafür nicht einer substanziellen sozialen und ökologischen Transformation, bei der priorisiert werden muss, was für ein gutes Leben wirklich wichtig ist?

Inzwischen liegt es sogar für den Chef des Weltwirtschaftsforums, Klaus Schwab, auf der Hand, dass der Neoliberalismus ausgedient hat. In Davos

steht ein „Great Reset“ auf der Agenda. Gestritten werden muss nun, ob es nur um eine Systemverbesserung oder um eine Systemveränderung gehen soll. Schwab und andere haben erkannt, dass die wachsende Schere zwischen Arm und Reich sowie die Klimakrise unerbittlich sind und der Markt alleine keine Probleme löst. Allein dies zeugt von der Überkommenheit des bisherigen Systems, in dem Sozial- und Naturkapital sowie das menschliche Kapital als selbstverständlich vorausgesetzt werden.

Nichtsdestotrotz geht es in Davos weiterhin um den Wettbewerb. Wie jedoch soll sich Sorgearbeit unter diesem Paradigma verstehen? Menschen- und Grundrechte lassen sich, würden sie endgültig und vollkommen anerkannt, nicht ausspielen gegen den Profit. Die Würde jedes Lebens darf nicht davon abhängen, ob es bezahlbar ist.

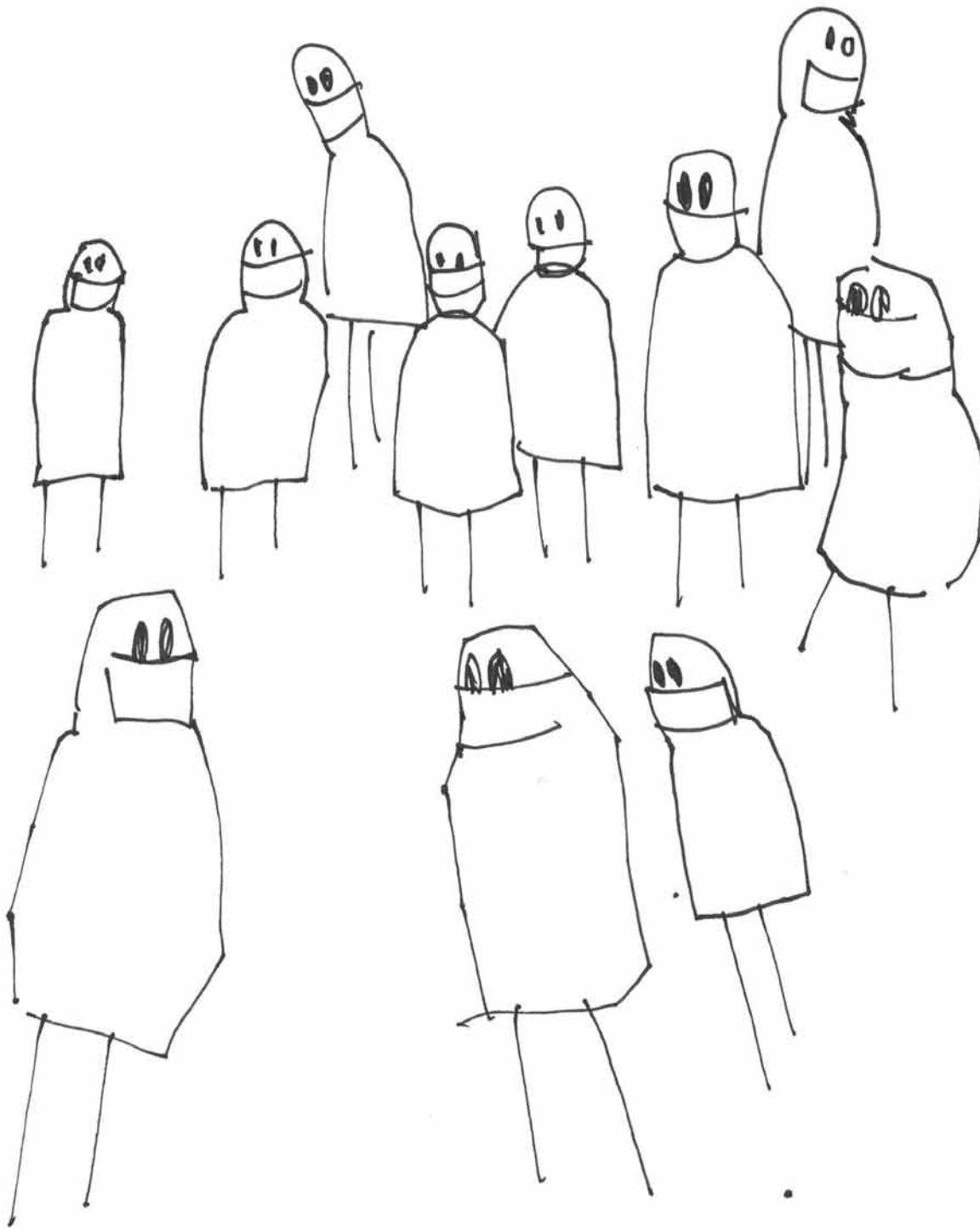
Es ist an der Zeit, nicht mehr und erst recht nicht erst jetzt zu diskutieren, dass Sorgearbeit systemrelevant ist. Wir müssen sie schlichtweg als lebensnotwendig anerkennen. Und davon ausgehend eine Wirtschaftsweise entwickeln, die statt der Produktion die Reproduktion von menschlichen und ökologischen Ressourcen in den Vordergrund stellt.

Dies mag zunächst utopisch erscheinen. Doch letztlich ergeben sich von der anderen Seite her besehen mittelfristig nichts anderes als Dystopien, in denen wieder zwischen angeblich lebenswertem und angeblich un lebenswertem Leben unterschieden wird, in denen sich das Überleben nur noch durch grenzenlose Gewalt bewerkstelligen lässt und/oder in denen der Planet Erde zunehmend unbewohnbar wird.

Wie es anders gehen könnte und/oder wenigstens eine substanzielle Transformation eingeleitet werden könnte, dafür liegen zahlreiche Vorschläge vor; sie reichen von einer nationalen Arbeitszeitverkürzung bis hin zur Einführung eines weltweiten bedingungslosen Grundeinkommens und globaler solidarischer Ökonomie. Ein erster Schritt wäre globale Finanzmärkte endlich substanziell zu regulieren und anzuerkennen, dass die Menschenrechte und jedes Leben wichtiger sind als der Profit.<

Judith Amler
*ist Mitglied im
Koordinierungskreis
von Attac Deutsch-
land.*

*Während der
Corona-Krise
entwickelte das
globalisierungskriti-
sche Netzwerk die
Kampagne #Was-
WirklichWichtigst.*



Abgeschalteter Regenbogen

Der zweite Shutdown ist da, Bars, Clubs und Cafés sind wieder geschlossen: nicht so schlimm? Was für den Hetero-Mainstream vielleicht verzichtbar erscheint, ist für viele queere Menschen überlebenswichtig: Orte außerhalb der Kernfamilie zu haben, an denen sie sich treffen, sich unterstützen und Allianzen bilden können. Über die Systemrelevanz queerer Räume. Von Drag Queen Doris Belmont

Das infernalische 2020 neigt sich dem Ende zu, liebe Leser*innenschaft. Der bereits jetzt berüchtigte Corona-Winter steht vor der Tür, und ein zweiter Shutdown – wenn auch in der Variante „light“ – legt die Bundesrepublik lahm. Die Nerven nicht weniger meiner Freund*innen liegen wieder blank. Klar, wir hatten die Nummer ja schon einmal. Wir haben den Schock im März nicht vergessen, als das öffentliche Leben für einen damals unbestimmten Zeitabschnitt auf Eis gelegt wurde. Private Kontakte außerhalb des eigenen Haushaltes konnte man plötzlich nur noch via Skype, sozialen Medien oder, für die ganz Altmodischen, via Telefon pflegen. Vor allem den Körperkontakt mit allem außerhalb der eigenen vier Wände galt es tunlichst zu vermeiden.

So unumgänglich diese und andere Maßnahmen zum *Social Distancing* angesichts des Pandemiegeschehens auch waren, so sehr frappte mich bereits im März – und auch jetzt wieder –, wie unterschiedlich mein Umfeld darauf reagierte. Während das Gefühl von Isolation viele meiner queeren Mitstreiter*innen die eigenen vier Wände, sofern sie denn welche zur Verfügung hatten, hochgehen ließ, verstörte mich mein cis-heterosexueller Freundes- und Bekanntenkreis, ich muss es zugeben, nicht wenig. Mit Aussagen wie „Der Lockdown ist doch so ein bisschen auch wie Winterschlaf“, mit Gerede von einer angeblichen „Entschleunigung“ oder, im Gegenteil, mit ihren kreativen Konzepten, wie in dieser Zeit „Selbstoptimierung“ betrieben werden könne – von der Online-Weiterbildung über „die Partnerschaft pflegen“ bis zum neuen Wohnzimmerboden. Schließlich, so der Tenor, habe man dafür ja jetzt „endlich mal Zeit.“

Als der Spuk dann Anfang des Sommers erstmal abzuklingen schien, offenbarte sich mir recht schnell, wie unterschiedlich die Realitäten gewesen sind. Klar, besonders litten erstmal jene, die durch den Verlust ihres Jobs oder durch ähnliche Katastrophen in prekäre Lebenslagen gerieten. Aber nicht nur die materiellen Einbußen riefen Leid hervor: Viele queere Menschen, so auch ich, haben den Wegfall der sozialen Treffpunkte und Netzwerke in dieser Zeit deutlich zu spüren bekommen. Dazu zählen unter anderem Bars, Cafés, Clubs, Theater oder ehrenamtliche Einrichtungen. Anders als im Hetero-Mainstream ist ein queeres Café, ein queerer Club oder dergleichen mit Regenbogenlabel weit mehr als nur ein Ort der Zerstreuung, des Betrunkens oder Feierns. Die Rede ist von sogenannten *Safe Spaces*.

Hier erfahren Menschen, die oft aus queerfeindlich eingestellten Familien, Städten oder Regionen kommen, in denen ihr Alltag massiv erschwert ist, wie es sich anfühlt, für das eigene sexuelle und romantische Begehren und die geschlechtliche Identität nicht kritisch beäugt zu werden, sich nicht geschlechterkonform kleiden und geben zu müssen, so auftreten zu können, wie man sich eben fühlt. Man lernt sich untereinander kennen, bildet Allianzen und bestärkt sich gegenseitig darin, nicht mehr nur gegen die zu sein, die einem mit Anfeindungen begegnen, sondern vor allem auch positiv zu seiner eigenen Identität zu finden. Eben jene Attribute, die cis-geschlechtliche Heterosexuelle im Laufe ihrer Pubertät oft von ganz alleine erfahren. Und um die notwendigen Allianzen schmieden zu können, braucht es nun mal die Räume, in denen wir uns treffen können. So einfach – und so fatal, wenn es diese Räume nicht mehr gibt.



Wie schon im März und jetzt wieder beim „Shutdown light“ haben viele die finanziellen Probleme zwar auf dem Schirm, die sich für die Bereiche Kunst, Kultur und gesellschaftliches Leben auftun. Geht es jedoch ins Private, zeigt sich ein anderes Bild. Da begegnen mir Sprüche wie „Eines der positiven Dinge in dieser Zeit: Wir sind als Familie zusammen“ – was in meinen Ohren und in denen vieler Queers fast schon zynisch klingt. Hier zeigt sich, dass Shutdowns – neben ihrer berechtigten Funktion zur

Das toxische Verständnis von Familie und das protestantische Verhältnis zur Arbeit

Krisen wie eine Pandemie konfrontieren die Gesellschaft eben mit den Problemen ihrer Zeit. Und dazu gehört, neben dem toxischen Verständnis

wahrgenommen, den sich eine Gesellschaft erlauben kann, solange es ihr gut geht. Die staatlichen Hilfen in dieser Zeit gestalteten sich als schwierig und viele, gerade queere Institutionen mit unbezahltam Ehrenamt wurden gar nicht erfasst. Ganz nach dem Motto: Für die gab's doch noch nie Geld, wieso sollte es dann jetzt ein Problem sein.

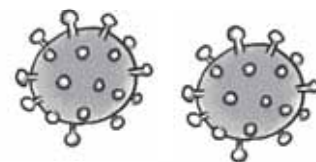
von Familie, auch das protestantisch anmutende Verhältnis zur (Lohn)Arbeit. Solange Institutionen, die mit Vergnügen und Freizeit assoziiert werden, als nicht systemrelevant gewertet werden, bleibt die Mär vom entschleunigenden Shutdown eben genau das: Ein Märchen, das sich nur der materiell und sozial abgesicherte Hetero-Mainstream anhören kann, ohne wütend zu werden. Queere Räume dagegen richten sich immer auch gegen die Norm, gegen die gesellschaftlichen Zwänge und das herrschende System. Und genau darin liegt – um im Jargon der Corona-Krise zu bleiben – ihre Systemrelevanz.<

Doris Belmont ist eine Drag Queen aus Berlin und mesmerisiert ihre Leser*innenschaft unter anderem einmal monatlich im Stadtmagazin Siegesssäule mit ihrer Tuntenkolumne „Abgeschminkt“

Pandemieeindämmung – gerne auch eine, wahrscheinlich nicht einmal beabsichtigte, Rückbesinnung auf die traditionellen „Tugenden“ unserer Gesellschaft mit sich bringen. Zentral hierbei: der bedingungslose Rückzug in die Kernfamilie. Vater, Mutter, Kind, vereint in einem Haushalt. Wahnsinnig schön, und vor allem so herrlich divers. Ganz ehrlich, wenn man ohne feste Partner*in lebt und einem Freund*innenkreis aus zahllosen Einzelhaushalten vorzuweisen hat, wird einem dieser „liederliche“ Lebensstil in der Krise um die Ohren geklatscht.

Wem der Sinn zur rechten Zeit nicht nach Vorgartenidylle mit Gartenzwerge und weißem Gartenzaun stand, hat in einem Shutdown ohne identitätsstabilisierende Rückzugsmöglichkeit nicht die besten Karten. Und bei der Vorstellung, wie es erst ungeouteten Queers gehen mag, die noch in dieser schrecklichen Komposition der Kernfamilie leben müssen und denen jetzt dieses Netzwerk von queeren Treffpunkten und queeren Allianzen weggebrochen ist, schmilzt mir, gelinde gesagt, die perfekt gestylte Dutte vom Kopf. Die Gewalt, die das patriarchal ausgelegte, heteronormative Kleinfamilienmodell gerade in Krisenzeiten hervorzubringen imstande ist, betrifft im Übrigen natürlich nicht nur Queers – wie die Statistik über häusliche Gewalt zeigt, die während des ersten Shutdowns in Familien signifikant angestiegen ist.

Dass die angeblich nicht systemrelevanten sozialen Netzwerke als erstes unreflektiert dem Shutdown zum Opfer gefallen sind, ist nicht verwunderlich – werden sie doch noch immer als Bonus

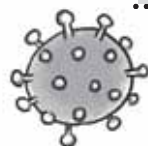
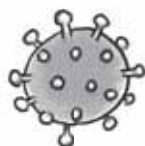


Was Corona mit uns macht.... #05

Halten Beziehungen das aus?

Je länger die Pandemie dauert, desto mehr werden auch Freundschaften und Beziehungen auf die Probe gestellt. Waren Anfang Juni nur 16% der Menschen in Deutschland beunruhigt, wie sich das Virus auf ihre sozialen Beziehungen auswirkt, stieg die Zahl Ende Oktober schon auf 35%. Auch der Teil, der (sehr) beunruhigt ist über Auswirkungen von Covid-19 auf seine psychische Gesundheit (Jun.: 10%, Okt.: 25%) und körperliche (Jun.: 13%, Okt.: 27%) stieg über die Monate hinweg an.

Bundesinstitut für Risikobewertung // Corona Monitor // rund 1.000 Befragte in Deutschland // repräsentativ // wöchentlich seit März 2020





Piazolo, setzen, sechs!

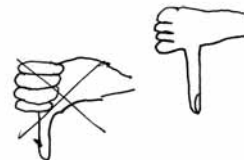
Den Schüler*innen soll kein Nachteil entstehen, hieß es letztes Schuljahr oft – ein leeres Versprechen. Denn 2020 kamen die Lücken im Schulsystem an die Oberfläche. Zum Beispiel beim Abitur, auch außerhalb von Gymnasien. Die Kritik richtet sich aber an alle Schulformen und die jeweilige Handhabung während der Pandemie, und auch schon davor. Ein Kommentar von Tabea Danner

Corona hat die ganze Welt überrollt. Das dürfte prinzipiell keine neue Erkenntnis sein – im Gegenteil, niemand kann es mehr hören. Während Risikopatient*innen berechtigterweise nicht den Mut aufbringen, hinaus zu treten in eine Welt, die für Zusammenhalt plädiert, predigt und präsentiert, aber innen oft durch puren Egoismus zusammengehalten wird, laufen sogenannte Querdenker*innen durch die Straßen, Schulter an Schulter mit Faschist*innen, und bringen ihre Kinder dazu, sich öffentlich mit Opfern des Nationalsozialismus zu vergleichen. Doch neben den jungen Menschen, die auf der Bühne

stehen und sich für Anne Frank oder Sophie Scholl 2.0 halten, gibt es, weniger sichtbar, auch Jugendliche, die ganz andere Sorgen plagen. Ernsthafte Sorgen.

Schulalltag in Zeiten einer Pandemie

März 2020. Der Lockdown. Das Chaos. Lehrer*innen, die noch nie einen Laptop in der Hand hatten. In dieser Unordnung waren die Schüler*innen meist auf sich allein gestellt. Während sich manche rückblickend als ‚privilegierte Schüler*innen‘ bezeichnen, da sie über technische Ausstattung, einen Raum zum Lernen



und Unterstützung der Familien verfügen, gab es auch diejenigen, welche mit ihren sechs Geschwistern in einer 3-Zimmer-Wohnung lebten und aufgrund etwa des Fluchthintergrundes Probleme hatten, sich auf eine Prüfung vorzubereiten, deren Aufgaben nicht in ihrer Muttersprache gestellt wurden. Wie war das nochmal mit der Notengerechtigkeit? Mit der Chancengleichheit?

Unser geehrter Kultusminister, Prof. Dr. Michael Piazzolo, sagte doch, er wolle faire Bedingungen. Diese sind allerdings nicht überall gegeben worden. Aus der Sicht von Kritiker*innen wolle Piazzolo auf Biegen und Brechen ein normales Abitur abhalten, wie all die anderen Jahre zuvor auch. Diese als starr und empathielos empfundene Haltung verärgerte viele Schüler*innen, Eltern und Lehrkräfte. Immer wieder machten sich Stimmen der jüngeren Generationen bemerkbar und klagten, dass Grundrechte sich auch auf junge Menschen beziehen, und dass sie mehr als nur Schüler*innen sind. Nämlich Menschen, Individuen verschiedener Herkunft, Sprachkenntnisse, Wohnsituationen und Vorstellungen. Eines haben sie allerdings gemeinsam: Ihre Würde als Menschen, diese konnten Schüler*innen nicht mehr spüren. Sie durften plötzlich nur noch Leistung erbringen.

Sie wollten aber nicht nur dasitzen, während über ihre Köpfe hinweg bestimmt wurde, ob sie wann, wo, wie zur Prüfung antreten. Sie wollten mit einbezogen werden und mitreden dürfen, schließlich bestimmt solch ein Abschluss über ihre Zukunft. Von den Medien und der Politik nicht gehört, mussten sie zusehen, wie diejenigen entschieden, die sich selbst dieser Herausforderung nicht stellen mussten. Der Alptraum zog sich über viele lange Tage und schlaflose Nächte der Ungewissheit. Unklar war, ob sich das ganze Lernen lohnen, ob überhaupt Prüfungen abgehalten würden, ob man am Ende einer langjährigen Schullaufbahn voller Stolz und Freude das Zeugnis in der Hand halte. Was, wenn nicht?

Zukunftsängste haben zu dieser Zeit mehr Platz eingenommen als zuvor. Angst machte sich breit, Träume nicht erfüllen und seinen Lebensweg nicht wie geplant fortsetzen zu können. Unverhofft kommt oft. Doch leider nicht im positiven Sinne. Depression und andere psychische Erkrankungen sind für viele der heutigen Generationen kein unbekanntes Terrain. Doch Corona verschlimmerte bei vielen diesen

Zustand, oder brachte ihn auch erst zum Vorschein. Betroffene Schüler*innen fühlten sich alleine, unversanden und wie ein Nutztier, das Leistung bringen muss, selbst wenn es möglicherweise umsonst wäre.

Prüfungen auf Biegen und Brechen

Ohne Frage stand Vater Staat vor einer bisher nie dagewesenen Situation und wusste nicht, wie er agieren sollte. Dennoch ist die Annahme falsch, wenn nicht gar morbide, dass es so weitergehen konnte wie bisher. Die Schüler*innen wurden an ihr Limit getrieben. Sowohl physisch als auch psychisch.

Es gab verschiedene Vorschläge, die Lernenden zu entlasten. Es wurde von einem Notabitur gesprochen, aber auch von einem Corona-Bonus oder einem Durchschnittsabitur. Es hätte Optionen gegeben, andere Auswege. Auch, wenn viele möglicherweise keinen "Corona-Abi" Stempel tragen wollten, hätte die Meinungen betroffener junger Menschen mit einbezogen werden müssen, denn diesen Stempel tragen sie so oder so.

Letzten Endes lief alles wie immer. Den Schüler*innen wurde kein Stück entgegengekommen. Aber Hauptsache das Kultusministerium sieht die „Notengerechtigkeit“ gewährleistet. Überlegt wurde bereits vor den Sommerferien, welche Lerninhalte für das kommende Abitur 2021 gestrichen werden, während sich Schulen schon mitten im Lockdown meldeten, dass sie mit dem Lehrplan noch nicht durch sind und Schüler*innen sich viele noch unbekannte Themengebiete selbst erlernen müssen. Das ist an Perversion und Perfidie nicht mehr zu überbieten.

Bei dieser Handhabung ist es nicht verwunderlich, dass der ein oder andere das Vertrauen verliert, obwohl genau das nicht passieren sollte. Allenthalben war zu hören: „Die wollen uns doch durchfallen lassen“, „Das kommt denen grad recht, die Studienplätze sind eh alle überfüllt“, „Wir sind denen doch scheiß egal“. Diese Aussagen voller Wut, Angst und Verzweiflung sind berechtigt, aber es darf nicht so weit kommen, dass Schüler*innen nicht mehr verstehen, warum sie eigentlich ein Zahnrad eines Systems sind, dass sie nicht unterstützt, obwohl sie es am dringendsten bräuchten.

Den "Corona-Abi" Stempel tragen sie so oder so

Der ganze Stolz des Kultusministeriums: Das bayerische Abitur!

Als die Prüfungen vorbei und die Ergebnisse bekannt gegeben wurden, klopfte sich Piazolo selbst auf die Schulter: Trotz der vielen Komplikationen habe Bayern einen besseren Schnitt als in den Jahren zuvor erzielt! Dabei war es nicht Piazolos Politik – wenn man es so nennen kann –, nicht er war es, der eine glänzende Abschlussprüfung abgelegt hat. Es waren die Lehrkräfte, welche versuchten, ihre Schüler*innen durch ein erschreckendes letztes Halbjahr zu bringen. Und es waren vor allem die Schüler*innen, die bis zuletzt dem Druck standgehalten haben. Und trotzdem sind viele unter Tränen und mit leeren Händen nach Hause gegangen. In dieser Zeit ist einiges schiefgelaufen und das darf keineswegs unter den Teppich gekehrt werden, besserer Durchschnitt hin oder her.

Das bayerische Abitur ist besonders eines: ein willkürlicher Stresstest. Einen Schulabschluss lässt sich nicht einfach so aus dem Ärmel schütteln. Das letzte Schuljahr offenbarte erneut, dass sich am Schulsystem was ändern muss. Es ist nicht auf dem Stand, auf dem es im Jahr 2020 sein sollte, oder besser gesagt: sein müsste. Unabhängig von einer unerwarteten Pandemie. Physische und psychische Zusammenbrüche sowie fehlende Notengerechtigkeit und langsam voranschreitende Digitalisierung, das alles sind keine neuen Themen. Es muss sich etwas ändern! Auch an Regelschulen muss es möglich werden, sich selbstständig zu organisieren und verschiedenste Themenbereiche mehr in den Mittelpunkt zu stellen. Lernen soll Spaß machen und nicht zu mentalen Problemen führen. Schüler*innen sind Menschen, keine Maschinen, sie sind wichtig und ja, auch sie sind systemrelevant.<

Zitate von Schüler*innen aus dem Umfeld der Autorin

Lena, 18 Jahre alt, ehemals Montessori-Fachoberschule München

„Anfangs habe ich den Lockdown als Chance gesehen, um mich selbst zu strukturieren und organisieren. Zum Ende hin wurde es mir dann alles zu viel, ich bin teilweise um 6 Uhr morgens aufgestanden und habe bis abends gelernt. Ich bin sehr an meine Grenzen gestoßen und hatte Nervenzusammenbrüche. Im Endeffekt habe ich es nicht geschafft. Ich bin in ein sehr tiefes Loch gefallen und habe mich sehr geschämt. Ich habe es nicht verstanden. Ich war immer eine gute Schülerin, hatte immer gute Noten und meine Lehrer

vermittelten mir auch nicht das Gefühl, dass es bei mir knapp werden könnte. Generell habe ich mich einfach alleine gelassen gefühlt, sowohl von manchen Lehrern als auch von unserer Politik, da hauptsächlich über Gymnasien geredet wurde und nicht über das Fachabitur. Das finde ich allerdings allgemein an unserer Gesellschaft sehr schrecklich, dass das Gymnasium ‚das einzig richtige‘ ist.“

Mirko, 19 Jahre alt, Gymnasium in München

„Grundsätzlich was gegen das Virus zu tun ist gut. Aber Schulen jetzt trotz vorheriger Ankündigung offen zu lassen beispielsweise, oder überfüllte Bahnen zu tolerieren, widerspricht in meinen Augen dem Ziel der Maßnahmen, während gleichzeitig die Gastronomie und der Kultursektor massive wirtschaftliche Probleme bekommen. Und von schwachsinnigen Zahlungen an Riesenkonzerne, die die letzten Jahre immer Rekordgewinne meldeten und die ihren Aktionären trotz Staatshilfe Dividende auszahlen, davon muss ich hoffentlich nicht reden.“

Luca, 18 Jahre alt, Montessori-Fachoberschule München

„Schätzungen des Lehrerverbands zu Folge gibt es circa 100 000 Klassenzimmer, in denen man nicht richtig lüften kann, aber Luftfilter für Schulen sind vielen Landesregierungen zu teuer. Gleichzeitig verdienen Aktionäre der Lufthansa sich dumm und dämlich.“

Patrick, 18 Jahre alt, Gymnasium in Buchloe

„Naja, Corona hat gezeigt, wie gespalten die Gesellschaft sein kann, aber das empfinde ich nicht wirklich als Angst, sondern allgemein eher schade und traurig.“

Elvira, 18 Jahre alt, ehemals Montessori-Fachoberschule München

*„Ich denke die Schüler*innen des letzten und dieses Jahrs hatten einige Nachteile. Allein schon, da gewisse Dinge nicht so ablaufen konnten wie die Jahre zuvor. Das ist, denke ich, für viele sehr traurig. Außerdem hätte ich mir gewünscht, dass es im letzten Schuljahr nicht immer so eine Ungewissheit gegeben hätte.“*

Soari, 19 Jahre alt, Volkshochschule in München

„Ich hoffe, dass das mit Corona besser wird, damit wir uns in der Schule wieder wohlfühlen. Man hat immer Angst, dass die Schulen zugemacht werden, und das wollen die meisten nicht, vor allem die etwas erreichen wollen wünschen sich, dass die Schulen offenbleiben. Damit sie ihre Träume erfüllen können.“

Tabea Danner ist 18 Jahre alt, hat letztes Jahr ihr Abitur an der Montessori-Fachoberschule geschrieben und lebt in München.

Bild 42

Gemäß Auskunft des Beschuldigten: Kunststoffbehälter mit Ton. Es erfolgte eine Sicherstellung.



Bild 43

Hände mit ausgestrecktem Mittelfinger.

Hier, jetzt und überall

Kontrollen, Verhöre und Finger in den Arsch – Julian Momboisse und seine Kunst passen nicht ins System, nicht in den öffentlichen Raum. Er wird terrorisiert und diskriminiert. Doch der Künstler aus München gibt nicht auf. Von Sebastian Schulke

A 122 steht auf einem kleinen Schild. Das ist die Bezeichnung für den Gerichtssaal, in dem gerade Julian Momboisse auf der Anklagebank sitzt. Der Saal ist relativ klein, 30 Personen würden in den drei Sitzreihen Platz finden. Aufgrund der Corona-Auflagen verlieren sich dort jedoch nur drei Personen, die die Verhandlung mitverfolgen dürfen. Zehn weitere müssen draußen bleiben, stehen vor der Tür oder haben es sich auf den Sitzschalen in einem der endlosen Flure des Strafjustizzentrums des Landgerichtes München I bequem gemacht. Ein riesiger, kantiger und grauer Klotz. Es herrscht viel Trubel vor der 122. Dabei geht es um keine große Sache – einfache Sachbeschädigung nach § 303 Strafgesetzbuch.

Julian Momboisse, der an der Münchner Akademie Kunst und Pädagogik studiert, hatte vor gut zwei Jahren nachts eine von ihm gestaltete Hand aus Beton unbemerkt an der Außenfassade der Polizeiinspektion 11 in der Ledererstraße befestigt. Diese Hand streckte ihren Mittelfinger aus und der Polizei entgegen – fuck you! Doch das ist nicht Teil der Anklage. Um Beamtenbeleidigung geht es nicht. Und darum ging es Momboisse (29) auch nicht. „Versuchte Sachbeschädigung“ steht in seinem Strafbefehl.

Kein großes Ding, wie gesagt. Doch Momboisse musste über zwei Jahre lang regelrechte Repressalien der Polizei über sich ergehen lassen – in Form von Verhören, Vorladungen, Anschuldigungen, einer Hausdurchsuchung und einem Mundhöhlenabstrich zur Entnahme seiner DNA. Früher kam der genetische Fingerabdruck bei Kapitalverbrechen wie Mord oder Vergewaltigung zum Einsatz. Seit einer Strafrechtsreform im Jahr 2005 wurde der polizeiliche Zugriff auf DNA-Daten jedoch deutlich ausgeweitet. So kann

schon bei Bagatelldelikten ein genetischer Fingerabdruck genommen werden – ein weiterer Schritt in Richtung individuelle Datenspeicherung und systematische Überwachung in unserer digitalisierten Gesellschaft. „Ich habe mich wie ein Schwerverbrecher gefühlt“, meint Momboisse. „Diese Art der Ermittlung dient der Kontrolle und Einschüchterung von Menschen, die wie ich schon allein optisch nicht in das normierte und angepasste Gesellschaftssystem passen. Mit einer objektiven und sachdienlichen Ermittlung hat das für mich nichts zu tun.“

Graffiti Fuck Cops – und ein Finger im Arsch

Als Julian Momboisse elf Jahre alt ist, wird er das erste Mal von der Polizei aufgehalten. Eine Kontrolle mit Körperdurchsuchung im Zwischengeschoss des Münchner Ostbahnhofs. Hände hoch und Beine auseinander. Mit 13 Jahren wieder. „Damals fand ich das cool, habe mich wie ein Revoluzzer gefühlt und meinen Freunden davon stolz erzählt“, erinnert sich Momboisse. Mit 14 steigen er und seine Kumpels über einen Holzzaun auf ein Gelände der Stadtwerke München. Sie finden einen Feuerlöscher, sprühen damit herum und werfen ihn über den Zaun. Die Polizei kommt. Kurz darauf sitzen die Jungs im Streifenwagen. Fingerabdrücke werden genommen, Fotos gemacht, eine Akte angelegt. „Ich war und bin kein Engel“, gibt Momboisse zu. „Kurz darauf haben wir nachts Häuserwände in unserem Stadtviertel mit ‚Fuck Cops‘ besprüht. Sind am nächsten Tag jedoch zum Revier und haben uns selbst angezeigt.“ Ohne große Folgen für die Teenager. Die Polizei gab Julian daraufhin jedoch den Namen „Graffiti Fuck Cops“.

Eine wilde Zeit, auf die Julian Momboisse schon lange nicht mehr stolz ist. Immerhin: Sie ist nicht der Anfang

einer kriminellen Laufbahn. Auch wenn er die Vergangenheit nicht abstreifen kann, wie einen alten Mantel. Und die Polizei das offenbar anders sieht. Sein Name ist in das Datensystem der ausführenden Staatsgewalt förmlich eingebrannt. Aber auch sein Äußeres scheint eine negative Anziehungskraft auf Polizeibeamte auszuüben. Immer wieder gerät er in verdachtsunabhängige Kontrollen in den Straßen von München, die nicht nur penetrant und nervig sind, sondern auch sehr demütigend. „Wenn die Polizisten plötzlich eine Körperdurchsuchung mit Finger in den Arsch machen wollen und damit drohen: Wenn du nicht mitmachst, gehen wir mit dir auf die Wache, und dann wird's richtig ungemütlich.“ Doch Julian geht seinen Weg. Nach der Schule macht er an der deutschen Meisterschule für Mode eine Ausbildung zum Grafik-Designer.

Versuchte Sachbeschädigung oder Staatsverbrechen?

Nun steht Julian Momboisse vor Gericht. 197 Seiten umfasst hier seine Prozessakte, inklusive Strafbefehl. Neben recht vielen Schreibfehlern und falschen Zeitangaben, die trotz der umfassenden Ermittlungen eine eher nachlässige Arbeitsweise der Beam*innen vermuten lassen, ist der Aktenordner vollgestopft mit Beschlüssen, Verfügungen, Aktenvermerken, fragwürdigen Fotos (zum Beispiel von der Wohnungstür des Angeklagten), vagen Ermittlungsergebnissen, diskriminierenden Behauptungen und selbstgeschaffenen Tatsachen. Wie zum Beispiel die Schlussfolgerung: „... Der Betroffene ist optisch der linken Szene (sic!) zuzuordnen. Bei der Überprüfung seiner Personendaten konnte festgestellt werden, dass der Betroffene in Bezug auf Graffiti einschlägig in Erscheinung getreten ist und den Künstlernamen ‚Graffiti Fuck Cops‘ führt.“ Sieht so eine objektive, kompetente und unvoreingenommene Ermittlung der Polizei aus?

Kriminalhauptkommissar*innen, Polizeioberkommissar*innen, Polizeiobermeister*innen, Polizeihauptmeister*innen, Polizeimeister*innen, Sachverständige, Staatsanwält*innen und Richter*innen sowie ein Kriminalkommissar, der die Ermittlungen leitete, waren einbezogen, bildeten ein illustres Team. „Als ob

es darum gehen würde, den Anführer einer fiesen Gangsterbande zu überführen“, meint Momboisse. Doch es geht wie gesagt um versuchte Sachbeschädigung nach § 303 StGB. Im Klartext: Wer rechtswidrig eine fremde Sache beschädigt oder zerstört, wird mit Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Ebenso wird bestraft, wer unbefugt das Erscheinungsbild einer fremden Sache nicht nur unerheblich und nicht nur vorübergehend verändert. Der Versuch ist strafbar.

197 Seiten umfasst seine Prozessakte

Momboisse, dessen eigentlicher Künstlername Bonnie Ton lautet, hat jedoch nichts zerstört. Er hat auch keine fremde Sache nicht nur unerheblich und nicht nur vorübergehend verändert. Seine

Hand aus Beton war mit speziellem Montagekleber, der leicht zu entfernen ist, befestigt. Dazu noch eine Schraube, die er in ein bereits vorhandenes Loch im Mauerwerk steckte. Damit seine kleine Skulptur im Falle des Falles möglichst leicht von der Außenfassade zu entfernen ist. Was Momboisse vor Gericht nochmal deutlich machte: „Ich wollte so eine Sachbeschädigung bewusst vermeiden.“

Der gesamte Sachverhalt und Tatbestand entwickelt sich zu einer Bagatelle. Die ausführende Staatsgewalt ermittelt jedoch weiter, holt einen Strafantrag ein, will sich offensichtlich nicht geschlagen geben. Denn so eine Hand mit ausgestrecktem Mittelfinger, auch wenn dieser nicht Teil der Anklage ist, an einer Hauswand, die auch noch zu einer Polizeiinspektion gehört, darf doch nicht ohne Folgen bleiben. Plötzlich steht die Außenfassade unter Denkmalschutz. So bekommt die versuchte Sachbeschädigung mehr Gewicht. Die ausführende und rechtsprechende Staatsgewalt wirkt langsam trotzig und rechthaberisch, wie ein kleines Kind, das seinen Willen nicht bekommt.

Kunst als Systemkritik

Worum geht es hier überhaupt? „Der Mittelfinger an der Wand, auch wenn er komischerweise für die Anklage keine Rolle spielte und auch nie jemand danach gefragt hat, galt der Polizei, ihren Strukturen, ihren Aufgaben, ihrem Kontrollzwang und ihren Demütigungen, die sie nicht nur mir, sondern auch vielen anderen Menschen immer wieder im Alltag



1 Eingangstüre des Durchsuchungsobjektes.

Vorsicht!

Hinter dieser Tür könnte sich eine antisystemrelevante Person befinden

zufügen“, sagt Momboisse. „Ich frage mich, ob einer der Polizeibeamten schon mal auf der Straße verdachtsunabhängig kontrolliert wurde? Ich frage mich, ob sie wissen, wie es sich anfühlt, nicht der sein zu dürfen, der man ist?“ Und er betont: „Der Mittelfinger galt nicht den Menschen, die in der Polizeiuniform stecken. Er galt dem System. Auch dem neuen Polizeiaufgabengesetz, das 2018 verabschiedet wurde. Und er galt der Überwachungskamera. Ich wusste, dass sie mich filmt, während ich die handgroße Skulptur an der Wand befestigte. Ich weiß, dass Kameras fast jeden meiner Schritte durch den öf-

fentlichen Raum begleiten. Es ist nicht ihre Überwachung die mir Angst macht, sondern die Veränderung, die diese Kameras überall im öffentlichen Raum bewirken.“ Da sie ein Gefühl ständiger Kontrolle und Überwachung ausstrahlen würden.

Dabei ist der öffentliche Raum für Julian Momboisse ein Ort des Dialogs, ein Symbol der Freiheit und Demokratie. Dort kämen und träfen die verschiedensten Menschen und Kulturen zusammen. Dort habe Kunst eine völlig andere Bedeutung und Wirkung, als

Sebastian Schulke
mag keine Kontrollen, schon gar nicht im öffentlichen Raum oder aus purer Langeweile, wie bei der Münchner Polizei

in einem Museum oder einer Galerie. Denn: „Kunst im öffentlichen Raum ist vergänglich und dadurch sehr lebendig“, meint Momboisse. „Doch nicht, wenn sie gleich als eine kriminelle Machenschaft abgestempelt und aus dieser Annahme heraus abgelehnt und verurteilt wird.“

Zurück in den Gerichtssaal A 122. Der Raum wirkt sehr düster und verstaubt, Leuchtstoffröhren flimmern an der Decke. Grauer Teppich bedeckt den Boden.

Eine hellbraune Stofftapete zierte die Betonwände. Sie ist teilweise aufgerissen, als ob sie sich dem starren System, in das sie vor unzähligen Jahren hier in dem Gerichtsgebäude geklebt

und gekleistert wurde, entziehen wolle. Julian Momboisse sitzt ganz ruhig auf der Anklagebank, hinter ihm sein Anwalt. Dieser redet sehr schnell und feuert ein paar Paragraphen heraus, die wenig Eindruck bei der Richterin hinterlassen. Dann zieht er sich in sein juristisches Schneckenhaus zurück und vergisst beinahe, dass sein Mandant noch ein selbst verfasstes Plädoyer vortragen möchte.

3.000 Euro für die Freiheit der Kunst

Während die Richterin diesem Plädoyer zuhört, spielt der Staatsanwalt desinteressiert mit seinem Kugelschreiber und schaut sich Unterlagen auf seinem Tisch an. Momboisse liest unbeirrt weiter, gibt sich kämpferisch. Doch all das prallt an der Judikative ab, interessiert sie augenscheinlich nicht. Über das Plädoyer wird nicht ein Wort verloren. „Ich kann mir schon eine Einstellung des Verfahrens vorstellen“, sagt die Richterin plötzlich. Einen Symbolwert müsse der Angeklagte dennoch zahlen – statt 1.600 Euro sollen es 1.000 Euro sein. Sonst würde doch noch ein Gutachten erstellt, das den tatsächlichen Schaden an dem denkmalgeschützten Mauerwerk ermittelt. Und das würde viel Geld kosten. Eine systematische Drohgebärde. Der Verteidiger nickt nur und bittet um etwas Zeit, um sich draußen vor dem Gerichtssaal mit seinem Mandanten zu beraten.

Julian Momboisse nimmt das Angebot notgedrungen an. Zu den 1.000 Euro kommen noch 2.000 Euro Anwaltskosten hinzu, die sich ebenfalls wie eine

sinnlose Strafe für Momboisse anfühlen. 3.000 Euro, das ist viel Geld für den jungen Künstler, der neben seinem Studium als Notdienst in einer Wohngruppe für Geflüchtete arbeitet. „Ich habe auch meinen Teil zu dieser Geschichte beigetragen. Das ist mir bewusst. Doch die Hausdurchsuchung, Speichelprobe, Speicherung der DNA, der Strafbefehl, die Anschuldigungen der Justiz sowie die andauernden, verdachtsunabhängigen Kontrollen der Polizei – das ist alles kein Spaß“, sagt Momboisse. „Dazu die Schlafstörun-

gen meiner Frau, entstanden aus der Angst, die Polizei könnte grundlos und willkürlich unsere Wohnung stürmen. Da läuft schon lange etwas schief in unserem demokratischen

**„Als Künstler haben wir eine Aufgabe,
sogar die Pflicht,
unsere Welt mit zu gestalten.“**

System.“

Und Julian Momboisse betont: „Als Künstler haben wir eine Aufgabe, sogar die Pflicht, unsere Welt mit zu gestalten. Einen Dialog in uns und mit unserer Außenwelt zu führen – offen, kritisch und respektvoll.“ Also werde er weiter machen und die Kunst auf die Straße bringen. Denn genau dort sei sie in jeglicher Art und Form ein relevantes System, das die Menschen überall in der Welt bewege, beflügel und belebe. Hier, jetzt und überall.<

Fremde Arbeit

Die Aneignung nichtdeutscher Arbeitskraft gemäß der vollstreckten Agenda des deutschen Kapitals hat das Verhältnis zwischen Deutschen und Nichtdeutschen entscheidend geprägt. Der eingeübte Umgang mit Kolonial-, Fremd-, Zwangs- und Gastarbeit wirkt bis in die heutige Phase der Geflüchteten-Verwertung fort. Eine historisch-materialistische Übersicht von Florian Feichtmeier.

Die Herausbildung des deutschen Kapitalismus ist eine besondere. Zum einen erfolgte diese Entwicklung im Gegensatz zu anderen westlichen Nationen wie den USA, England oder Frankreich mit Verspätung. Zum anderen wurde der Kapitalismus in Deutschland in einem Klima monarchistischer Strukturen geboren, da eine bürgerliche Revolution in Deutschland nie stattgefunden hatte. Zudem kommt, dass die pangermanistische Ideologie, also, dass jeder deutschsprachige Raum irgendwie zu Deutschland gehöre, sich von vielen anderen modernen Nationen unterschied.

Federführend waren in dieser ideologischen Phalanx einer „verspäteten Nation“ (Plessner) von Anbeginn des Industriezeitalters die deutschen Kapitalfraktionen, ihre Bürokratien und zugehörigen „Rackets“ (Horkheimer), die sehr eng mit den Herrschenden und ihren Administrationen verwoben waren und sind.

Der folgende Artikel steht als ein Fragment zu Beginn weiterer Betrachtungen des deutschen Kapitals in einer geplanten Artikelserie des Autors, die neben anderen die Europastrategien und die Geschichte des Antisemitismus des deutschen Kapitals umfasst. Hier soll Beitrag des Kapitals zum Rassismus in der deutschen Gesellschaft schlaglichtartig beleuchtet werden. Denn die Ordnung, in denen Deutsche das Verhältnis zu Nichtdeutschen erlernten, waren von den Bedürfnissen der deutschen Kapitalfraktion entscheidend mitgeprägt. Ein einschneidendes Moment waren die deutschen Kolonial-Ambitionen.

Ein Platz an der Sonne

Die deutschen Kolonialbestrebungen fielen in eine Zeit, in der sich der Kapitalismus in Deutschland beschleunigt herausbildete. Konkurrenz und sich stets wiederholende Absatzprobleme erzeugten allerhand Krisen und Expansionsdruck im Deutschen Reich. Auf

der Suche nach neuen Rohstoff- und Absatzmärkten fielen Kapitalfraktionen betroffener Branchen jene Ländereien ins Auge, in die die kapitalistische Produktionsweise noch nicht vorgedrungen war. Sie blickten neidisch nach England oder Frankreich, wo sich Konzerne koloniale Märkte bereits seit Langem erschlossen hatten.

Zum anderen erzeugte die deutlich verspätete, aber dafür doch rasante Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland ein gerütteltes Maß überflüssiger Menschen; jahrhundertealte Stände und Berufszweige kamen innerhalb kurzer Zeit zum Erliegen. Überflüssig Gewordene wanderten massenweise in andere Länder der Welt ab, machten sich auf dem Dampfer von Bremen oder Hamburg aus nach Übersee davon, für ein besseres Leben.

Die von den Auswandernden angestrebten Zielorte standen nicht unter deutschem Einfluss. Beim deutschen Kolonialismus ging es auch darum, überflüssige Deutsche für Kapital und Nation wieder urbar zu machen, Abgehängten und Abenteuerlustigen einen, wie es hieß, deutschen „Platz an der Sonne“ anbieten zu können, beziehungsweise „Abladestätten der Überbevölkerung“ (Rathenau) zu schaffen. So bildeten sich Mitte des 19. Jahrhunderts zahlreiche private Kolonialvereine, die sich in den Vorständen aus Adel, Militär, Kirche und völkischen Verbänden rekrutierten. Ihre einflussreichste Gruppe bestand allerdings aus deutschen Unternehmern.

Kolonisierung am Beispiel Deutsch-Südwestafrika

In der Anfangsphase des deutschen Kolonialismus war auf den deutschen Staat kein Verlass. Das lässt sich an zwei Zitaten des damaligen Reichskanzlers Otto von Bismarck verdeutlichen, die jeweils Reaktionen auf das Drängen des deutschen Kapitals waren, in Afrika aktiv zu werden. Das erste ist relativ bekannt: „Ihre Karte

von Afrika ist ja sehr schön, aber meine Karte von Afrika liegt in Europa. Hier liegt Russland. Und hier liegt Frankreich, und wir sind in der Mitte. Das ist meine Karte von Afrika.“ Und zum zweiten ein deutlich unbekannteres Zitat Bismarcks: „Der Missionar und der Händler müssen dem Soldaten vorausgehen.“

Die Integration des zukünftigen Deutsch-Südwestafrika in den deutschen Kapitalismus gestaltete sich holprig. Nach Marx sind zwei Freiheiten, die „Doppelte Freiheit des Lohnarbeiters“, notwendige Voraussetzung für den Kapitalismus: Die Menschen müssen frei sein, ihre Arbeitskraft zu Markte zu tragen, dürfen also nicht durch feudale, zünftige, familiäre oder Strukturen der Leibeigenschaft davon abgehalten werden. Zudem müssen die Menschen frei sein von Produktionsmitteln, sie dürfen also keine Mittel haben, um autonom zu produzieren.

Als die deutsche, privat organisierte Kolonialgruppe in Deutsch-Südwestafrika aufschlug, fand sie allerdings nur wenige Menschen vor, die ihre Arbeitskraft am Markt anbieten mussten. Die gesellschaftliche Verortung, die Menschen einzunehmen hatten, war nicht vom Markt geregelt. Und die meisten Menschen besaßen ihre eigenen Quasi-Produktionsmittel – Viehherden, Ziegen und Schafe, von denen sie lebten. Ein zentrales Ziel der Kolonialvereine war zuvörderst, den dort lebenden Menschen ihre Lebensgrundlagen zu entziehen: die Aneignung von Weidegrund und Viehbeständen.

In einer zentralen Schrift des Reichskolonialamtes von 1919 las sich das in der Rückschau so: „Der bessere Herero arbeitete früher überhaupt nicht, denn seit Generationen waren die Herero lediglich Viehzüchter. Die Herden blieben jahraus, jahrein auf der Weide [...] Wirkliche Arbeit kannte der Herero nicht. Er hielt sie auch für unter seiner Würde.“

Herstellung der Würde: Enteignung der Viehbestände

Beim Eintreffen der Delegationen des deutschen Kapitals und ihren siedelnden Speerspitzen in den 1880er Jahren verfügten die Herero in Südwest-Afrika laut dem Blaubuch – einer 1918 herausgegebenen Abrechnung mit der deutschen Kolonialpolitik – über einen Rinderbestand von 180.000 Rindern zuzüglich Ziegen und Schafe. Zwanzig Jahre später besaßen Herero nurmehr knapp 46.000 Rinder – die deutschen Siedler*innen hingegen bereits 45.000, etwa 90.000 starben an der Rinderpest.

Die Enteignung der Lebensgrundlage erfolgte hauptsächlich über Kleinstkredite. Deutsche Händler gaben Herero Schuhe, Hosen oder andere Gebrauchsgegenstände auf Kredit. Zu einem späteren Zeitpunkt kamen die Händler dann unter Waffen wieder und suchten sich Rinder von der Weide aus. Weil das betrügerische Vorgehen zu immer mehr Konflikten führte, erließ die Kolonialverwaltung 1903 eine neue Kreditordnung. Bestehende Kredite sollten erlassen werden. Das Ergebnis war allerdings, dass die Händler über die Rinderbestände der Herero herfielen, bevor die Verordnung Wirkung entfalten konnte. Das war einer der zentralen Gründe des Aufstandes der Herero im Januar 1904.

Furor teutonicus

Der Aufstand der Herero wurde unter Generalleutnant Lothar von Trotha blutig niedergeschlagen und große Teile der Herero in die Wüste getrieben. Im Rahmen dieses Genozids wurden unterschiedlichen Schätzungen zufolge zwischen 66 und 75 Prozent der Herero und etwa 10.000 Nama ermordet.

Damit war die doppelte Freiheit der schwarzen Bevölkerung ansatzweise hergestellt, wenn es auch Kritik aus den Reihen der Kapitalfraktion am deutschen Vorgehen gab. Der deutsche Kolonialbeamte Paul Rohrbach kritisierte beispielsweise, dass sich die Deutschen aus der Wüste nurmehr 3.000 Rinder und Schafe aneignen konnten – der Rest starb mit den Herero.

In der letzten Phase der Unterwerfung der afrikanischen Bevölkerung unter das deutsche Kapital konzentrierte man sich auf die Zurichtung der Menschen, was einerseits in Arbeits- beziehungsweise Konzentrationslagern stattfand, andererseits in den Kupferminen, beim Eisenbahnbau oder auf den deutschen Farmen.

Kapitalfraktion an der Heimatfront

Im Deutschen Reich besorgten derweil die zahlreichen Kolonialvereine, im Besonderen die <kursiv>Deutsche Kolonialgesellschaft</kursiv> sowie ihre Vorgängervereine, die Begleitmusik zur Stärkung „des deutschen Kapitals und deutscher Arbeit im Weltverkehr“ (Deutscher Kolonial-Atlas 1911, *Deutsche Kolonialgesellschaft*). Dazu gehörten die hauptsächlich privat organisierten „Völkerschauen“. Sie sollten aufzeigen, dass es nicht nur um Kapitalinteressen gehe, sondern auch die deutsche Allgemeinheit etwas vom blutigen Treiben habe.



Hierzu zählte aber auch eine breit angelegte Kampagne der *Deutschen Kolonialgesellschaft*, in Deutschland lebende Frauen mit deutschen Siedlern in den Kolonien zu vermählen. Der Erhalt einer deutschen Reproduktionsbasis in den Kolonien wurde als wesentlich erachtet, um die Siedler weiterhin an Kapital und Reich zu binden. Der deutschen Frau kam damit eine neue Rolle als Kulturträgerin zu – woraus sich später verschiedenste Facetten des Rassismus entwickeln werden.

Dem Deutschen Reich wurde jedoch der direkte Einfluss auf die Kolonien mit dem *Versailler Vertrag* 1920 stark eingeschränkt. Die Siegermächte bescheinigten Deutschland „Versagen auf dem Gebiet der kolonialen Zivilisation“. Folglich verstärkten die Kolonialvereine ihre Propaganda in den 20er Jahren in Deutschland. Der Grundton zahlreicher Spielarten des deutschen Rassismus, sowie die Benennung von Straßennamen nach deutschen Kolonial-Schlächtern, gehen auf diese Zeit zurück.

Auf der materialistischen Ebene wirkten asymmetrische Handelsbeziehungen zwischen dem deutschen Kapital und ehemaligen Kolonien weiter fort. Die Regionen dienten weiterhin als Absatzmarkt beispielsweise für den sogenannten „Kolonial-Maschinenbau“. Auch die deutschen Siedelnden in vielen ehemaligen Kolonien – denen aufgrund des Engagements der Kolonialvereine mittlerweile nicht mehr nur Männer angehörten – bauten ihren Einfluss in einigen Regionen weiter aus.

Boden, Lebensraum und Arbeitskraft im Osten

Dennoch war das Hauptaugenmerk des deutschen Kapitals bei der Verwertung nichtdeutscher Arbeit im 19. und 20. Jahrhundert nicht auf afrikanische Kolonien gerichtet, sondern auf Osteuropa. Dahin zeigten deutsche Expansionsbestrebungen mit staatlichem Nachdruck. Von dort wollte sich das

deutsche Kapital massenhaft Menschen für harte Arbeiten holen. Darüber gibt beispielsweise die sehr lesenswerte tausendseitige Stoffsammlung von Reinhard Opitz, „Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945“ ausreichend Aufschluss. Zur Vermittlung eines Eindrucks der Linie, sei ein Ausschnitt eines Aufsatzes (1848) von Wilhelm Roschers zitiert, der als Begründer der deutschen historischen Schule der Ökonomie gilt.

„Ganz anders könnte sich die Sache verhalten, wenn der Strom deutscher Auswanderung nach unseren östlichen Nachbarländern geleitet würde; d.h. als nach den fruchtbaren, aber dünn besiedelten Teilen Ungarns, nach den polnischen Provinzen von Österreich und Preußen, endlich nach denjenigen Teilen der Türkei, welche in Zukunft, so Gott will, das Erbe Deutschlands bilden sollen, Moldau und Walachei, Bulgarien und die Nordküste von Kleinasien. [...] Hier könnte auf dem Wege friedlicher Eroberung ein neues Deutschland entstehen. [...] Dieses Land könnte nationalökonomisch ganz ähnlich von uns genutzt werden, wie das Mississippithal und der ferne Westen von den Vereinigten Staaten.“

Bei allen berechtigten Ansätzen der sogenannten postkolonialen Betrachtungsweisen – und angesichts der Barbarei, die Deutschland in Rekordzeit in afrikanischen Kolonien angerichtet hat – sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass Deutschland damals seine Expansionsbestrebungen im Kern immer im europäischen Osten gesehen hatte (und nach wie vor sieht).

Zwangsarbeit in der NS-Kriegswirtschaft

Das folgende Kapitel, das die Beziehungen (und die deutsche Ideologie) am Arbeitsplatz zwischen deutschem Kapital und nichtdeutscher Arbeit entscheidend präformierte, war die Zwangsarbeit zwischen 1940 und 1945 im Deutschen Reich und den besetzten Gebieten. Die Vereinnahmung osteuropäischer Grundes, der Rohstoffe und osteuropäischer Arbeitskraft war keineswegs eine Erfindung der Nationalsozialisten, sondern schon lange Zeit zuvor eine andauernd wiederholte Forderung des deutschen Kapitals, wovon nicht zuletzt dutzende Kriegszielenndenschriften aus dem 1. und 2. Weltkrieg der deutschen Kapitalfraktionen zeugen.

Zudem kam, dass die Kriegswirtschaft des NS-Staates ihre anfängliche Waffenproduktion des sogenannten Vierjahresplanes ab 1936 noch über Staatsverschuldung finanzieren konnte. Als sich Millionen Deutsche



Was Corona mit uns macht... #06

Ich bleibe lieber zu Hause

Wie hoch ist eigentlich der Anteil der Menschen, die sich vollständig sozial isolieren? Im April gaben 69% der Befragten an, in der letzten Woche überhaupt keine Freund*innen oder Verwandte getroffen zu haben. Im Juli sank diese Zahl auf 15% und war damit etwa genauso hoch wie vor Corona. Im Juli trafen sich 34% aller Menschen in Deutschland einmal pro Woche mit Freund*innen (April: 22%, vor Corona: 31%), 44% gaben an, sich mehrmals getroffen zu haben (April: 7%, vor Corona: 42%) und 7% sahen sich täglich (April: 2%, vor Corona: 12%).

Universität Mannheim // Mannheimer Corona-Studie // ca. 3.600 Befragte in Deutschland // repräsentativ //

wöchentlich seit März 2020

allerdings ab 1939 dazu aufmachten, angrenzende Länder zu überfallen, Städte und Dörfer niederzubrennen, und Ghettos sowie Vernichtungslager zu errichten, fehlte dem deutschen Kapital die Ware Arbeitskraft. Die Aneignung nichtdeutscher Arbeitskraft im Osten war im Grunde in der deutschen Ideologie vorgezeichnet.

Allein ins damalige Deutsche Reich wurden zwischen 1939 und 1945 über 12 Millionen Nichtdeutsche zur Zwangsarbeit verschleppt. Im Jahre 1944 hatten knapp 7 Millionen Menschen in Deutschland als Zwangsarbeitende zu leiden: Darunter über zwei Millionen Menschen aus der Sowjetunion, weit über eine Million polnische Zwangsarbeitende und etwa eine Million Verschleppte aus Frankreich. In den besetzten Gebieten selbst ist die Zahl schwierig zu schätzen, aber sie ging jedenfalls noch sehr deutlich darüber hinaus.

Tod durch Arbeit – ein Meister aus Deutschland

Das Wort Konzentrationslager wurde im Deutschen offiziell 1904 in Bezug auf die Arbeitslager gängig, in denen Herero und Nama in Deutsch-Südwestafrika erniedrigt und ermordet wurden. Das europaweite Arbeits-, Konzentrations- und Vernichtungslager-System des nationalsozialistischen Deutschlands war eine industrialisierte Weiterentwicklung davon. Und es gibt zahlreiche personelle Kontinuitäten deutscher Rackets, Militärs, Kapitalfraktionen und Familien beim Übergang von kolonialer Ausbeutung und der Zwangsarbeit des sogenannten Dritten Reiches festzustellen.

Ein Beispiel: Hermann Göring gestaltete die Zwangsarbeit in NS-Deutschland nicht zuletzt durch den von ihm verfügten Ostarbeiter-Erlass entscheidend mit. Der Erlass regelte den Umgang mit Menschen, die unter direktem Zwang arbeiten mussten, wie beispielsweise die an ihnen zu exerzierenden Strafen. Göring stand gleichzeitig an der Spitze eines der größten Konzerne in Nazi-Deutschland, den Hermann-Göring-Werken. Ein Konzern, der eines der umfassendsten betrieblichen Zwangs- und Fremdarbeits-Lagersysteme unterhielt. Der Vater Hermann Görings, Ernst Heinrich Göring, war zwischen 1885 und 1890 Reichskommissar in Deutsch-Südwestafrika und brachte die dortige Ausbeutungsordnung nichtdeutscher Arbeit mit auf den Weg.

Was das deutsche Kapital und die Deutschen zwischen 1940 und 1945 am Arbeitsplatz erlernten, war die rechtliche und gesellschaftliche Trennung von nichtdeutscher und deutscher Arbeit in der Praxis.

Nichtdeutsche wurden von Deutschen durch rechtliche Bestimmungen getrennt gehalten. Die völkische Ideologie war der Kitt, der diese Ordnung plausibel erscheinen ließ, Untermenschen konstruierte und damit die Ausgebeuteten am Arbeitsplatz spaltete. Die allermeisten Deutschen waren zwischen 1940 und 1945 direkt oder indirekt mit Zwangsarbeit oder sogenannter Fremdarbeit in Berührung gekommen. Nach Solidaritätsadressen sucht man vergeblich – sie konnten sich offensichtlich gut damit arrangieren, wenn andere noch mehr buckeln mussten als sie.

Gastarbeitende Welcome? Das Anwerbeabkommen

Die letzten Lager der sogenannten *Displaced Persons*, also die Auffanglager der ehemaligen KZ-Inhaftierten und Zwangsarbeitenden in Deutschland, hatten sich 1955 noch nicht vollends geleert, da brachte der Deutsche Bundestag bereits die Anwerbeabkommen auf den Weg, um neue Arbeitskräfte aus dem Ausland nach Deutschland zu holen. Das deutsche Kapital brauchte wieder mehr ausbeutbare Menschen – vor allem für Landwirtschaft und Bergbau. Auch hier sind personelle Kontinuitäten interessant: Bundeskanzler Konrad Adenauer, der die Anwerbeabkommen verantwortete, war bis 1933 Vizepräsident der *Deutschen Kolonialgesellschaft*.

Zentraler Auslöser der zahlreichen Anwerbeabkommen war neben der Ausbeutungsnachfrage die in den 1950er Jahren erstarkende Gewerkschaftsbewegung. Aufgrund der Vollbeschäftigung hatten die Gewerkschaften in Deutschland in den 1950er Jahren eine gute Verhandlungsposition erlangt. 1955 erreichte die zuständige Gewerkschaft im Bergbau beispielsweise ein Lohnplus von neun Prozent. Für die Zukunft sollten derartige Lohnerhöhungen vermieden werden, heißt es in einer maßgeblichen Protokollnotiz des Bundestages 1955, die direkt auf den genannten Tarifabschluss verweist. Die Bundesregierung plane, durch die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte dem Arbeitskräftemangel zu begegnen und dadurch „gleichzeitig auf künftige Lohnforderungen dämpfend“ einzuwirken, hieß es dort weiter.

Zwischen Kapital, Gewerkschaft und anderen Deutschen

Das Anwerbeabkommen – zuerst mit Italien – war ein Angriff auf die Verhandlungsposition der Gewerkschaften. Zudem plante die Bundesregierung den Wiederaufbau eines Heeres. Ein Teil der Deutschen sollte wieder in der Kaserne und nicht am Fließband



bereitstehen. Auch deshalb wollte die Bundesregierung ausländische Arbeitskräfte auf dem Acker, am Fließband und in der Mine einsetzen. Das sogenannte Rotationsprinzip sollte dafür Sorge tragen, dass die ausländischen Ausgebeuteten regelmäßig wieder in ihre Heimatländer müssen – damit sich nicht noch jemand häuslich einrichtet.

Die deutschen Gewerkschaften – und teilweise auch die SPD – stellten sich zumindest anfangs gegen die Anwerbeabkommen. Das war in Teilen auch nachvollziehbar, handelte es sich doch um einen vom rechten Establishment lancierten Angriff auf die erstarkende Gewerkschaftsbewegung, der letztendlich in der Tradition von kolonialer Arbeit und Fremdarbeit steht.

Die deutschen Gewerkschaften parierten diesen Angriff allerdings nicht mit einer kritischen Analyse des Deutschen Kapitals, noch sahen sie ankommenden Ausgebeuteten als mögliche Schwungmasse für den Arbeitskampf, sondern bestanden auf das sogenannte Inländerprimat: Bei gleicher Eignung seien deutsche Arbeitssuchende vorzuziehen, so die DGB-Gewerkschaften damals. Die IG Metall richtete die Abteilung Ausländerarbeit ein. In den Krisenjahren der 70er Jahre werden sich die DGB-Gewerkschaften dann bei der SPD dafür stark machen, die „freiwilligen Rückkehr arbeitsloser ausländischer Arbeitnehmer“ zu fördern und auf „rasche und wirkungsvolle Verschärfung der Strafen bei illegaler Anwerbung und Beschäftigung“ drängen.

Die Hauptsorgen des deutschen Kapitals waren derzeit hingegen, dass mit den angeworbenen Nichtdeutschen der Klassenkampf nach Deutschland schwappen könnte. Obwohl die *Süddeutsche Zeitung* bereits 1955 damit zu beschwichtigen versuchte, dass „alle italienischen Landarbeiter, die nach Deutschland kommen, zuvor in Abwesenheit vom Amt für Verfassungsschutz in Köln auf eine mögliche kommunistische Agententätigkeit getestet worden“ seien. Nach der Einführung der Zentralkartei für nichtdeutsche Arbeitnehmer im Jahr 1961 wurden die Arbeitsämter aufgefordert, Informationen über „Störungen des Betriebsfriedens“ durch Angeworbene weiterzuleiten. Die *Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände* veröffentlichte in dem internen Periodikum „Informationen zur Ausländerbeschäftigung“ unter der Rubrik „kommunistische Infiltration“ entsprechende Berichte.

Die sogenannten Gastarbeiter lebten zu Anfangs häufig in Baracken oder ehemaligen Lagern der *Displaced Persons*, gaben sich mit ehemaligen Zwangs- und Fremdarbeitern die rostige Klinke in die

Hand. Ein Teil bewohnte die heruntergekommenen Glasscherbenviertel oder drängte sich in engen Werkswohnungen.

Selbst der liberale *Spiegel* konstatierte 1970 trocken: „Gastarbeiter sind in Deutschland keine Gäste. Sie bekommen nichts geschenkt, sie genießen keine Vorrechte, eingeladen sind sie nur zum Produktionsprozess. Sie dürfen arbeiten – und diese Gunst zu gewähren, ist deutsche Tradition.“ Laut dem Migrationsforscher Friedrich Heckmann ermöglichte die Migration der sogenannten Gastarbeiter*innen zwischen 1960 und 1970 allein 2,3 Millionen Deutschen den Aufstieg von Arbeitenden in Angestelltenpositionen.

Geflüchtet ins deutsche Kapital: Gedanken zum Ist-Zustand

Als in den 1990er Jahren viele Menschen aus Gebieten der ehemaligen Sowjetunion, aus Jugoslawien, Asien und aus Afrika nach Deutschland kamen, wanderten sie in eine Gesellschaft ein, in der ein zentrales Versprechen seit mindestens 100 Jahren fortgeschrieben wurde:

Zwar spüren die Deutschen aufgrund der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus andauernd, dass sie selbst überflüssig werden könnten. Aber sie erlernten das nationale Privileg, zumindest zuerst ausgebeutet zu werden – das Inländerprimat. Und wenn nicht-deutsche Arbeit im Betrieb eingesetzt werden muss, dann haben die Deutschen doch wenigstens eine höhere Position in der betrieblichen Hackordnung einzunehmen. Allerdings können die deutschen Lohnabhängigen ihre Gedanken an ihre eigene tendenzielle Überflüssigkeit im Verwertungsprozess dadurch nicht besiegen. Sie erkennen sie insbesondere in den Geflüchteten an den Außengrenzen und im Lager wieder.

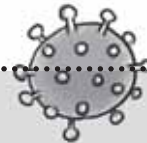
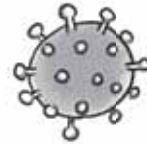
Derweil regelt der Markt die Unterdrückung. Nach der Abschaffung des Sklavenhandels im großen Stil im 19. Jahrhundert, prügelt heute niemand mehr Menschen auf einer Galeere übers Meer. Zukünftig Ausgebeutete setzen sich aus eigener Kraft in eine Nusschale und rudern zum Arbeitsplatz – wenn es ihnen gelingt. Niemand muss mehr ein Gesetz verabschieden, dass Deutsche mehr zu verdienen haben als Nichtdeutsche wie noch 1942. Die radikale Hand des Marktes und das zu Kultur gewordene Inländerprimat machen den Unterschied ohne viel Gesetz. Und etwas mit Gesetz hat es aber schon noch zu tun. Die Nichtanerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen und die

Einwanderung von nichtdeutscher Arbeit in Zeitarbeitsfirmen sorgen dafür, dass der Abstand zwischen deutscher und nichtdeutscher Arbeit gewahrt bleibt.

Wie traurig muss die Welt beschaffen sein, wenn Deutschland ein Sehnsuchtsort ist?

Rassismus ist in Deutschland eine durch Arbeit und Ökonomie vermittelte Angelegenheit, die auf eine lange Tradition zurückblicken kann – und sich bis ins Heute fortsetzt. Die rassistische Ideologie hat sich in Deutschland den jeweiligen Interessen insbesondere der deutschen Kapitalfraktion angepasst. Die Menschen in Deutschland unterlagen über weit mehr als einem Jahrhundert dieser Agenda. Eine historisch-materialistische Analyse des deutschen Rassismus über die Epochen hinweg steht allerdings aus. Auch wenn die Abschnitte in diesem Artikel nahezu unzulässig verkürzt erscheinen müssen, soll er zu einer breiteren Debatte und Analyse anregen, dem Ganzen des deutschen Rassismus und auch seinem Verhältnis zum Osten auf den Grund zu gehen.<

Florian Feichtmeier
Gewerkschafter, lebt
und staunt nicht
schlecht in München

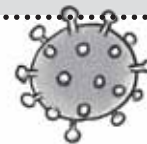


Was Corona mit uns macht... #07

Angemessen oder übertrieben?

Die Zustimmung zu den Corona-Einschränkungen ist gesunken, aber immer noch hoch. Im Oktober fanden 78% der Befragten die Absage von Veranstaltungen angemessen (April: 96%); 71% stimmten den Einschränkungen im Kulturbetrieb zu (Juni: 80%) und 81% den Kontaktbeschränkungen (April: 85%). Gleichbleibend oder steigend war die Zustimmung zur Maskenpflicht (Oktober: 92%, April: 86%), Abstandsregeln (Oktober: 96%, April: 90%), Testpflicht für Reiserückkehrende (Oktober: 90%, August: 91%) und Begrenzung der Kundenzahl in Geschäften (Oktober: 87%, April: 84%).

Bundesinstitut für Risikobewertung // Corona Monitor // ca. 1000 Befragte in Deutschland // repräsentativ // wöchentlich seit März 2020

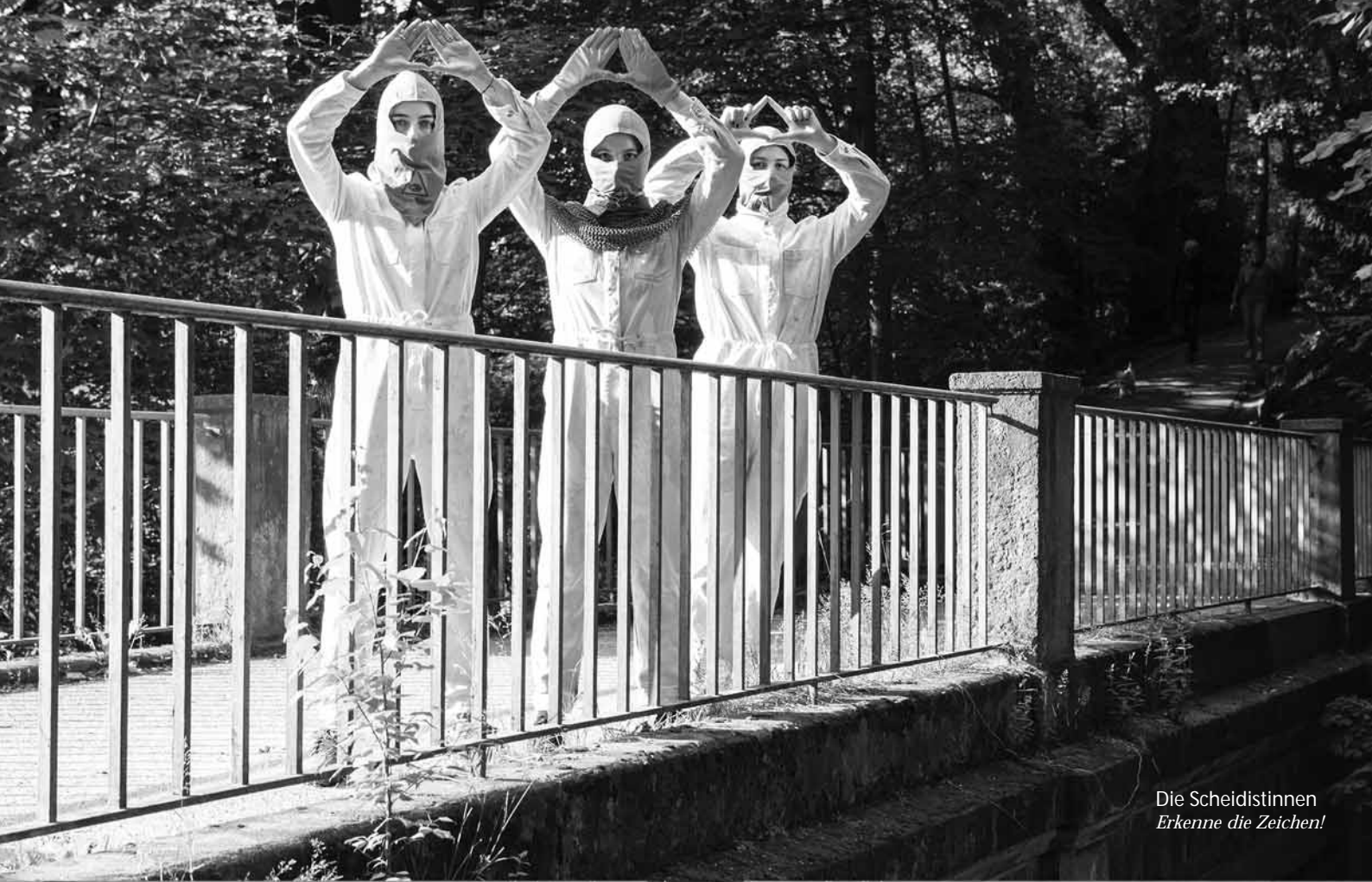


Das Horrorkop

Eine Eins-zu-eins-Begegnung, in der die "Weise des Matriarchats", Zeynep Bozbay, den Teilnehmenden ihre individuelle Zukunft vorhersagt.







Die Scheidistinnen
Erkenne die Zeichen!



Die Hygiene
Eine Hoden-Hygiene Demonstration der Burschenschaft Molestia



Das Wutbootcamp

Im BLITZ Music Club befindet sich das interne Wutbootcamp, geleitet von der Matriarchin Kira Kayembe, unterstützt vom Burschen Svanhilde

Mundus in utero est



Das Ritual
*Am Ende des Scheidewegs erwartet die Auserwählten
das reinigende Feuer des Matriarchats*

Männer*schutz statt Heimatschutz

Im Juni 2020 organisierte die Burschenschaft *Molestia* in München einen interaktiven Stadtrundgang mit dem Titel *Blut und Hoden – Die Welt am Scheideweg*. Im Zentrum des Programms stand der Schutz von Männern*. Antonia Rode führte ein Interview mit den Mitgliedern.

Was ist das Konzept von Männer*schutz? Warum ist dieser absolut notwendig, quasi systemrelevant?

Aufgrund ihrer körperlichen Verwundbarkeit und hohen Emotionalität sind cis Männer permanenten Gefahren ausgesetzt. Die damit verbundenen Ängste und Sorgen führen schnell zu Überforderung. Immer wieder verirren sich cis Männer im Berufsleben und quälen sich an Aufgaben ab, die sie überanstrengen. Ihre Fähigkeiten sind besser im sicheren Heim aufgehoben, wo sie sich liebevoll um die Hausarbeit und das Pflegen des Nachwuchses kümmern. Mönnerschutz gewährt den cis Männern die Sicherheit, nach der sie sich alle sehnen. Für die Burschenschaft *Molestia* steht der Schutz des cis Mannes und seiner Gesundheit an erster Stelle! Liebe cis Männer, vertraut der heilenden Hand des Matriarchats!

Was würdet ihr auf den Vorwurf antworten, dass Feminist*innen Männer* hassen? Ist der fürsorgliche Ansatz des Männer*schutzes, so wie ihn die Burschenschaft *Molestia* begreift und lebt, nicht absolut widersprüchlich zu einem vermeintlichen Männerhass?

Die Burschenschaft *Molestia* agiert nicht feministisch. Sie hält Gleichberechtigung aufgrund der eindeutigen Schwäche des cis Mannes für nicht umsetzbar. Der cis Mann bedarf einer starken weiblichen Hand, die ihn führt. Die Burschen der *Molestia* schätzen ihre fleißigen cis Männer, Freunde, Liebhaber, Söhne, Brüder und Zuehmänner sehr. Die Stressbelastung aufgrund der täglichen Hausarbeit an Heim und Herd und der Kinderbetreuung, dazu der Verzicht auf die eigene Karriere und der ständige Druck blendend auszusehen, wird von den Burschen der *Molestia* durchaus wahrgenommen und auch immer wieder belohnt, zum Beispiel durch ein neues Küchengerät oder sogar durch die Finanzierung eines Töpferkurses.

Verschwörungsideologien erfahren in Zeiten der Corona-Pandemie Konjunktur. Laut der *Autoritarismus-Studie* der Uni Leipzig von 2018 tendieren Männer* stärker dazu als Frauen*. Was sind eurer Meinung nach Gründe dafür und für die Suche nach einfachen Erklärungen für globale, komplexe Ereignisse?

Cis Männer sind sehr zarte Gemüter! Komplexe Ereignisse und polarisierende Nachrichten in den Medien wühlen sie auf und verwirren sie. Sie versuchen, sich

die Welt in ihren einfachen Worten zu erklären, was die breite Öffentlichkeit oft belächelt. Die Burschenschaft *Molestia* dagegen nimmt derartiges Verhalten ernst und geht den Ursachen auf den Grund. Sie investierte auf dem Forschungsgebiet des Männer*schutzes unter anderem in diverse Studien zum Thema Männergesundheit und konnte aufzeigen, wie verletzlich der Körper von cis Männern tatsächlich ist! Dass cis Männer ihre Emotionen nur schwer kontrollieren können, schnell überfordert und sogar anfälliger für Viren sind, steht fest. Das eindeutige Ergebnis: Die Verletzlichkeit der Hoden! Es ist die unbedingte Pflicht der Burschenschaft, diese zu schützen!

Wie soll das gehen, um Männer* dadurch vor der Sehnsucht nach dem vermeintlich Vertrauten, Heimatlichen – im Sinne einer sogenannten Volksgemeinschaft zu bewahren?

Letztendlich sehnen sich cis Männer vor allem nach Sicherheit und Ruhe für ihre empfindsamen Gemüter. Wir mahnen dazu, dass sie sich aus der Öffentlichkeit zurückziehen und sich auf die Grundwerte des Matriarchats besinnen. Denn das Matriarchat steht jedem cis Mann in der Krise bei! Falls ein cis Mann doch einmal

Antonia Rode
*ist Sozialwissen-
schaftlerin und
beschäftigt sich mit
kritischer Rechtsex-
tremismusforschung.
Irgendwas mit
Politischer Bildungs-
arbeit. Irgendwo
zwischen München
und Wien.*

aus dem Gleichgewicht gerät und keine führende Hand der Mutter, Schwester, Freundin, Frau oder Tochter an seiner Seite spürt, empfehlen wir ihm Entspannungsübungen für seine verletzlichsten Körperteile, die Hoden. Die Methode der *Exercitia testiculorum* („Hodenübungen“) gründet auf alten Überlieferungen, die Therese von Bayern zu einer neuen Technik formte. Sie entwickelte aus komplizierten, zeitaufwendigen Praktiken ein neues System, den Bedürfnissen des modernen cis Mannes angepasst. *Exercitia testiculorum* geht vor allem auf die Verbindung des Inneren der Hoden mit den nach außen hängenden, der Welt schutzlos ausgelieferten Hoden ein. Eine Technik, die durch Meditation und Atemübungen ein Gleichgewicht zwischen der zarten cis Männerseele und ihren Hoden herstellt. Das aktiviert tiefere Bewusstseinsschichten in dieser Körperregion, der cis Mann entspannt sich und ein Zustand der Ruhe stellt sich ein. Cis männliche Probleme wie Stress, Ängste, Überforderung und Nervosität bauen cis Männer dabei ab. Zudem kommt jeder in Kontakt mit der matriarchalen Quelle seiner Selbsterkenntnis. *Exercitia testiculorum* fördert die Kreativität, kräftigt das Immunsystem, stärkt Körper, Geist und Seele. Die Burschenschaft *Molestia* fordert cis Männer immer wieder dazu auf, ihre Unterstützungsnetzwerke aktiv auszubauen, damit der Großvater noch häufiger die Kinderbetreuung übernimmt, wenn der Vater mal ein Wellnesswochenende machen mag oder auf Vaterkur muss.

Welchen Umgang empfiehlt ihr mit Horst Seehofer, der Personifikation eines alten *weißen* Mannes und seinem sogenannten Heimatministerium?

Horst Seehofer raten wir zum Rücktritt. Sein Verhalten zeigt immer wieder deutlich, dass er um Hilfe ruft. Deshalb appellieren wir an Frau Seehofer, dass sie ihren Gatten nicht mehr ohne Aufsicht in der Öffentlichkeit agieren lässt. Wir fürchten um sein körperliches und geistiges Wohl. Herr Seehofer sehnt sich nach nichts mehr, als seine Seele und Hoden baumeln zu lassen und sich an seinen natürlichen Rückzugsorten – an Thermomix und Bügelbrett – verwirklichen zu können. Die Burschenschaft *Molestia* sieht sich hier in ihrer Pflicht, Herrn Seehofer ein Achtsamkeitsseminar anzubieten, um eine schnelle Rückführung zu ermöglichen.

„Auf in das goldene Matriarchat!“ ist euer Leitspruch. Was ist damit gemeint?

Das Matriarchat ist der Urzustand allen Seins, in dem wir uns von jeher befinden!<

Burschenschaft *Molestia*
– wer steckt dahinter?

Die Burschenschaft Molestia in München ist die erste weibliche Burschenschaft in der Landeshauptstadt Bayerns. Das lateinische Wort Molestia steht dabei für Ärger oder Lästigkeit. Als Gründungsjahr gibt die Burschenschaft selbst das Jahr 1871 an. Seit 2017 verfolgt sie – zum ersten Mal öffentlich – als Teil einer Korporation weiblicher* Burschenschaften unter anderem gemeinsam mit der Burschenschaft Hysteria in Wien ein Ziel: das Patriarchat zu zerfetzen. Sie kritisieren sogenannte Werte, die für gewöhnlich deutschnationale Burschenschaften vertreten – Männerbünde, Ehre, Nationalstolz, Vaterland – und damit auch patriarchale Machtstrukturen. Die Burschen möchten auf keinen Fall, dass ihre öffentlichen Auftritte als politisch subversive Kunst oder Satire verstanden werden – das goldene Matriarchat, so die Mitglieder, ist schließlich systemrelevant. Im Juni 2020 organisierten sie einen interaktiven Stadtrundgang mit dem Titel Blut und Hoden – Die Welt am Scheideweg. An ausgewählten Stationen in der Stadt, etwa am Südfriedhof oder in der Juristischen Bibliothek des Münchner Rathauses, konnten Teilnehmende die Expert*innen befragen. So nahm Molestia beispielsweise die postkolonialen Spuren Münchens in den Blick und verwies auf die kolonialen und rassistischen sogenannten Völkerschauen auf dem Oktoberfest Ende des 19. Jahrhunderts. Einen wichtigen Stellenwert im Programm des Stadtrundgangs nahm der Schutz von Männern* ein. Eine Hygiene-Demonstration am Brunnen der Bayerischen Akademie der Wissenschaften sollte das unterstreichen. Die Stadt München förderte diesen Stadtrundgang als politisch motivierte Aktionskunst und Theateraktion. Begründung: Die Burschenschaft Molestia würde Konventionen infrage stellen und auch die Tendenz aufgreifen, Politik zu ästhetisieren.*

abel spricht

abel hört jemanden an die tür pochen, zur mittagsstunde.

er öffnet und findet einen zettel auf der erde.

abel hebt ihn auf, hält ihn vor die augen, dann riecht er daran.

schließlich zieht er einen schuh aus, steckt ihn in die tür und geht zur polizei.

da er nie socken anzieht, fällt er auf, mit nur einem schuh, den anderen fuß nackt.

- der zettel ist für mich bestimmt; da ich ihn vor meiner tür gefunden habe.

der polizist starrt ihn an.

- ich kann nicht lesen, doch mein geruchssinn ist gut entwickelt.

der beamte liest die botschaft und nimmt das papier zur akte.

nach einer vernehmung teilt er abel mit, er werde ihn nach hause begleiten und eine ortsbesichtigung vornehmen.

unterwegs gesteht abel:

- ich beherrsche auch die kunst, tierstimmen zu imitieren.

und er antwortet einem käuzchen, das sich im gehölz verborgen hält.

bei ihm angelangt, untersucht der polizist die tür, den schuh und teilt abel mit, er dürfe bis auf weiteres die stadt nicht verlassen.

abel bleibt im haus bis zur abenddämmerung.

er holt einen stuhl, setzt sich vor die tür und wartet, bis die nachbarn das gleiche getan haben.

sie betrachten die gasse, ohne eine unterhaltung.

jemand beginnt eine melodie zu summen, mit geschlossenem mund.

andere stimmen ein; es entsteht eine art gebet im chor.

abel blickt um sich.

- ich kenne ihre gesichter und finde mich darin zurecht.<

SAID

*ist deutsch-irani-
scher Schriftsteller.
Für sein literarisches
Werk erhielt er
zahlreiche renom-
mierte Preise, unter
anderem die Goethe
Medaille und den
Friedrich Rückert
Preis.*



Podpeople Vol. 1:

Dissens, der Podcast für linke Gesellschaftskritik

Dissens ist ein Gesprächs-Podcast über Kapitalismus, Politik und Gesellschaft. Einmal die Woche spricht Lukas Ondreka mit Autor*innen, Forscher*innen, Aktivist*innen und Politiker*innen darüber, was die Gäste am gesellschaftlichen Leben mies finden, und was sich ändern muss. Ondreka arbeitet hauptberuflich als Journalist und Fotograf in Konstanz. Im Frühsommer hat Elena Stingl mit ihm über das gute Leben für alle, Nischenmedien und Grund zu Optimismus trotz oder wegen der Corona-Krise gesprochen.

Hallo Lukas. Ist dein Podcast eine One-Man-Show?

Nein, nicht ganz. Ich kooperiere mit der *taz*, einer überregionalen Tageszeitung und profitiere von deren Reichweite. Allerdings mache ich die Recherche für die Gespräche, das Hosting und die Produktion des Podcasts alleine. Ich habe eine Journalist*innen-Ausbildung, aber so etwas wie Audioschnitt musste ich auch erst lernen. Wenn ich nicht gerade den Podcast erstelle, bin ich – das ist meine Lohnarbeit – Fotograf und Videograf für eine Lokalzeitung in Konstanz. *Dissens* ist ein Tool, eine komplizierte Welt zu verstehen. Das kann ich nicht alleine, deshalb lade ich mir kluge Menschen ein.

Wie finanzierst du die Produktion von *Dissens*?

Mit einem Spendenmodell, für das ich aktuell mehr als 580 Fördermitglieder habe. Das sind Leute, die bereit sind, für gute Inhalte zu bezahlen. Dass ermöglicht mir, *Dissens* unabhängig von Stiftungen und Werbeinteressen zu machen und den Podcast kostenlos und frei für alle anzubieten. Also: frei für fast alle. Für Gehörlose etwa ist es derzeit noch schwierig, ich habe es

aus Zeitgründen bisher nicht geschafft, Skripte der Sendungen bereitzustellen.

Gibt es bei *Dissens* ein Schwerpunkt-Thema?

Nein, *Dissens* ist kein monothematischer Podcast. Mir ist daran gelegen, von Menschen zu lernen, die wegen ihrer Position in der Gesellschaft einen anderen Blick auf Konflikte haben, auf Unfreiheiten und Ausgrenzungen. Das liegt vielleicht auch daran, dass ich als weißer, heterosexueller cis Dude mit guter Bildung, gutem Einkommen und deutscher Staatsbürgerschaft einige Privilegien genieße. Die Gäste im Podcast sollen die Vielfalt linker Gesellschaftskritik abbilden. Thematisch ist von Feminismus bis zu rechtem Terror, Migrationspolitik, Flucht & Asyl, Klimagerechtigkeit, Gesundheitspolitik und Post-Kapitalismus alles dabei. Aber nicht alle, die sich links nennen, bekommen auch Platz im Podcast. Nationalistische, autoritäre Wohlfahrts-Linke zum Beispiel brauchen nicht noch eine Bühne. Wer von Horst Seehofer, Christian Linder, Thilo Sarrazin, Boris Palmer und Sahra Wagenknecht nicht reden will, der soll auch von der AfD

schweigen.

Was bedeutet für dich linke Gesellschaftskritik?

Links sein bedeutet für mich, Solidarität mit Menschen zu praktizieren, die nicht meine Privilegien genießen: Wenn Menschen von Ausgrenzung und Ungerechtigkeit betroffen sind, weil sie nicht weiß sind wie ich. Wenn Menschen von Hass und Hetze betroffen sind, weil sie nicht die gleiche sexuelle Identität haben wie ich. Wenn Menschen von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, weil sie in Hartz-IV stecken. Wenn Menschen in Lagern eingekerkert werden, weil sie zufällig nicht in Europa geboren wurden. Oder wenn Menschen von Klimarassismus betroffen sind. Und links sein bedeutet für mich auch, dass wir – bei allen Unterschieden – gemeinsam an einem solidarischen Leben für alle arbeiten. Übrigens: Ich bin natürlich kein Engel, ganz im Gegenteil. Ich bin sexistisch und rassistisch sozialisiert und reproduziere das alles. Insofern ist der Podcast auch kritische Arbeit an mir selbst.



Gemeinsam an einem solidarischen Leben für alle arbeiten, was meinst du damit?

Das heißt für mich vor allem, über den eigenen Tellerrand zu schauen, den persönlichen und den nationalen. Unsere kapitalistische Lebensweise geht doch vor allem auf Kosten von Mensch und Natur anderswo. Das heißt eine Vision guten Lebens muss alle Menschen überall miteinbeziehen. In *Dissens* kritisieren meine Gäste und ich was in der Welt alles mies läuft. Und wir erzählen davon, wie es besser gehen könnte. Das Motto dabei lautet: unabhängig, undogmatisch und plural. Denn die Welt ist kompliziert, und deshalb müssen die Antworten vielschichtig sein.

Es gibt ja im rechten Spektrum oft eine anti-linksliberale-Konsens-Rhetorik. Was macht linken Dissens aus?

Für Leute, die diese Rhetorik bedienen, ist linksliberaler Konsens ja schon, dass Frauen arbeiten wollen. Oder, dass wir die Gastarbeiter*innen damals nicht in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt haben. Was die sogenannte „neue“ Rechte will, ist ja offensichtlich: Frauen zurück an den Herd und Migrant*innen weiter ausgrenzen. Das ist gefährlicher Schmarren, der auch in rechter Gewalt und Terror mündet. Bei linkem Dissens geht es darum, solche rechtsradikalen Positionen auszugrenzen, die ja auch in die Mitte der Gesellschaft einsickern. Aber es geht auch darum, die Mitte und ihre Extreme zu kritisieren: ihren Sexismus, ihren Rassismus und ihre Migrationsfeindlichkeit. Nehmen wir zum Beispiel die Leitkulturdebatten, die Ausgrenzung von Geflüchteten und Menschen, die vermeintlich nicht deutsch sind, den Wettbewerbsnationalismus, das

Sortieren von Migrant*innen in wertvolle und nicht-wertvolle für unsere Volkswirtschaft. Linker Kritik sollte es darum gehen, die wichtigen Werte von Freiheit, Gleichheit und Solidarität auszuweiten.

Und wo verlaufen die Grenzen der Solidarität?

Menschen können unter allen Umständen solidarisch sein. Wir erleben immer wieder unglaubliche Solidarität unter extrem benachteiligten Menschen. In meinem Podcast hatte ich etwa ein Interview mit Deen Mohammad Alizadah, einem Apotheker aus Afghanistan, der seit sechs Monaten in Moria lebt und beim *Moria Corona Awareness Team* mitarbeitet (Anmerkung der Redaktion: Folge am 21. April 2020: „In der Corona-Krise darf Europa uns in Moria nicht im Stich lassen“, auf Englisch). Dieses Team versucht, in völlig überfüllten Camps und unter hygienisch katastrophalen Zuständen, Aufklärungsarbeit zu machen. Das zeigt für mich, dass Solidarität überall möglich ist. Und gleichzeitig macht dieser Fall deutlich, wo gegenwärtig die Grenzen der Solidarität verlaufen. Im Corona-Frühling hieß es noch von vielen: Hey, jetzt sind wir alle solidarisch, der Hyperindividualismus hat endlich ein Ende, wir ziehen uns die Maske auf, um uns gegenseitig zu schützen, wir bauen Nachbarschaftshilfen auf ... – und das ist ja auch alles toll! Aber Corona hat auch gezeigt, dass für Geflohene an der europäischen Außengrenze oder hier in Deutschland, die in überfüllten Lagern leben, weniger Solidarität vorhanden ist. Es besteht kein gesellschaftlicher Konsens darüber, auch diese Menschen vor Corona zu schützen. Auf der einen Seite predigt man: Abstand halten! Gleichzeitig

müssen Menschen, weil sie in einem rassistischen Kontext als Menschen zweiter Klasse angesehen werden, auf engstem Raum zusammenleben. Dass die Solidarität hier ihre Grenzen hat, daran dürfen wir uns nicht gewöhnen und das müssen wir skandalisieren.

Kann individuelle Solidarität strukturelle Benachteiligung beseitigen?

Wir alle können laut und deutlich sagen, dass wir damit nicht fein sind. Aber wir müssen auch sehen, dass unsere Kritik in der Minderheit ist. Die *Leave no one behind-Kampagne* ist leider viel kleiner als die Demos der Corona-Leugner*innen. Leuten, die da mitmachen, möchte ich sagen: Schaut über euren eigenen Tellerrand, werdet euch eurer eigenen Privilegien bewusst. Was ist der Umstand, eine Maske tragen zu müssen, gegen die Hölle in Moria. Schaut, wofür ihr in der Krise protestiert. Ein Ausdruck von echter Solidarität wäre für mich, wenn die Leute für die Geflüchteten an der Außengrenze oder in den Lagern hierzulande protestieren. Oder wenn sie auf die Straße gehen würden für die ausgebeuteten Arbeitsmigrant*innen in deutschen Schlachthöfen. Aber der gegenwärtige Konsens ist migrationsfeindlich. Und da ist es unglaublich schwierig durchzudringen.

Welche Rolle spielen dabei die großen Medienhäuser?

Ich würde sagen, auch wenn es kontrovers ist: Wir brauchen die großen Medienhäuser! Wenn ein Georg Restle bei Monitor einen kritischen Bericht über rassistische Kontinuitäten in Deutschland oder über rechten Terror macht, dann erreicht er ein Millionenpublikum. Das gilt auch für Joko & Klaas, wenn die ein Video machen mit Pia

Klemp, eine Seenotretterin, die wegen Fluchthilfe angeklagt ist. Pia war übrigens auch einmal bei mir im Podcast, was super ist. (Anmerkung der Redaktion: Folge #22 „In meinem Europa ist Seenotrettung kein Verbrechen“) Aber mit meinem Podcast erreiche ich zwischen fünf- und zehntausend Menschen pro Folge, ich bin ein Zwerg. Ich liebe es natürlich trotzdem, den Podcast zu machen und ich freue mich darüber, wenn Leute meine Sendung hören. Aber: Unsere Themen und Positionen müssen unbedingt aus der Nische in den Mainstream. Wir brauchen Influencer*innen, die verstehen, wie wir in den Social Media für Klimagerechtigkeit und eine befreite Gesellschaft ein Millionenpublikum erreichen.

Warum hast du dich dazu entschieden, einen Nischen-Podcast abseits der großen Medienhäuser zu machen?

Auf lange Redaktionssitzungen hatte ich keinen Bock mehr, ich wollte einfach machen. Noch dazu habe ich keine Hörfunklizenz bekommen, sonst hätte ich vielleicht Radio gemacht ... Die öffentlich-rechtlichen Sender haben auch coole Formate. Aber ein Gesprächspodcast über Kapitalismus, Politik und Gesellschaft aus einer kritischen und emanzipatorischen Perspektive, das funktioniert derzeit nur in der Nische. Und dafür ist der Podcast ein hervorragendes Medium. Gerade ein Langformat wie *Dissens* – die Gespräche sind oft eine Stunde lang – das findet man kaum in den klassischen Medienhäusern. Erstaunlicherweise höre ich immer mal wieder von Hörer*innen: Mach doch noch längere Folgen!

Bist du optimistisch, dass das Stichwort „Systemrelevanz“, nachdem es gerade Konjunktur hatte, das Bewusstsein von mehr Menschen für reale Arbeitsbedingungen weckt?

Krise bietet die Chance, zu sehen, was die Jobs sind, die unsere Gesellschaft zusammenhalten. Nicht die Banker und Steuerberater*innen, sondern Pfleger*innen und LKW-Fahrer*innen, das sind die Leute, die den Laden am Laufen halten. Oft machen das Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund, die viel zu schlecht bezahlt werden. Ich finde, Klatschen für die Verkäufer*innen an der Supermarktkasse ist zwar eine nette Geste, aber reicht nicht. Gefordert werden müsste doch: 4.000 brutto für systemrelevante Jobs! Schauen wir auf die Corona-Krise, scheint es nicht so, als hätten wir diese Chance genutzt, um einen sozial-ökologischen Umbau anzugehen. Dafür sind wir, das müssen wir selbstkritisch sehen, als gesellschaftliche Linke gegenwärtig zu schwach. Insofern gibt es Grund genug, pessimistisch zu sein.

Wer kann es sich leisten, pessimistisch zu sein? Oder anders gefragt: Ist Pessimismus nicht etwas, das gerade denen vorbehalten ist, die strukturell nicht oder viel weniger benachteiligt werden?

Klar, habe ich das Privileg, pessimistisch sein zu können. Ich schaue mir ja viele Phänomene der Ausgrenzung und Diskriminierung aus dem Podcaster-Sessel an. Wobei Pessimismus nicht nur Privilegierten vorbehalten ist. Ich sehe es mit Gramsci: Wir brauchen einen pessimistischen Verstand und ein optimistisches Herz. Oder, wie es zuletzt Tazio Müller bei mir im Podcast formuliert hat: Wir brauchen angesichts der vielen Krisen unserer Gegenwart mehr

„magischen Realismus“ (Anmerkung der Redaktion: Folge #74 „Warum bauen wir in der Corona-Welt Autos und verbieten Sexarbeit?“). Jetzt zitiere ich hier schon wieder meinen eigenen Podcast, aber meine Gäste sagen es in der Regel klüger als ich.

Magischer Realismus?

Es ist ziemlich unwahrscheinlich, eine revolutionäre Bewegung zusammenzubringen, die wir bräuchten, um eine demokratische und solidarische Lebensweise einzurichten. Eine Revolution, die Schluss macht mit der imperialen Lebensweise, die auf Kosten von Natur und Mensch anderswo geht. Aber ich will es mir nicht leisten, nicht an eine solche Revolution zu glauben. Anders, aber auch schön, hat es Luisa Neubauer im Podcast gesagt (Anmerkung der Redaktion: Folge #39: „Wir müssen der Politik mehr in den Arsch treten“). Sie hat sich als Possibilistin bezeichnet. Sie will daran glauben, dass die Dinge möglich sind. Dass eine radikale Transformation unserer Gesellschaft hin zu einer solidarischen Lebensweise möglich ist. Das ist es, was auch mich am Laufen hält, trotz all dem Mist, der passiert. Optimismus des Herzens oder des Willens. Ich will, dass es zu Lebzeiten gut wird!<

Dissens-Folgen zum Thema Flucht & Migration:

#88 „Europa darf nicht in unserem Namen Menschen ertrinken lassen“ Gespräch mit Seenotretterin Mattea Weihe

#41 „DDR-Fluchthilfe: Im Handschuhfach eines Cadillacs über die Grenze“ Gespräch mit Burkhard Veigel, Autor von *Wege durch die Mauer. Fluchthilfe und Stasi zwischen Ost und West*

#35 „Fuck you Festung Europa, Entgrenzung jetzt!“ Gespräch mit Bernd Kasperek, Migrationswissenschaftler und Mitbegründer des Forschungsverbundes Kritnet und Bordermonitoring

#2 „Kein sicherer Hafen für Geflüchtete“ Gespräch mit Chris Grodotzki von Sea Watch

22 „In meinem Europa ist Seenotrettung kein Verbrechen“ Gespräch mit Seenotretterin Pia Klemp

Dissens-Folgen zum Thema Systemrelevanz und Corona-Krise (Auswahl):

#70 „Wenn das Geld in der Corona-Krise nicht fürs Essen reicht“ Gespräch mit den Anti-Armuts-Aktivistinnen Helena Steinhaus und Jeremias Thiel

#68 „Corona stellt uns vor die Frage: Weniger ist mehr oder weiter so?“ Gespräch mit dem Wachstumskritiker Niko Paech über die Corona-Krise und Entschleunigung

#66 Rutger Bregman: *Das Coronavirus macht Schluss mit dem Egoismus.* Gespräch mit dem niederländischen Philosophen und Historiker

#65 „Das Coronavirus bezwingen wir nur mit grenzenloser Hilfe.“ Gespräch mit Thomas Gebauer von Medico International

#64 „Rettet den Corona-Kapitalismus, aber richtig!“ Gespräch mit dem Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel.

Folge am 21. April 2020: „In der Corona-Krise darf Europa uns in Mitleid nicht im Stich lassen“, auf Englisch mit einem Aktivistin auf Mitleid

#74 „Warum bauen wir in der Corona-Welt Autos und verbieten Sexarbeit?“ von Tazio Müller, queerer Klimaaktivist

#28 „Eigentlich will ich nur in Ruhe anschaffen gehen“ von Undine de Rivière

#39: „Wir müssen der Politik mehr in den Arsch treten“ von Luisa Neubauer

#51 „Was weiße Menschen über Rassismus wissen müssen“ von der Autorin Alice Haster



Rezension:

Namen statt Nummern

Cristina Cattaneo, Professorin für Rechtsmedizin und Anthropologie in Mailand, verbindet in ihrem Buch *Namen statt Nummern* fachliche, persönliche und politische Argumentationen. Das Buch ist eine Streitschrift für die Identifikation ertrunkener Menschen auf der Flucht über das Mittelmeer. Durch die Details der Obduktion und Forensik und das Teilen der emotionalen Momente ihrer Arbeit, eröffnet sie eine praktische Perspektive auf das Sterben an den EU-Außengrenzen. Eine Rezension von Cristina Cattaneos Buch *Namen statt Nummern* von Clara Taxis

Cattaneos größter Erfolg ist der Aufbau einer nationalen Datenbank für nichtidentifizierte Todesopfer und die erfolgreichen Identifikationen von Toten, durch die Angehörige informiert werden konnten. Während sie ihren Weg durch die Institutionen schildert, auf der Suche nach Geldern und Unterstützung für ihr Anliegen, präsentiert und seziert sie im Detail die Folgen des strukturellen Rassismus. Es geht für sie nicht nur um die Frage nach dem Wert des menschlichen

Lebens, die durch die (Nicht-)Identifikation der Ertrunkenen verhandelt wird. Mindestens genauso sehr geht es ihr um die Wertigkeit des Schmerzes der Überlebenden und der Angehörigen. Sie stellt immer wieder die Frage: „Warum akzeptieren wir (die Nichtidentifikation der Toten), wenn ‚Fremde‘ sterben?“ und beschreibt den Ablauf solcher Identifikationen, wie sie zum Beispiel nach dem Absturz eines Flugzeuges mit internationalen Passagieren normal sind.

Cattaneo fordert Empathie – eine Empathie, die angesichts der Berichterstattung oft abstumpft. Empathie ist allgemein eine Stärke des Buches, da sie

als Autorin die Lesenden auf den Weg zu ihren Erkenntnissen mitnimmt. Sie reflektiert ihre eigenen Vorurteile auf sehr ehrliche Weise und schildert bildlich ihre Arbeit: teilweise chaotisch, ad hoc und voller Ungewissheit. Das Team musste oft spontan die Taschen packen und an die Küste fahren – um dort unter extremen Bedingungen zu arbeiten.

***Ob die Armee Menschen rettet oder nicht
ist nicht deren Entscheidung
sondern eine politische***

Die Autorin hat den fachlichen Ehrgeiz zu beweisen, dass strukturelle Probleme wie fehlende

Institutionen und Ressourcen das Problem sind und nicht eine scheinbar objektive „Unmöglichkeit“. Sie kritisiert den fehlenden politischen Willen, die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Trotz dieser tiefgreifenden Kritik an den Institutionen ist ihr größter Verbündeter bei der praktischen Arbeit die italienische Armee. Cattaneo vermittelt ein Verständnis von Behörden in dem es nicht „das System“ gibt, sondern komplexe und ambivalente Strukturen, die sich oft gegenseitig nicht (er)kennen. Ob die Armee Menschen rettet oder nicht, ist in ihrer Sicht nicht deren Entscheidung sondern eine politische. Das Arbeiten in der Militärbasis, inklusive emotionalem Fahnenappell und Berichten der Soldat*innen von der



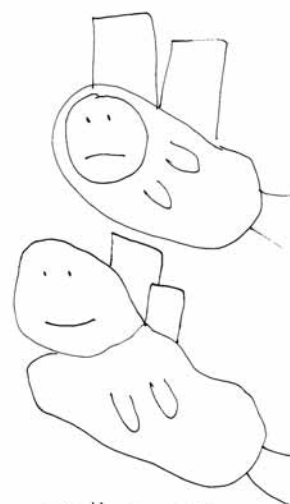
Christina Cattaneo:
*Namen statt
Nummern.
Auf der Suche nach
den Opfern des
Mittelmeers.
Erschienen im
Rotpunktverlag,
Zürich 2020
ISBN
9783858698667
Gebunden, 208
Seiten, 24,00 EUR.*

Clara Taxis *studiert Internationale Migration und Interkulturelle Beziehungen und fühlt sich am Mittelmeer zu Hause*

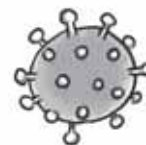
Rettung Schiffsbrüchiger steht für Cattaneo in keinem Widerspruch zu ihrer Analyse, dass die Missstände durch staatliche Entscheidungen zustande kommen.

Im letzten Kapitel schließt Cattaneo dann den Kreis zwischen der Identifikation der Toten und der politischen Forderung nach Respekt für diejenigen, die lebend in Europa ankommen. Forensiker*innen untersuchen Menschen auf Zeichen von Gewalt und wirken an der Altersbestimmung von Asylsuchenden mit. Die Erfahrungen der Lebenden sind für sie der Spiegel der von ihr identifizierten Toten.

Das Buch endet in einem teilweise hoffnungsvollen Fazit: Cattaneo stellt heraus, dass Italien heute das einzige Land am Mittelmeer ist, dass die Identifikation der Toten institutionalisiert hat. Andererseits zeigt sie im Verlauf des Buches immer wieder, dass es am Engagement Einzelner liegt, die unentgeltlich arbeiten, die in der Lage sind, Unrecht zu erkennen und sich darüber zu empören und zu handeln. Am Ende des Buches wird nochmal klar: Es ist kein Happy oder sonstiges Ende, sondern eine andauernde Aufgabe, vor allem da ständig weitere Menschen sterben. Durch den transparent gemachten Kampf werden wir daran erinnert, uns immer wieder über alle großen, strukturellen Ungerechtigkeiten zu empören – den Blick immer wieder von den notwendigen kleinschrittigen politischen Forderungen zu heben und das große Ganze zu betrachten: Wessen Leben ist im öffentlichen Diskurs wie viel wert? Welches Leben und welcher Tod sind relevant?<



DU FRÖHLICHE

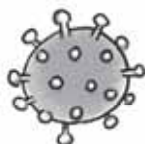


Was Corona mit uns macht... #08

Mehr Impfgegner

Die Impfbereitschaft hat deutlich abgenommen. 57% der Befragten aus Deutschland waren im September bereit, sich gegen Covid-19 impfen zu lassen (im April waren es noch 70%), 20% lehnen die Impfung ab (April: 10%). Im Süden war die Impfbereitschaft am niedrigsten, im Norden am höchsten.

Universität Hamburg // Corona-Forschung am Hamburg Center for Health Economics // europaweit 7.000+ Teilnehmende pro Befragungswelle // repräsentativ // April, Juni, September 2020



Menschlichkeit auf der Anklagebank

In bislang unbekanntem Ausmaß machen staatliche Behörden in ganz Europa es den Menschen und Organisationen schwer, wenn sie Geflüchtete unterstützen. Humanes Handeln wird in kriminelles Tun umgedeutet und empfindlich bestraft. Die Publikation *Push back Solidarity* gibt einen umfassenden Einblick wie diese Kriminalisierung abläuft. Sie zeigt aber auch wie Schikanen und Diffamierung neue Wellen der Solidarität hervorbringen. Von Christine Wolfrum



Wer Solidarität mit Schutzsuchenden zeigt, gilt bei europäischen Behörden und politischen Amtsinhaber*innen in der gesamten Europäischen Union (EU) zunehmend als kriminell. Um zu zeigen wie das im Einzelnen auf vielen unterschiedlichen Ebenen überall in der EU stattfindet, hat *borderline-europe* kürzlich ein leicht verständliches, hochwertiges und umfassendes Magazin unter dem Titel *Push back Solidarity* veröffentlicht. Unter Push back versteht man illegale Zurückweisungen. Dabei werden Geflüchtete an der Grenze oder bereits nach Grenzübertritt wieder zurückgedrängt. Diese Publikation dokumentiert, wie repressive Politik menschliches Miteinander zu verhindern versucht und obendrein strafrechtlich verfolgt. „Anhand der uns bekannten Beispiele wollten wir erklären, wie das konkret abläuft“, sagt Harald Glöde, eines der Gründungsmitglieder der Organisation *borderline-europe* in Berlin. Welche neuen Auflagen hindern Menschen daran andere zu unterstützen? Worauf berufen sich die Anklagen zur Beihilfe von illegalem Aufenthalt oder illegaler Einreise? Was wird in den laufenden Prozessen eigentlich verurteilt? Und wie weitreichend gilt das? Thema ist auch wie einige Medien und zahlreiche Menschen unhinterfragt übernehmen, was offizielle Stellen verlautbaren lassen. Interviews mit Betroffenen sowie Steckbriefe geben sehr persönliche Einblicke, warum es sich Menschen

Veränderte Gesetze ermöglichen Behörden willkürliches Handeln

trotz behördlicher Schikanen nicht nehmen lassen, Hilfesuchende zu unterstützen. So wie Pierre Alain Mannoni, Universitätsprofessor aus Nizza. Er wollte 2016 drei Frauen aus Eritrea, die bereits in Frankreich waren, mit dem Auto zum nächsten Bahnhof fahren. Polizisten hielten ihn an und nahmen ihn fest. Die Anklage lautete: Beihilfe zum illegalen Aufenthalt. Als das Magazin in Druck ging (Oktober 2020, Anmerkung der Redaktion) war noch nicht klar, ob das Gericht ihn bei der inzwischen fünften Verhandlung zu fünf Jahren Haft und 15.000 Euro verurteilen wird. Im November 2020 wurde er in letzter Instanz endlich freigesprochen. „In Einzelfällen gelingt das

auch durchaus“, kommentiert Harald Glöde trocken den Freispruch.

Schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen sind inzwischen üblich

Die Kriminalisierung richtet sich gegen Menschen und Organisationen, die sich für die Würde und Rechte von Schutzsuchenden einsetzen. Es sind also jene, die dort einspringen und helfen, wenn jemand in Not ist, wo staatliche Behörden ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen nicht nachkommen. Geflüchtete bezahlen diese rechtswidrige Politik oft mit ihrem Leben. Europäer*innen soll sie vor allem verängstigen und abschrecken.

Push back Solidarity.
Wie die Europäische Union Solidarität mit Schutzsuchenden Kriminalisiert *erhaltet ihr bei* borderline-europe.de *für eine Spende plus* *Versandkosten. Eine E-Mail genügt mit der gewünschten Anzahl der Exemplare und eurer Postadresse an volunteer@borderline-europe *als pdf gibt es die Broschüre auf* borderline-europe.de*

Christine Wolfrum,
Wissenschaftsjournalistin und Buchautorin, lebt in München und anderswo.

Veränderte Gesetze, neue Auflagen und strategische Vorgehensweisen ermöglichen Behörden große Ermessensspielräume zu willkürlichem Handeln. Das gilt für alle EU-Staaten, sei es in Calais, an der kroatisch-serbischen Grenze, im französischen Roya-Tal oder in deutschen Kirchen. In Griechenland beispielsweise beeinträchtigen solche Neuauflagen die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) oder legen sie völlig lahm. Und Mitarbeiter*innen machen sie zu Kriminellen, wie dieses Magazin eindrücklich belegt. Da jede*r Asyl in der EU nur auf europäischem Boden beantragen kann, muss jede*r, der es benötigt, zunächst einmal „illegal“ einreisen!

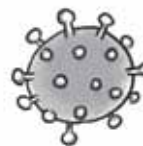
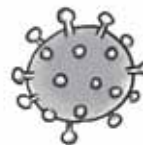


Schwerwiegende, systematische Menschenrechtsverletzungen vor aller Augen sind inzwischen üblich. Etwa, wenn die griechische Küstenwache Menschen, die bereits das griechische Territorium erreicht hatten, in Rettungsinseln auf dem Meer aussetzt und sich selbst überlässt. Sämtliche Beiträge sind solide recherchiert und dokumentiert, so dass jede*r bei weiterführenden Links nachlesen kann, falls man sich an einer Stelle festgebissen hat und mehr über bestimmte Zusammenhänge erfahren möchte.

Trotz der schockierenden Kriminalisierung, die solidarischen Handeln häufig nach sich zieht, macht das Heft auch viel Mut. Denn es stellt Bewegungen und Projekte des Widerstands gegen diese staatlichen Repressionen vor, einschließlich der zahlreichen Menschen, die weiterhin das immer wieder tun, was ihrem Menschsein gemäß ist. Harald Glöde betont: „Kriminalisiert man Menschen, die ihren humanitären Ideen folgen, greift man damit gleichzeitig eine solidarische Gemeinschaft an. Das bedeutet: Wir sind an einem Punkt, an dem der menschliche Umgang miteinander kriminalisiert wird!“ <

Was ist *borderline-europe*?

Die 2007 gegründete Organisation konzentriert sich hauptsächlich auf Informations- und Öffentlichkeitsarbeit. „Unser Fokus liegt auf den Außengrenzen der EU mit Blick, was dort passiert“, sagt Harald Glöde. Um das zu leisten, gibt es zwei Außenstellen. Eine in Palermo, eine andere ist ein Unterstützungsprojekt für Geflüchtete auf Lesbos. Hinzu kommt wichtige Netzwerkarbeit mit anderen Organisationen, beispielsweise der zivilen Seenotrettung. Darüber hinaus arbeitete *borderline-europe* unter anderem bei Projekten mit den Münchner Kammerspielen zusammen, dem Gorki- und dem Deutschen Theater in Berlin, sowie mit der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden beim Evangelischen Kirchentag 2019 in Dortmund. Häufig sind die Mitarbeiter*innen gefragte Referent*innen.



Was Corona mit uns macht... #09

Lockdown, Liebe, Langeweile

Festen Beziehungen hat der erste Lockdown offenbar gutgetan. 44% gaben an, dass sich ihre intimen Beziehungen vertieft haben. Bei 22% wurden sie jedoch distanzierter. 74% hatten „viel Spaß miteinander“. Bei Singles war es – wenig überraschend – anders und sie hatten deutlich weniger intimen Kontakt. 31% nutzten Online-Dating häufiger, 39% seltener als vor der Pandemie. Am häufigsten gaben 18 bis 20-Jährige an sich „stark isoliert“ zu fühlen (68%). Bei den über 61-Jährigen waren es nur etwa halb so viele (36%).

Dr. Barbara Rothmüller, Soziologin, u.a. Universität Wien // Liebe, Intimität und Sexualität in der COVID-19-Pandemie // 8.112 Teilnehmende in Deutschland und Österreich // nicht repräsentativ // April 2020





1
Wohnen



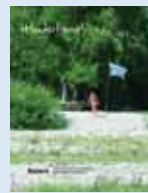
2
Nachbarn



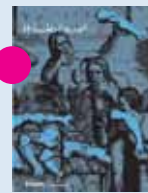
3
Anziehsachen



4
Sex



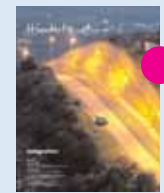
5
Bayern



6
Essen



7
Rassismus



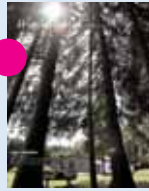
8
Integration



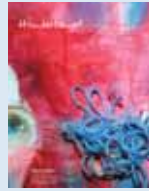
9
Arbeit



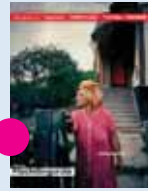
10
Polizei



11
Lager



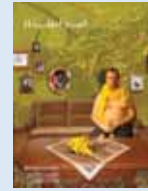
12
Links



13
Antiziganismus



14
Alter



15
Afrika



16
Sortieren



17
Jubiläum



18
Grenze



19
Abschiebung



20
Paternalismus



21
Unterhaltung



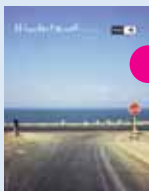
22
Vernetzung



23
Reisen



24
Sprache



25
Asyl



26
Liebe



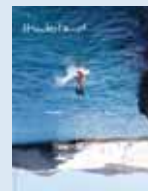
27
Fluchthilfe



28
Was tun?



29
Dublin III



30
Was geht?



31
Mob



32
Sicher



33
Kaputt



34
Privat



35
Abschiebung



36
Strategie



37
Stadt, Land,
Flucht



38
Gender



39
Europa



40
Bildung



41
Abschiebehaft



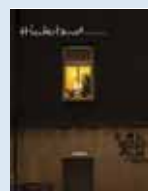
42
zweiundvierzig



43
kriminalisierung



44
behinderung



45
zuhause



46
jung sein

Hinterland

Die markierten Ausgaben sind
leider bereits vergriffen

Sie ist kritisch, parteiisch und außerdem schön anzusehen - so wie ihre Leser*innen. Das menschenfreundliche Magazin des Bayerischen Flüchtlingsrats kreist immer wieder um die Themen Flucht und Migration, aber eben nicht nur. Die Hinterland gibt es nicht am Kiosk, also holt euch gleich ein Abo auf www.hinterland-magazin.de/bestellen/



*Herr, Du hast mir aufgetragen:
Nimm die Geflohenen, die Waisen und Witwen auf.*

*Herr ich bekenne
dass ich Gutes unterlassen und Böses getan habe.
Ich habe gesündigt in Gedanken, Worten und Werken
durch meine Schuld, durch meine Schuld,
durch meine große Schuld.*



*Beten für Seehofer
2021*